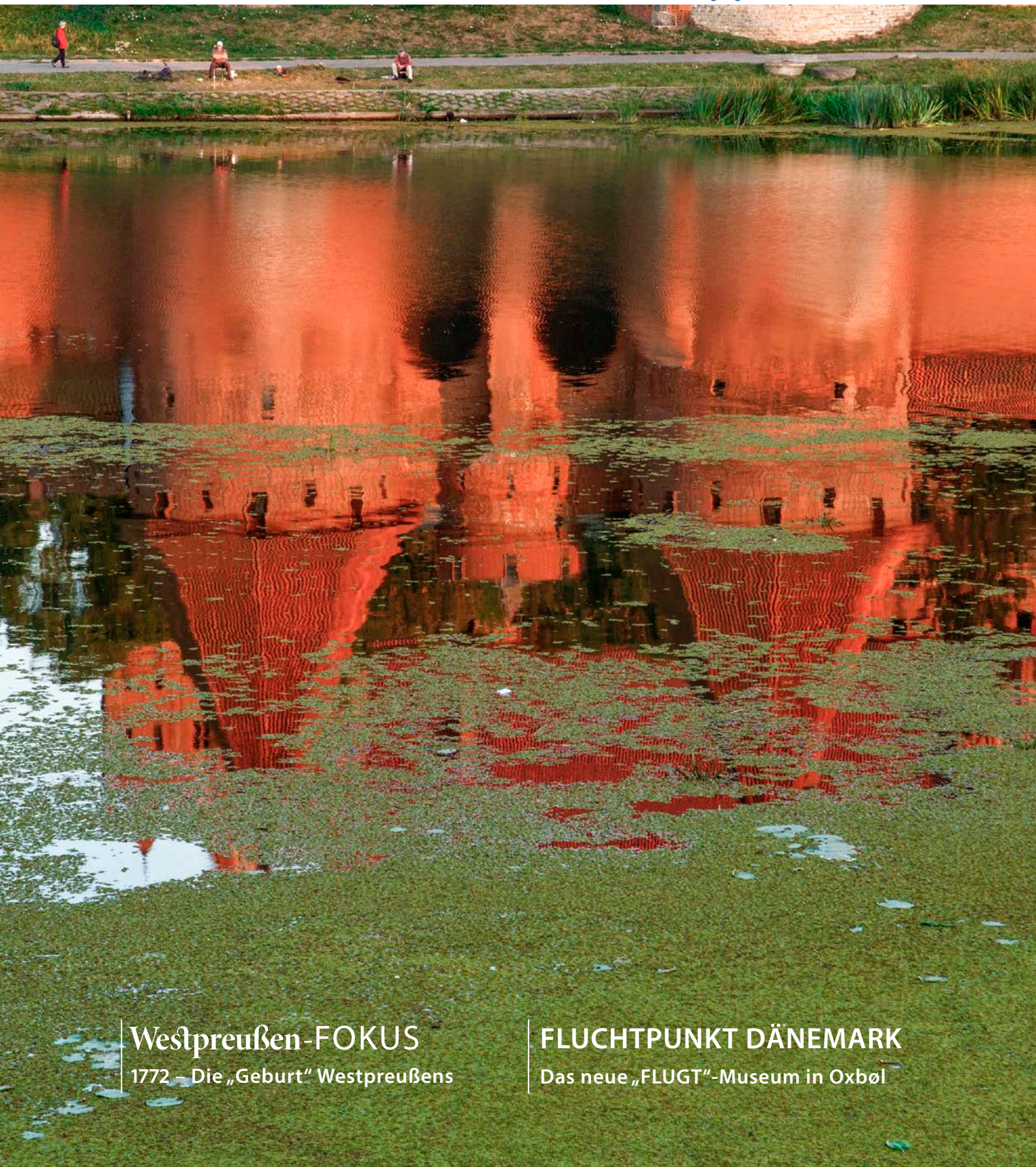


Der Westpreuße

Begegnungen mit einer europäischen Kulturregion



74. Jahrgang Heft 3 Herbst 2022 € 9 (D) 35 zł (PL)



Westpreußen-FOKUS
1772 – Die „Geburt“ Westpreußens

FLUCHTPUNKT DÄNEMARK
Das neue „FLUGT“-Museum in Oxbøl

AUS DEM INHALT

VORSPANN

- 3 vorab
- 4 Auf ein Wort

PANORAMA

- 7 Von Danzig nach Berlin – und in die weite Welt. Ein Gespräch mit der Carilloneurin der Parochialkirche
- 9 Notizen aus der Dreistadt, aus Elbing, Marienburg, Strasburg und Thorn

12–24

Westpreußen-FOKUS

1772 – DIE „GEBURT“ WESTPREUSSENS

REISEN UND ERKUNDEN

- 25 Das Neue Jerusalem auf drei Hügeln der Kaschubei – Der Kalvarienberg von Neustadt

AUSSTELLEN UND ERFORSCHEN

- 30 „FLUGT“ – ein neues Museum in Oksbøl
- 33 Die KZ-Gedenkstätte Stutthof – Erinnerungen an die Opfer des NS-Unrechts
- 38 Geographie beim Wort genommen – Peter Jordan zeigt, dass Ortsnamen nicht nur beliebige Etiketten sind

GESCHICHTE UND KULTUR

- 40 IN DEN BLICK GENOMMEN: *Die Nacht unterm Schnee* von Ralf Rothmann sowie *Ballade vom Tag, der nicht vorüber ist* von Gert Loschütz

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 43 Mehr Polen und Europa für die deutsche Erinnerungskultur – Eine Diskussionsveranstaltung
- 44 Kaum Aussicht auf Versöhnung
- 45 Viel „Fehlerlesen“ – Thomas Urban über die deutsche Ostpolitik

RUBRIKEN

Anzeige (5), Vorhinweise auf das WESTPREUSSEN-JAHRBUCH 69/70 (5) sowie auf den WESTPREUSSEN-KALENDER 2023 (6)

Neuerscheinungen (46)

Impressum / Autorinnen und Autoren (47)

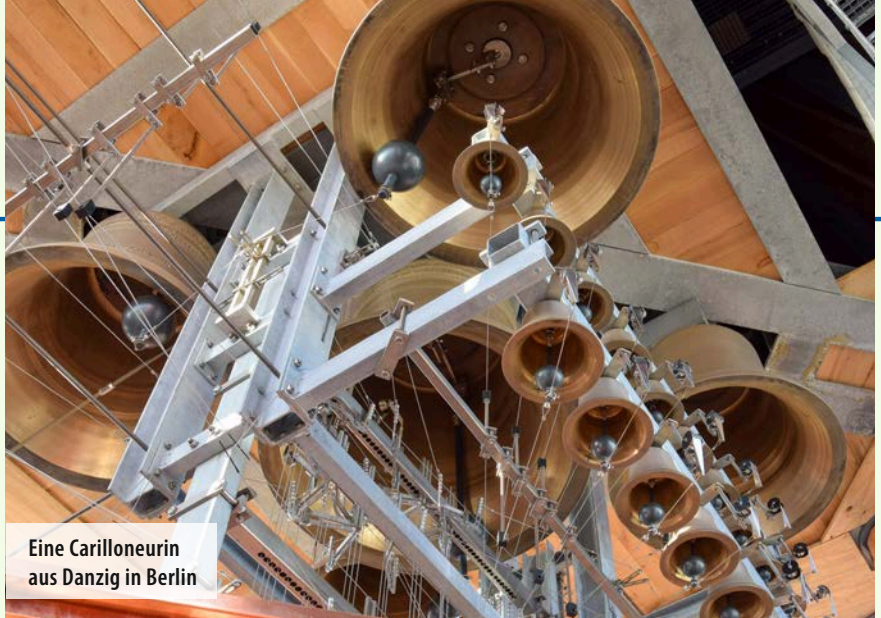
Zum guten Schluss (48)

TITELBILD Ein Spiegelbild der Marienburg in der ruhig fließenden Nogat

FOTO: JANUSZ GNADEK / ALAMY STOCK FOTO

PASSWÖRTER für die digitalen Fassungen der letzten drei *Westpreußen*-Ausgaben:

- Frühjahr 2022: heft-1-2022-kkk
- Sommer 2022: heft-2-2022-kvd
- Herbst 2022: heft-3-2022-dgw



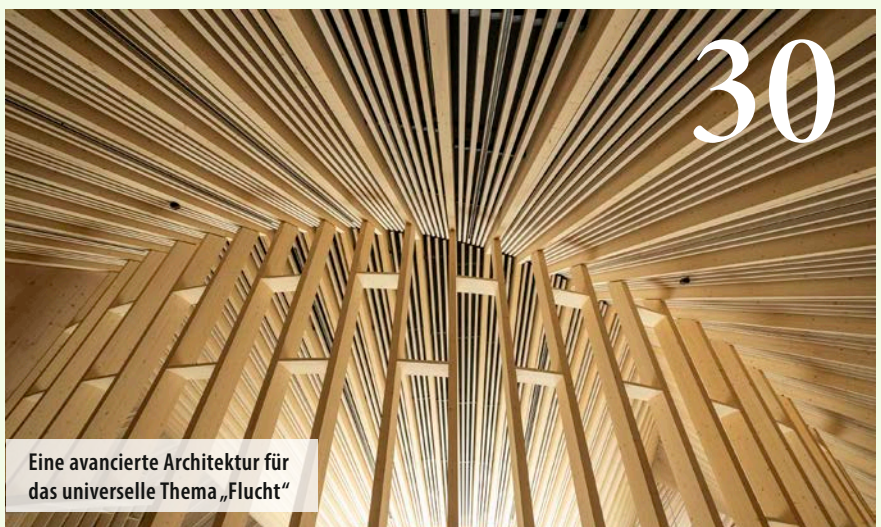
Eine Carilloneurin aus Danzig in Berlin



Ein neues Leben: das Kurhaus von Brösen



Auf dem Weg nach Golgotha – der Kalvarienberg von Neustadt



Eine avancierte Architektur für das universelle Thema „Flucht“



Stutthof – Ort des Gedenkens und des gemeinsamen Lernens



Kritische Toponomastik – zwischen Rechthaberei und Rücksichtnahme



12 Die „Geburt“ Westpreußens setzte notwendigerweise eine massive Schwächung Polen-Litauens voraus. Diesen Prozess, der sich in der Geschichte der Rzeczpospolita von der Lubliner Union bis zur Ersten Teilung 1772 vollzieht, schildert Sabine Jagodzinski unter dem Titel **Ein fortschrittlicher Staat in Gefahr**.



16 Der „Erwerb“ Westpreußens durch Friedrich II. sollte nicht vorschnell beurteilt werden. Deshalb unterzieht sich Peter Paziorek in seinem grundlegenden FOKUS-Beitrag der anspruchsvollen Aufgabe, die Motive und Handlungsoptionen des preußischen Staates differenziert und möglichst vorurteilsfrei zu erschließen.

22



Jens Boysen fragt in seinem Beitrag **Das Jahr 1772 im aktuellen historischen Selbstbild Polens** nach dem Spektrum der heutigen Sichtweisen und Urteilkriterien, diskutiert die geschichtspolitische Dimension der Interpretationen und weist auf die Bedeutung der polnisch-russischen Beziehungsgeschichte hin.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei der Einführung der FOKUS-Rubrik am Beginn des Jahrgangs 2021 eröffnete sich ein weites Feld von Themen, die eine ausführliche Beschäftigung lohnen. Ein Schwerpunkt aber war damals schon gesetzt: In der dritten Ausgabe des Jahres 2022 sollten – nein: mussten – die Ereignisse behandelt werden, die zur Bildung der Provinz Westpreußen geführt haben; denn wer, wenn nicht *Der Westpreuße*, sollte dieses Ereignis gebührend würdigen?

Ebenso gewiss, wie diese redaktionelle Entscheidung, kam zugleich freilich das Problem auf uns zu, wie dieser FOKUS-Titel angemessen zu formulieren sei. Noch vor einigen Jahrzehnten hätten die Westpreußen diesen Vorgang möglicherweise als „Errettung“ oder „Wiedergewinnung“ des Landes aufgefasst; inzwischen aber scheint das Pendel der historischen Interpretationen in die Gegenrichtung ausgeschlagen zu sein, denn nun dominiert häufiger der Aspekt einer illegitimen „Okkupation“, bei der zuweilen sogar Assoziationen an den „Kolonialismus“ mitzuschwingen scheinen.

Wir haben uns bemüht, zwischen diesen einseitigen Positionen den Weg zu einer kritischen, differenzierenden Betrachtung zu finden. Dabei haben wir auf diesem – mittlerweile anscheinend verminten – Feld versucht, eine offene bzw. neutralere Formulierung zu finden und uns letztlich für *Die „Geburt“ Westpreußens* entschieden: Westpreußen soll dadurch als ein voraussetzungsreich entstandenes neues Gebilde charakterisiert werden, dessen Potentiale und Entwicklungsrichtungen noch weitgehend unbestimmt waren.

Neben dem gewichtigen FOKUS finden Sie freilich eine Reihe anderer Beiträge. Der Hauptartikel des PANORAMAS schlägt noch einmal eine Brücke zum *Klang von Danzig* zurück. Zudem vertrauen wir zuversichtlich darauf, dass auch das REISEN UND ERKUNDEN wieder zu einer regelmäßig betreuten Rubrik werden kann. So besuchen wir diesmal ein bedeutendes Touristenziel der Kaschubei: den Kalvarienberg von Neustadt.

Auch die Artikel zum AUSSTELLEN UND ERFORSCHEN sind uns diesmal quasi unter der Hand besonders vielfältig geraten: Zusätzlich zur Vorstellung der – für die Geschichte Westpreußens zentralen – Gedenkstätte Stutthof erreichte uns das verlockende, gerne angenommene Angebot, ganz aktuell über das neueröffnete Flucht-Museum im dänischen Oxbøl berichten zu können.

Überdies haben wir darauf geachtet, dass für Rezensionen ein hinlänglicher Raum bleibt und dass nicht zuletzt auch wieder Themen aus POLITIK UND GESELLSCHAFT zur Sprache kommen. Deshalb hoffen wir, Ihnen mit dieser Ausgabe einen *Westpreußen* vorzulegen, der so anregend und abwechslungsreich ist, dass er Sie bis in die Vorweihnachtszeit hinein zu begleiten vermag.

In diesem Sinne bleiben wir mit vielen guten Wünschen für die Herbstmonate und wie stets

mit herzlichen Grüßen
Ihre DW-Redaktion

AUF EIN WORT

Europa in Krisenzeiten oder: die Stunde der Solidarität, die Stunde Europas?

Europa befindet sich in der vermutlich größten Krise seit 1945. Europa steht längst nicht mehr im Zentrum der Welt. Weltweit haben sich in den letzten Jahrzehnten die politischen Gewichte verschoben. Die Corona-Pandemie hat Europa auf eine harte Probe gestellt. Auf eine noch härtere Probe stellt die europäischen Länder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Was sind die richtigen Reaktionen? Hat man in der Vergangenheit immer richtig gehandelt? Wie wird es weitergehen – mit Europa, mit der Ukraine, aber auch mit Russland und der Welt? Viele Fragen, in denen sich Herausforderungen für Europa zeigen, die vor wenigen Jahren noch niemand hätte ahnen können.

Doch sind dies nicht die einzigen Herausforderungen. Denn die Krise Europas ist auch eine Krise von innen. Auch wenn die Pandemie und der Krieg zeigen, welche Bedeutung Europa gerade auch heute noch hat – oder besser: haben sollte –, wissen wir nicht mehr so recht, wozu Europa eigentlich gut ist. Das Fundament Europas ist fraglich geworden – und damit auch die europäische Zukunft. Europa ist nicht einfach nur ein Verteidigungsbündnis und auch nicht ein bloßer Wirtschaftsverband, so wichtig diese Dimensionen sind. Wie lassen sich Identität und Aufgabe Europas bestimmen?

Immer wieder wird derzeit in diesem Zusammenhang die europäische Solidarität beschworen. Solidarität ist nicht selbstverständlich. Der Ruf nach solidarischem Handeln kann leicht verhallen oder kraftlos werden – vielleicht weil er gar nicht ernst gemeint oder schlecht begründet war, nur ein wohlfeiles Lippenbekenntnis, das allzu schnell vergessen wird, wenn es seinen Dienst getan hat. Daher geht es in der jetzigen Situation darum, über die Forderung vieler Politikerinnen und Politiker – vertieft nachzudenken: Was bedeutet die Tradition der Solidarität für Europa, die Idee eines solidarischen Europas? Wie lässt sich Solidarität verwirklichen? Wie ihr radikales Potential erschließen?

Solidarität muss, um nachhaltig wirken zu können, immer neu aus ihren Quellen heraus begründet und mit Leben erfüllt werden. Die Quellen der Solidarität sind bekanntermaßen vielfältig. Der Begriff hat eine sehr komplexe Geschichte. In ihm klingt das revolutionäre, über Standes- und Ländergrenzen hinweg reichende Pathos der Brüderlichkeit – oder besser: der Geschwisterlichkeit – an, und damit der moderne Universalismus, der allen Menschen die gleichen Rechte zuschreibt. Daneben gibt es noch andere wichtige Wurzeln: zum Beispiel das jüdische, christliche und islamische Verständnis der Menschen als Geschöpfe, das religiös oder auch rein philosophisch begründbare Gebot einer sorgenden Hinwendung zum kranken, schwachen und leidenden Menschen.



Von Holger Zaborowski

Holger Zaborowski hat Philosophie, katholische Theologie und klassische Philologie studiert. Er war Professor für Philosophie in Washington, D.C. und in Vallendar und ist seit 2020 Professor für Philosophie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Erfurt. 2022 erschien von ihm als Mitherausgeber: *Solidarität und Verantwortung. Oder: was Europa zusammenhält* (Wallstein Verlag).

Wenn diese Quellen lebendig sind und durch überzeugende Taten in die Gegenwart übersetzt werden, dann kann der Ruf nach Solidarität Menschen aufrütteln – ähnlich wie der Ruf nach „Solidarność“ in Polen und anderen Ländern vor über 30 Jahren Unrechtsregime zu Fall gebracht hat. Dann kommt ihm eine enorme, die Welt verändernde Kraft zu. Denn wer von Solidarität spricht und entsprechend handelt, verweist auch auf Freiheit, Verantwortung und Würde des Menschen und weiß darum, dass nicht einer abstrakten Selbstbestimmung des Menschen das letzte Wort zukommt, sondern dass Menschen in einem Geflecht von konkreten Beziehungen miteinander – und das heißt immer auch: von und füreinander – leben.

Wenn so über Solidarität nachgedacht wird, wenn es zu einem neuen Verständnis Europas aus dem Geist der Solidarität kommt, kann diese Zeit der Krisen auch die Stunde Europas sein – eine Schwäche, aus der Europa gestärkt hervorgeht, eine Erschütterung, die erneut dazu führt, die Frage nach den Grundlagen unseres Zusammenlebens zu stellen, eine Verunsicherung, die zu einer vertieften Gewissheit darüber führt, wer wir als Europäerinnen und Europäer sind und sein wollen. Im letzten Jahrhundert haben Krisen wie zum Beispiel die beiden Weltkriege im kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereich zu einer heute noch beeindruckenden Vertiefung der europäischen Solidarität geführt. Warum sollte dies heute anders sein?

Denn wenn eines klar ist, dann die Tatsache, dass kein europäischer Nationalstaat allein die jetzigen Krisen und ihre Folgen bewältigen kann. Wenn eines unzweifelhaft ist, dann die Erkenntnis, dass gerade die europäischen Länder engstens miteinander vernetzt sind. Und wenn eines deutlich sein dürfte, dann dies: Ein Europa, das noch nicht einmal der Solidarität nach innen fähig ist, wird auch nach außen hin keine Solidarität üben. Aber wäre dies dann noch Europa – ein Europa, das weder nach innen noch nach außen das Erbe der Solidarität bewahrt? Europa hat einmal den Horizont des Universalen entdeckt – der, gerade weil er universal ist, nicht nur europäisch ist. Dieser Horizont tritt mit Forderungen an uns heran. Solidarität mit anderen, ja, mit allen Menschen – insbesondere mit den leidenden, den kranken, den schwachen – gehört dazu. Wir benötigen daher ein klares Bekenntnis – in Wort und Tat – zur Solidarität als europäischer Tugend, zu Europa als Solidarität. Können wir dieser Forderung entsprechen? Von der Antwort auf diese Frage wird viel abhängen. **st**

FOTOWETTBEWERB

für junge Spätaussiedler/innen und
Heimatvertriebene

Gewinne
bis zu 800 Euro
und
eine Reise
zur Preisverleihung
nach Berlin!



www.wir-brueckenbauer.eu



[wir.brueckenbauer](https://www.instagram.com/wir.brueckenbauer)

VORANZEIGE

IM HERBST ERSCHEINT DIE NÄCHSTE AUSGABE DES WESTPREUSSEN-JAHRBUCHS

Die WESTPREUSSISCHE GESELLSCHAFT setzt die 1950 gestiftete Tradition der WESTPREUSSEN-JAHRBÜCHER kontinuierlich fort und wird zur Frankfurter Buchmesse den vom Vorstand betreuten

Doppelband 69/70 für die Jahre 2019/2020

veröffentlichen. – 2023 wird das WESTPREUSSEN-JAHRBUCH 71/72 für die Jahre 2021/2022 erscheinen, so dass die zwischenzeitlich entstandene Lücke in der Editionsfolge bald geschlossen sein wird. – Von dieser Ausgabe an lautet der Untertitel:

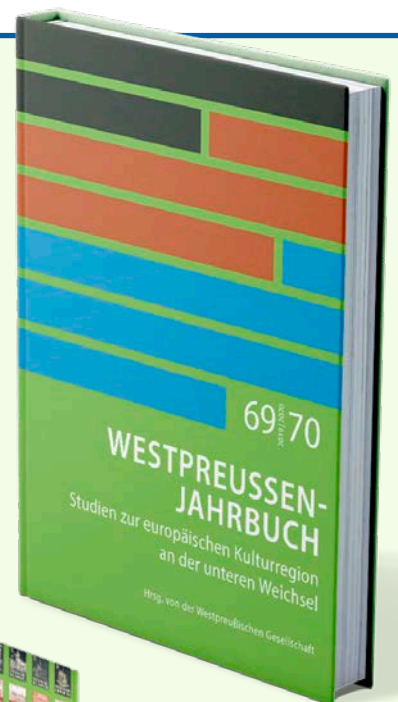
Studien zur europäischen Kulturregion an der unteren Weichsel

Der Doppelband umfasst etwa 260 Seiten und bietet zwölf Beiträge der folgenden Autorinnen und Autoren:

**Christoph Bergner • Hans-Jürgen Bömelburg • Daniel Brewing
Axel Dornemann • Frank Golczewski • Jörg Hackmann
Martin Koschny • Beata Dorota Lakeberg • Christian Pletzing
Bettina Schlüter • Hans-Jürgen Schuch • Filip Emanuel Schuffert**

Der Preis eines einzelnen Jahrgangsbandes des WESTPREUSSEN-JAHRBUCHS beträgt nunmehr € 21,90, und Doppelbände kosten € 25,90.

Westpreußische Gesellschaft, Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Telefon: 02506/3057-50, E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de
Internet: www.westpreussische-gesellschaft.de



Das WESTPREUSSEN-JAHRBUCH wird ein verändertes Aussehen erhalten, das den Erwartungen an eine zeitgemäße Buchgestaltung zu entsprechen vermag. Gleichwohl lässt sich die Cover-Gestaltung auch als bewusste Anknüpfung an die Bemühungen der früheren Generationen verstehen. Diejenigen, die diesen Zusammenhang nicht spontan entdecken, finden die Auflösung dann in einfacher Weise auf der Rückseite des Bandes!

MIT ZWÖLF WESTPREUSSEN-MOTIVEN DURCH DAS JAHR 2023



Der neue WESTPREUSSEN-KALENDER 2023 präsentiert die Vielfalt des unteren Weichsellandes:

- 👉 13 zweiseitig bedruckte Blätter mit Spiralbindung und Aufhänger, davon
- 👉 12 Kalenderblätter mit großformatigen Ansichten von Baudenkmalern und Naturschönheiten, die den Betrachter stimmungsvoll durch das Jahr begleiten,
- 👉 zu jedem Foto auf der Rückseite eine Erläuterung.

Der Kalender ist vorzüglich als Geschenk für Freunde und Partner auch in Polen geeignet: Die Monatsnamen und Kommentare erscheinen zweisprachig.



Im **Format DIN A4** kostet der Westpreußen-Kalender **€ 11,80** (inkl. MwSt., Porto und Verpackung)

im **Format DIN A3** kostet er weiterhin **€ 19,80**,

- bei Einzelbestellungen eines Kalenders kommt eine Versandkosten-Pauschale von **€ 3,-** hinzu,
- bei der Lieferung mehrerer Exemplare berechnen wir zusätzlich zum ausgewiesenen Bestellwert die effektiv entstehenden Portokosten sowie eine Verpackungspauschale von **€ 1,50**.

Bestellungen erbitten wir

per Telefon: 02506/3057-50

per E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de

per Post: Westpreussische Gesellschaft
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck

oder über das Internet-Formular: der-westpreusse.de/kalender2023

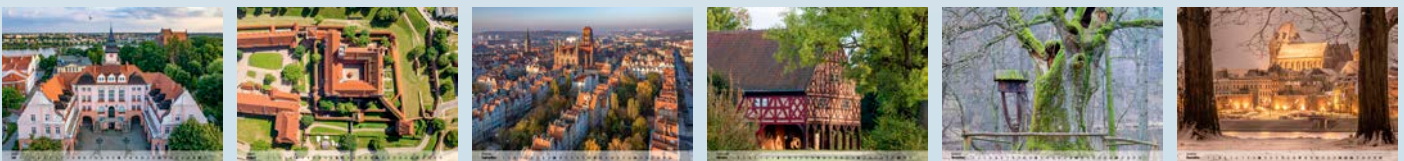


Auslieferung
ab dem
11. November



Diejenigen, die den *Westpreußen-Kalender 2022* als Leser des *Westpreußen* erhalten und bezahlt haben, brauchen **nicht zu bestellen**, weil wir ihnen wieder ein Exemplar im DIN A4-Format **automatisch zusenden**. – Wenn Sie diesmal allerdings **keine Lieferung** wünschen oder **statt des DIN A4-** lieber einen **DIN A3-Kalender** erhalten wollen, bitten wir Sie, uns von Ihrer **Um- oder Abbestellung umgehend, spätestens bis zum 14. Oktober**, in Kenntnis zu setzen.

Bei Bestellung einer größeren Anzahl von Exemplaren gewähren wir auf beide Formate **Preisnachlässe** von 10 % (ab 5 Stück) bzw. bei größeren Mengen nach Absprache.



WESTPREUSSISCHE
GESELLSCHAFT

Der Westpreuße
Begegnungen mit einer
europäischen Kulturregion



VON DANZIG NACH BERLIN – UND IN DIE WEITE WELT

Ein Gespräch mit der Carilloneurin der Parochialkirche



Anna Kasprzycka

Mit dem Glockenspiel der Danziger Katharinen-Kirche, das die „Soundscape“ dieser Stadt nachhaltig prägt, haben sich unsere Leser in der vorhergehenden DW-Ausgabe ausführlich vertraut machen können. Solch ein Artikel kann freilich in keiner Weise das Erlebnis des tatsächlich klingenden Instruments ersetzen. Seit einigen Monaten besteht aber immerhin die Möglichkeit, die Danziger Carillon-Kultur auch in Berlin kennenzulernen: An der dortigen Parochialkirche hat Anna Kasprzycka das Amt der Glockenspielerin übernommen – und die Chance, nun auch noch eine international renommierte Danziger Carilloneurin zu ihren Interessen, Perspektiven und Tätigkeiten befragen zu dürfen, hat sich die Redaktion selbstverständlicher Weise nicht entgehen lassen.

Liebe Frau Kasprzycka: Dass Kinder oder Jugendliche den dringenden Wunsch haben, ein Instrument zu erlernen – sei es das Klavier oder die Geige, sei es die Trompete oder gar das Schlagzeug – ist nicht ungewöhnlich. Wie aber kommt jemand auf die Idee, unbedingt ein Carillon spielen zu wollen – oder auf welchen Umwegen gelangt man zu diesem Instrument?

Es wird Sie vielleicht überraschen, aber es gibt auch Kinder, die das Glockenspiel erlernen möchten, und davon gibt es sogar viele. Die Glockenschule im belgischen Mechelen führt seit vielen Jahren einen Kurs für Kinder ab acht Jahren durch. Auch anlässlich meiner Konzerte in der Ukraine habe ich Unterricht für Schüler im frühen Teenageralter gegeben. Das Carillon ist ein einzigartiges Instrument und zieht Menschen mit seinem faszinierenden Klang geradezu magisch an. Überdies trägt seine einzigartige luftige Position auf einem Kirchturm zu seiner Attraktivität bei. Nicht zuletzt ist es – anders als es auf den ersten Blick scheinen mag – auch ein äußerst subtiles Instrument.

Mein eigener Weg verlief allerdings ein wenig anders: Ich habe mit dem Carillon erst als Studentin an der Musikakademie in Danzig angefangen und dort an einem Spielkurs teilgenommen. So fing es an. Später ergaben sich wegen einer Vielzahl anderer Aktivitäten mehrere Unterbrechungen. Glücklicherweise bin ich zum Spielen zurückgekommen, und dies war eine der besten Entscheidungen meines Lebens.

Sie sind mit Danzig verbunden. Vermittelt Ihnen diese Stadt den Eindruck, den Niederlanden und deren erstaunlich breiter Carillon-Kultur besonders nahe zu sein? Oder haben Glockenspiele in Polen ebenfalls eine – wenn auch vielleicht nicht derart ausgeprägte – vergleichbare Tradition?

Danzigs offenkundige Beziehungen zu den Niederlanden bestehen seit Jahrhunderten und sind quasi konkurrenzlos. Diesem starken niederländischen Einfluss ist es wohl überhaupt zu verdanken, dass das Instrument in Danzig bekannt und schon seit dem 16. Jahrhundert heimisch wurde. Danzig war vermutlich eine der ersten Städte außerhalb der Niederlande, die ein Glockenspiel besaßen. Die Glockengießer der historischen wie der heutigen Instrumente kamen bzw. kommen aus den Niederlanden. Auch unser erster Lehrer stammte dorthin; und drei meiner Kolleginnen haben im Mutterland des Carillons studiert. Zusammenfassend denke ich, dass die Niederlande (sowie freilich auch Flandern) die zentrale Inspirationsquelle für die Danziger Carillons waren. In Polen hat es keine vergleichbaren Traditionen gegeben, die solch eine Ausstrahlung hätten gewinnen können. Aber in letzter Zeit entwickelt sich in Danzig eine eigenständige Glockenspiel-Kultur, die ein unverwechselbares Profil herausbildet.

Carillons wird in den letzten drei bis vier Jahrzehnten eine erheblich zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt, so dass Sie sich als freischaffende Carilloneurin allein auf ihre internationale Konzerttätigkeit zu konzentrieren vermochten. Welche Veränderungen bringt es mit sich, dass Sie sich in Berlin nun fest an einen Ort gebunden haben?

Seit Anfang dieses Jahres bin ich offiziell als Glockenspielerin mit der Gemeinde der Berliner Marienkirche (in deren Verantwortung das Glockenspiel in der Parochialkirche steht) verbunden. Diese Situation mag ich sehr, sie erscheint mir geradezu optimal. Sie ermöglicht mir den Entwurf und die Umsetzung langfristiger künstlerischer Projekte und erlaubt dem Publikum und mir gleichermaßen, allmählich miteinander vertraut zu werden. So eröffnet sich mir die Chance, für einen bestimmten Ort Konzepte einer eigenständigen Carillon-Kultur zu entwickeln und strategisch umzusetzen – wobei sich die stets gute Zusammenarbeit mit Pfarrer Eric Hausmann und dem gesamten Team der St. Marien- wie der Parochialkirche als höchst förderlich erweist. Diese längerfristige Bindung schränkt meine weiteren internationalen Aktivitäten aber in keiner Weise ein, sondern stellt mich nur vor zusätzliche Herausforderungen und ganz neue, spannende Aufgaben.

Könnte das anwachsende Interesse am Carillon auch im Zusammenhang stehen mit der Ausweitung eines engen „Musik“-Begriffs zur weiterreichenden Vorstellung einer „Soundscape“, der Idee eines umfassenderen (vor allem urbanen) Klang-Raums?



FOTO: PAVEL MARTUSZEWSKI

Anna Kasprzycka am Spieltisch des Carillons von St. Katharinen in Danzig

Eine sehr interessante Frage. Vielleicht ist es teilweise so. Ich denke jedoch, dass dabei eine Kombination aus mehreren anderen Faktoren wirksam ist. Damit meine ich zunächst die Entwicklung des Instruments, insbesondere die technischen Veränderungen, die

zu einer leichter spielbaren Tastatur geführt haben. Dies wiederum verbindet sich mit einer Steigerung der Virtuosität und mit neuen Techniken, so dass das Spiel an Intensität gewinnt und noch ein-drucksvoller wird. Die wachsende Popularität des Carillons hängt zudem mit den mobilen Instrumenten zusammen, die die Spielerinnen und Spieler in einen viel engeren Kontakt mit dem Publikum bringen und es ihnen – da sie sich nun quasi auf das gleiche Niveau herabgeben haben – ermöglichen, mit anderen Instrumentalisten zu konzertieren. Auf diese Weise wird letztlich auch das Repertoire tiefgreifend erweitert und umstrukturiert. Solche Veränderungen werden zwar nicht einhellig begrüßt, ich selbst plädiere aber für einen offeneren, weniger orthodoxer Umgang mit den neuen kompositorischen und klangästhetischen Ansätzen.

Ursprünglich gehört es zu den Besonderheiten Ihrer künstlerischen Arbeit, dass Ihr Publikum keine Chance hat, Sie während des Konzerts zu sehen und dadurch die Virtuosität und Musikalität Ihres Spiels unmittelbar mitzuerfolgen. Wie gehen Sie mit diesem – für Musiker doch schwerwiegenden – Defizit um; und bieten Ihnen das Spiel in mobilen Carillons sowie vor allem die Multimedia-Produktion von YouTube-Clips hier einen willkommenen Ausgleich?

Ich mochte und mag immer noch die Einsamkeit auf dem Turm. Die Bedingungen haben sich im Laufe der Jahre zwar sehr geändert: Immer öfter treten wir in mobilen Carillons auf oder werden von einer Kamera in der Kabine aufgenommen, so dass sich die Bilder für das unter dem Turm versammelte Publikum auf eine große Leinwand projizieren lassen und (bzw. oder) auch als Videos im

Zivilgesellschaftliches Engagement schaffte die Voraussetzung dafür, dass der Plan gefasst und letztlich auch realisiert werden konnte, die Turmspitze der Parochialkirche wiederaufzubauen und ihn neuerlich mit einem Glockenspiel zu versehen. Das ursprünglich aus dem frühen 18. Jahrhundert stammende Instrument wurde im Zeiten Weltkrieg weitgehend zerstört. Mit einer Andacht und einem Konzert wurde das neue Glockenspiel am 23. Oktober 2016 eingeweiht. Es umfasst 52 Glocken und wurde von KONINKLIJKE PETIT & FRITSEN/KONINKLIJKE EIJSBOUST gegossen und installiert. Das Gesamtgewicht beträgt 8.400 kg. Die größte Glocke wiegt 1.490 kg, die kleinste 8 kg.



Die Turmspitze der Parochialkirche mit dem Glockenspiel



Das Carillon in der Turmspitze der Parochialkirche. Die Aufnahme entstand am 30. Oktober 2016, eine Woche nach der Einweihung des Instruments.

FOTOS VIA WIKIMEDIA CC: STEFAN CHRISTIAN HOJA (OBEN); ULRICH HOBBY (UNTEN)

Anna Kasprzycka wurde in Deutsch Eylau geboren und wuchs in Löbau auf. Sie studierte Musiktheorie am Danziger Konservatorium und legte dort das Magister-Examen ab. Glockenspiel studierte sie bei Gert Oldenbeuving in Danzig sowie bei Carl van Eyndhoven, Geert D'hollander und Eddy Mariën in Belgien und besuchte zwischen 2004 und 2010 mehrere Meisterkurse in Amersfoort, Middelburg, Löwen und Danzig. 2013 war sie Preisträgerin im Wettbewerb für Carillon-Duos im niederländischen Zwolle, erhielt 2014 in Frankreich den zweiten Preis im Carillon-Wettbewerb von Saint-Amand-les-Eaux und erreichte zum Ende ihres Studiums an der königlichen Carillon Schule JEFF DENYN in Mechelen 2014 als erste polnische Glockenspielerin die Abschlussnote „summa cum laude“. Überdies wurde ihr 2017 die „Collins Carillon Fellowship“ der Bok Tower Gardens, Florida, zuerkannt. – Schließlich arbeitet Anna Kasprzycka zuzeiten im Tonstudio der Danziger Musikakademie und betreut als leitende Redakteurin seit 2013 regelmäßig auch noch die *Carillon News*, die Zeitschrift der polnischen Carillon-Gesellschaft.

Die Carilloneurin lebt in Danzig, Berlin sowie Luxemburg und konzertiert zudem in vielen europäischen Ländern und in den USA. Besondere Aufmerksamkeit erregt sie dabei durch die Erstaufführungen von Werken zeitgenössischer Komponisten. Als Beispiel sei hier die viel diskutierte Carillon-Komposition *Adhan* von Maximilian Marcoll genannt, die schon 2015 entstand, aber erst jüngst, am 5. Juni, zum ersten Male erklungen ist, und zwar vom Turm der Berliner Parochialkirche.

Im Internet können etliche Auftritte von Anna Kasprzycka auf YouTube-Videos betrachtet werden. Aus diesem Angebot soll exemplarisch zumindest der Link zu der Aufnahme des Konzerts genannt werden, das die Instrumentalistin am 5. August im Rahmen des XXIV. Danziger Carillon-Festivals auf dem Glockenspiel der Katharinenkirche mit einem ebenso vielgestaltigen wie anspruchsvollen Programm gegeben hat: youtube.com/watch?v=Xb1DqodTWRQ



Anna Kasprzycka nutzt für ihre Konzerte auch mobile Glockenspiele, die besonders dazu geeignet sind, neue Gruppen von Hörerinnen und Hörern anzusprechen und sie für die Carillon-Musik zu interessieren, wenn nicht zu begeistern.

Internet verfügbar werden. Diese neueren Verfahren akzeptiere ich durchaus und schätze die fördernde Kraft solcher zusätzlichen Vermittlungsmöglichkeiten, noch stärkeres Verständnis und Interesse für das Instrument zu wecken. Aber das sind trotzdem nur Alternativen neben der mir vertrauten und weiterhin noch hochgeschätzten authentischen, „natürlichen“ Umgebung für meine Auftritte. **st** Die Fragen stellte Erik Fischer

FOTO: ADAM JASTRZEBSKI

Notizen aus... der Dreistadt

WINDPARK-TERMINAL



QUELLE: HANSA-ONLINE.DE

Es ist noch Platz im Danziger Außenhafengebiet.

Der Hafen von Danzig bietet nicht nur immer mehr Möglichkeiten für die Bedienung auch ganz großer Containerschiffe und baut die dafür notwendigen Anlagen zügig aus. Jetzt soll auch ein Zentrum für Dienstleistungen zur Versorgung der Windparks vor der Küste entstehen. Anfang Juni konnten nach einer entsprechenden Ausschreibung die ersten Gebote bei der Hafenverwaltung eingereicht werden. Als Standort für einen Offshore-Windpark-Terminal ist ein Areal im Außenhafen vorgesehen. Ziel ist es, die nationale Energiesicherheit des Landes zu verbessern und gleichzeitig für das Wachstum der heimischen Wirtschaft zu sorgen. Nicht zuletzt benötigt auch Polen mehr Offshore-Windenergie, um die Ziele der Energiepolitik bis 2040 zu erreichen.

Mit freundlicher Genehmigung des MARINEFORUMS (5/2022)

BRÖSENER KLEINOD Das im 19. Jahrhundert erbaute und inzwischen denkmalgeschützte Kurhaus in Brösen hatte seit dem Zweiten Weltkrieg verschiedenen Zwecken gedient. Es wurde zunächst als Konzertaula und späterhin auch kurzfristig als Hotel genutzt, dann aber Ende der 1950er Jahre zu einem Wohngebäude umgestaltet. Im Laufe der Zeit war es baufällig geworden. Die letzten Mieter zogen im Jahre 2016 aus. Von 2019 bis Ende 2021 sind das Haupthaus und die beiden Seitenflügel zum Teil umgebaut und von Grund auf renoviert worden. Die feierliche Eröffnung fand am 18. Dezember 2021 statt. Auch der kleine



Der Zustand des Hauses vor der Renovierung



Erst im Sommer lässt sich die positive Wirkung der Park-Renovierung zur Gänze erkennen.

Park zur Stadtseite hin wurde neu angelegt, wobei die mehr als 20 alten Bäume – Linden, Eichen und Kastanien – ebenfalls gepflegt und saniert wurden. Der gesamte Komplex ist von der Stadt Danzig bereits 2017 dem CENTRUM HEVELIANUM



Die Rückfront des renovierten Kurhauses im zeitlichen Umfeld der Einweihung (im Dezember 2021)



Das „neue“ Kurhaus findet auch bei Touristen große Aufmerksamkeit.

übereignet worden und dient nun als Bildungsstätte und Zentrum für Ökologie und Umweltschutz. Überdies sind dort ein Restaurant und ein Hotel mit 21 Zimmern untergebracht. *Anna Labudda*

FOTOS: KAROLINA MISZTAL

Elbing

GROSSE PLÄNE An der Ostbahnstrecke von Marienburg nach Elbing, die am 19. Oktober 1852 eröffnet wurde, liegt nach gut der halben Strecke das Dorf Grunau (Gronowo Elbląskie); dort ist an der Station ein historisches Bahn-



Das baufällige Bahnhofsgebäude von Gronowo Elbląskie

hofsgebäude, ein unterkellertes zweistöckiges Fachwerkhhaus, erhalten geblieben, das vermutlich noch aus der Zeit des Bahnbaus stammt. Es ist bedauerlicherweise in einem schlechten Zustand.

Anfang August hat die Polnische Staatsbahn (PKP) dieses Baudenkmal nun in ihr Programm für Investitionen in



An der Ostseite des Bahnhofs ist bis heute der deutsche Name „Grunau“ zu erkennen.

FOTOS: BARTOSZ SNOOP

Bahnhofsgebäude aufgenommen. Die geplante Sanierung, die ca. 2024 stattfinden soll, umfasst neben der gesamten Station auch die Zufahrtsstraße. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit dem Vorhaben, die Bahnlinie von Marienburg über Elbing bis nach Braunsberg insgesamt zu modernisieren.

WEM GEHÖRT DER ELBINGER HAFEN? Der Durchstich durch die Frische Nehrung wird am 17. September, dem 83. Jahrestag des Überfalls sowjet-russischer Truppen auf Ostpolen, festlich eröffnet. Dieses – nicht zuletzt demonstrativ gegen die Russische Föderation gerichtete – Projekt bliebe ohne die Vertiefung und Erweiterung des Elbinger Hafens gänzlich sinnlos. Diese Maßnahmen werden nach dem Urteil der Warschauer Regierung vom Magistrat der Stadt allerdings nicht mit hinlänglicher Ernsthaftigkeit vorangetrieben. Deshalb wurde in der Hauptstadt die Überlegung angestellt, dass der Hafen aus Mitteln des Staatshaushalts erworben und damit der Kontrolle der Staatsregierung unterstellt werden sollte. Die Stadt verfügt tatsächlich kaum über die finanziellen Möglichkeiten für solch eine erhebliche Investition. Gleichwohl hat die Opposition dieses Konzept im polnischen Parlament abgelehnt. Namentlich der Elbinger Senator Jerzy Wcisła wandte sich gegen eine Nationalisierung des Hafens, die für die Stadt zwangsläufig zu einem massiven Aufsichtsverlust führen und ein Tor zu weiteren finanziellen und unternehmerischen Einflussnahmen Warschaws aufstoßen würde.

Die PiS-Regierung hat dem Magistrat daraufhin angeboten, eine Aktienmehrheit der Hafen-Gesellschaft in Höhe von 100 Mio. Złoty zu übernehmen, wobei diese Summe späterhin aus dem Staatshaushalt in die Hafenerweiterung investiert werden soll. Dieses Angebot könnte zu denjenigen gehören, die der Begünstigte besser nicht ablehnen sollte: Wenn sich der Stadtpräsident dazu entschließen würde, bestünde durchaus die Gefahr, dass die Regierung – nach dem Verfahren, das bereits in Bezug auf die Westerplatte angewendet worden ist – die Anlagen kraft eines vom Parlament beschlossenen Gesetzes entschädigungslos übernimmt – und die Stadt damit dann jegliches Mitspracherecht verliere.

MUSIKSOMMER Das Elbinger Kulturangebot zeichnete sich nach den Einschränkungen der letzten beiden Jahre wieder durch eine große Vielfalt aus. Dazu gehörten beispielsweise das „Elbinger Musikfest“, die Jam-Session, die neuerlich, verbunden mit einem Picknick im Freien, von der GALERIA EL veranstaltet wurde, oder der Konzertzyklus „Sommer in Vogelsang“, bei dem die im letzten Jahr renovierte Konzertmuschel (DW 2/2021) besonders vorteilhaft zur Geltung kam.

Eine Neuerung boten Auftritte von Ensembles, die Musik an unterschiedlichen Orten des städtischen Raums erklingen ließen. Das Elbinger Kammerorchester trat z. B. im



Konzert im Rosengarten

Rosengarten oder im Park zum Kleinen Tal auf, andere Gruppen konzertierten im Planty-Park, dem früheren Park der Ressource Humanitas, an der großen Treppe der ehemaligen Jahn-Schule oder auf der Speicherinsel. Die Idee zu dieser Form einer möglichst breiten Vermittlung von Musik stammt von Elbinger Privatpersonen und Vereinen, die für dieses Projekt eine Förderung durch das Bürger-Budget beantragt hatten und späterhin bei der Auswahl erfolgreich waren.

Bartosz Skop

Marienburg

FREIFAHRT Aufgrund eines keineswegs unumstrittenen Stadtratsbeschlusses vom 20. Mai werden bei den Öffentlichen Verkehrsmitteln seit dem 1. Juli keine Fahrpreise mehr erhoben. Diese Maßnahme soll den ÖPNV für die Bevölkerung attraktiver machen und weitere Kreise veranlassen, das eigene Auto stehenzulassen. Zu den erwartbaren Vorteilen dieser Neuregelung gehören neben der Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Verringerung der Parkraumnot auch ökologische Verbesserungen wie die Reduzierung der Lärm- und Abgas-Emissionen – wobei hierbei die Gesamtbilanz der Stadt bereits wesentlich von der vor kurzem vollzogenen Umstellung der Busse auf Elektrofahrzeuge profitieren wird. Nicht zuletzt wird der Wegfall des Verkaufs und der Kontrolle von Fahrscheinen auch das Personal entlasten und die Ein- und Ausstiegszeiten reduzieren. Konsequenterweise beschloss die Stadt in der gleichen Sitzung, die innerstädtischen Parkzonen auszuweiten und die zusätzlichen Gebühren für die Finanzierung der kostenlosen Personenbeförderung zu verwenden.

ITALIENISCHE NATO-EINHEIT ZU GAST



Seit dem 1. August ist für drei Monate erstmals ein Kontingent italienischer Eurofighter F-2000A auf der 22. Tactical Air Base stationiert. Im Rahmen der nach der russischen Krim-Okkupation etablierten Baltic-Air-Policing-Mission übernehmen ihre Besatzungen gemeinsam mit

Piloten aus Ungarn und Deutschland die Aufgabe, den Luftraum über den drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland zu überwachen. Zudem unterstützen sie die polnischen Flieger der Air Base bei Einsätzen über dem Territorium des polnischen Staates. Sämtliche Aktivitäten der Mission unterstehen dem Allied Air Command in Ramstein. – Bei der Begrüßung durch den stellvertretenden Generalkommandeur der Streitkräfte, Generalmajor Cezary Wiśniewski, sagte Oberst Salvatore Florio, der Kommandeur des italienischen Kontingents, dass es heute in diesem Teil der Welt nichts Wichtigeres gebe, als die NATO-Staaten zu schützen und dort den Frieden zu bewahren, und betonte, dass sich die italienische Regierung und die italienische Luftwaffe jeden Tag aktiv für diese Ziele einsetzen.

KOOPERATION Ab dem nächsten Studienjahr wird an der Universität Danzig ein neuer Postgraduierten-Studiengang mit der Ausrichtung „Schutz des kulturellen Erbes: Museen, Bildung, Tourismus“ eröffnet. Er ist zunächst für eine Kohorte von 20 bis 30 Studierenden ausgelegt und richtet sich an Mitarbeiter von Museen, touristisch genutzten Denkmalpflegeeinrichtungen und sonstigen Kultureinrichtungen sowie an alle, die sich für die Bewirtschaftung, den Schutz und das touristische Potenzial des Kulturerbes interessieren. Dabei kooperiert die Hochschule einerseits mit dem Nationalen Maritimen Museum in Danzig sowie mit dem Schlossmuseum Marienburg, dessen Direktor, Dr. Janusz Trupinda, sich nachdrücklich für solch einen Studiengang eingesetzt und sich intensiv an dessen Konzeption beteiligt hat.

RÜCKKEHR DER RITTER



Der farbenfrohe Aufzug zum Beginn des Festes

Nach zwei düsteren Corona-Jahren konnten die Freunde der Living History am Wochenende vom 22. bis zum 24. Juli endlich wieder ganz auf ihre Kosten kommen. Kunsthandwerksmärkte, vielfältige Workshops, Vorführungen von mittelalterlichen Waffen- und Reittechniken oder farbenprächtige Umzüge erfreuten die Besucher des Schloss-Festivals. Höhepunkte der Veranstaltungen bildeten einerseits Reenactments des damaligen Lebens auf der Burg, bei denen z. B. Heinrich der Ältere von Plauen im Jahre 1410 bei einer Besprechung im Sommerremter die Verteidigung der Wehranlage übernimmt und vorbereitet, andererseits und vor allem die spektakulären nächtlichen Versuche der „Belagerer“, die Burg einzunehmen.



FOTOS: MAGISTRAT MALBORK

TOTENGEDENKEN Am 7. September besuchte Bürgermeister Marek Charzewski die Kriegsgräberstätte des Volksbundes in Glien (Glinna), einem Ortsteil von Neumark (Stare Czarnowo) im ehemaligen Landkreis Greifenhagen in der Neumark. Dort legte er ein Blumengebilde auf einer Gedenktafel für die Opfer des Zweiten Weltkrieges nieder, die an die 2.110 Toten von Marienburg erinnert: an die Menschen, deren sterbliche Überreste am 28. Oktober 2008 bei Bauarbeiten in der Nähe der Marienburg in einem Massengrab entdeckt, späterhin geborgen und dann in Glien bestattet worden waren.

Marek Dziezic



Strasburg

DIE „GRÜNE LUNGE“ der Stadt, die den neben der Deutschordensburg gelegenen Anna-Wasa-Park und die jenseits der Drewenz daran anschließende, dem Gedächtnis Johannes Pauls II. gewidmete Grünanlage umfasst, ist von Grund auf neu gestaltet worden. Seit September 2021 fanden umfangreiche Erd- und Bauarbeiten statt, und bei der Eröffnungsfeier am Wochenende des 9. und 10. Juli zeigte sich, dass sich der Aufwand sowie die Kosten in Höhe von acht Mio. Złoty offenbar gelohnt haben. Nun können sich die Kinder auf dem attraktiven Spielplatz vergnügen, Schachliebhaber finden mehrere Spieltische und für Besucher, die sich an der frischen Luft lieber bewegen wollen, stehen mehrere Stationen mit Fitnessgeräten bereit. Auch an einen Natur-Lehrpfad und nicht zuletzt an Vogelhäuschen und Insektenhotels ist bei der Konzeption der Anlage gedacht worden.

Rafał Grosch



FOTOS: RAFAŁ GROSCH

Thorn und Kujawien-Pommern



FOTO: ZDZISŁAW WIŚNIEWSKI

FESTIVAL DER WEICHEL Am 14. und 15. August fand zum sechsten Male das in Polen größte Treffen von traditionellen Booten und Flussschiffen statt. Es gehörte wieder als wichtiger Programmbeitrag zum „Festival der Weichsel“, das die Schönheit des Stroms und die mit ihm verbundenen Traditionen seiner Anwohner vom Handwerk über die Küche bis zur Folklore verdeutlichen will. Dabei konzentrierten sich die Veranstalter thematisch auf das „Goldene Zeitalter“ der polnischen Geschichte, die Zeit vom Beginn des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, in der die Weichsel eine der bedeutendsten europäischen Handelsrouten bildete. Den Besuchern wurden etliche Attraktionen geboten, zu denen z. B. eine kostenfreie Überfahrt zur Burgruine Dybow gehörte: Dort konnte man Konzerten beiwohnen, mit bildenden Künstlern ins Gespräch kommen oder sich zu den Flissaken ans Lagerfeuer setzen. Am Ende des Kulturfestivals stand die von allen schon gespannt erwartete große abendliche Parade aller beteiligten, nun festlich illuminierten Boote.

ANOOKI Das in diesem Jahr zum 13. Male stattfindende *Bella Skyway Festival*, das größte seiner Art in ganz Europa, wurde von überdimensionalen Anooki geprägt. Diese kleinen sympathischen Eskimos erlebten viele lustige und spannende Abenteuer und gewannen die Herzen der Kinder und Erwachsenen im Nu. Dabei warnten sie gleichsam nebenbei vor den Folgen des Klimawandels und warben für die Idee des Umweltschutzes. Für die Dauer des Festivals, vom 16. bis zum 20. August, war Thorn in drei Zonen eingeteilt, in denen 21 Lichtinstallationen von Künstlern aus Frankreich, Italien und Finnland mit faszinierenden Formen des Videoprojektionsmapping zu bewundern waren. Zusätzlich war als Zeichen der Solidarität eine Gruppe aus der Ukraine eingeladen worden, die ihre Lichtgestaltung an der Fassade der Jesuitenkirche am Altstädtischen Markt präsentierte.

Piotr Olecki



FOTO: ZDZISŁAW WIŚNIEWSKI

EIN FORTSCHRITTLICHER STAAT IN GEFAHR – die „Rzeczpospolita“ von der Lubliner Union bis zur Ersten Teilung 1772

WÄHREND SICH IM JAHRE 1772 DAS HABSBURGERREICH UND RUSSLAND anderer Teile des polnisch-litauischen Staatsgebiets bemächtigten, annektierte Friedrich II. das Gebiet des Königlichen Preußen sowie den zu Großpolen und Kujawien gehörenden Netzedistrikt. Er nannte das neue Territorium bald darauf „Westpreußen“ und sich selbst fortan König von Preußen statt wie bisher in Preußen, weil er durch die Annexion eine Landverbindung zum östlichen, ehemaligen Herzogtum Preußen hergestellt hatte. Dieses Gebiet hatte 1701 den Aufstieg Brandenburgs zum Königtum überhaupt erst ermöglicht.

Dieser „Teilung Polens“ schlossen sich 1793 und 1795 noch zwei weitere an, bei denen der Landhunger jener drei europäischen Mächte ein solches Ausmaß erreichte, dass mit der Dritten Teilung das unabhängige Polen-Litauen aufhörte zu existieren und es für 123 Jahre keinen polnischen Staat mehr gab. Wie und warum kam es dazu? Hatte sich Polen-Litauen doch noch kurz zuvor, am 3. Mai 1791, als erster europäischer Staat eine Verfassung gegeben, hatte es doch inzwischen ein Parlament besessen und war es für längere Zeit geradezu ein Musterbeispiel ethnischer und religiöser Toleranz, ja Multikulturalität gewesen.

Um die Struktur und das Verschwinden Polen-Litauens von der Landkarte zu erklären, muss man in großen Zügen schon Mitte des 16. Jahrhunderts ansetzen, als mit der Union von Lublin 1569 auch formal die Königliche Republik der Polnischen Krone und des Großfürstentums Litauen – die „Rzeczpospolita Korony Polskiej i Wielkiego Księstwa Litewskiego“ – befestigt wurde.

Die „goldene Freiheit“ der Adelsrepublik

Nach dem Aussterben der bisher regierenden Jagiellonen-Dynastie im Jahr 1573 kam in der „Rzeczpospolita“ ein zwar vorher bereits existierendes, aber faktisch auf die Jagiellonen beschränktes Wahlkönigtum zum Tragen. Der König von Polen und Großfürst von Litauen war nicht ein absoluter Monarch „von Gottes Gnaden“, sondern ein auf Lebenszeit gewählter erster Beamter des Staatswesens als „primus inter pares“ – als Erster unter Gleichen. Seine Wahl oblag einer Nationalversammlung – dem „sejm elekcyjny“ –, an der jeder Adlige teilnehmen durfte. Das frühneuzeitliche Ständeparlament,



Die sukzessive Auslöschung Polen-Litauens von 1772 bis 1795 (Historische Karte von John Nennbach)

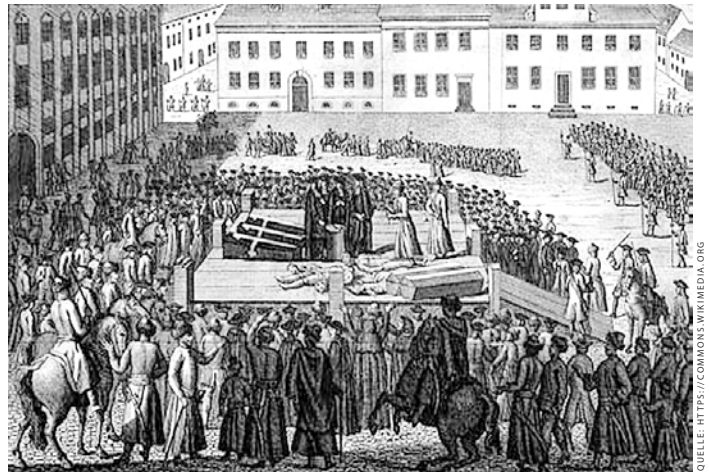
bestehend aus Sejm und Senat, war der zweite und entscheidende Bestandteil der Regierung. Die Sejm-Abgeordneten kamen aus den Landtagen („sejmiki“) und vertraten vor allem die Interessen des Adels.

Mit der ersten freien Königswahl wurden alle umfangreichen Privilegien des Adels bestätigt, die sich bereits unter den Jagiellonen-Herrschern gefestigt hatten. Dazu gehörten die Kontrolle des Gesetzgebungsverfahrens (das Statut „Nihil novi“ ließ keine neuen Gesetze ohne Zustimmung des Sejms zu), das „Liberum Veto“ (als Instrument der Kompromissfindung, wobei so lange diskutiert wurde, bis eine Einigung erzielt war), das Widerstandsrecht, die religiöse Freiheit und das Billigungsrecht des Adels für Militär und Steuern. Diese sogenannten „Articuli Henriciani“ – benannt nach dem französischen Prinzen Henri de Valois, der nach den Jagiellonen als Erster zum König gewählt wurde – und die an die jeweils aktuelle politische Situation angepassten „Pacta conventa“ (Wahlabkommen) hatte künftig jeder gewählte König zu bestätigen.

Der Adel war somit peu à peu die gesellschaftliche Schicht der politischen Willensbildung geworden und bezeichnete diese Situation als „goldene Freiheit“ („złota wolność“). Da der Adel Polen-Litauens im Vergleich zu Westeuropa mit etwa acht bis zwölf Prozent einen großen Anteil der Bevölkerung ausmachte, partizipierten vergleichsweise viele Menschen am politischen Wollen und Handeln, weshalb Polen-Litauen auch häufig „Adelsrepublik“ genannt wird. Es handelte sich beim Adel um eine theoretisch gleichberechtigte Gruppe, deren Angehörige sich untereinander bzw. nach außen hin als „Brüder“ verstanden. Ihre Devise war „Gleichheit, Brüderlichkeit, goldene Freiheit“.

Was die realen Machtverhältnisse und die Finanzkraft der Gruppe anbelangt, war der Adel jedoch äußerst heterogen. Er teilte sich in den Adel, der insgesamt als „szlachta“ bezeichnet wird, und die Magnaten, die geistlichen und weltlichen Senatoren oder Reichsräte und die Angehörigen des Hochadels. Die Lebensweise umfasste somit die erhebliche Spannweite von kleinbäuerlichen Existenzen bis zu königsgleichem Latifundienbesitz und entsprechendem Repräsentationsanspruch. In dem dualistischen und föderalen Prinzip des Staatswesens sowie in der freien Königswahl unterschied man sich von den absolutistischen Herrschaften in der Nachbarschaft und glich eher Staatsformen wie der Republik Venedig oder den Vereinigten Niederlanden.

Ein weiteres Charakteristikum war die in Europa fast einzigartige (lediglich mit Siebenbürgen vergleichbare) konfessionelle und ethnische Vielfalt Polen-Litauens. Hier sprach man Polnisch und Ruthenisch als offizielle Amtssprachen, aber auch Deutsch, Latein, Italienisch, Armenisch, Jiddisch und Hebräisch. Zudem erfreuten sich Juden, Orthodoxe, Katholiken, verschiedene Gruppen von Protestanten und muslimische Tataren weitgehender Religionsfreiheit, weil die rechtlichen Bedingungen besser waren als anderswo in Europa. Allerdings begann sich der Katholizismus ab etwa 1648 als entscheidender Faktor für erfolgreiche politische Karrieren durchzusetzen und war bis zum frühen 18. Jahrhundert die dominierende Konfession geworden. Einen Höhepunkt dieser restriktiven Entwicklung bildete der „Thorner Tumult“ des Jahre 1724, der als „Thorner Blutgericht“ bezeichnet, dem Ansehen Polen-Litauens in der europäischen Staatengemeinschaft schweren Schaden zufügte – und sich auch vorzüglich den auf eine Destabilisierung der Adelsrepublik gerichteten politischen Interessen dienstbar machen ließ.



Zeitgenössische Darstellung der Exekutionen im Rahmen des sogenannten „Thorner Blutgerichts“ am 9. Dezember 1724. Diese Abbildung repräsentiert die Vorstellung des Westens von der Intoleranz und Rückständigkeit des polnisch-litauischen Staats und wurde fortwährend propagandistisch genutzt, um konfessionelle wie nationale Gegensätze anzuheizen.

Das in der vorherigen Zeit gleichwohl langwährende Funktionieren der Multikonfessionalität und Multiethnizität unter dem gemeinsamen Dach politischer Vorstellungen war ein weiterer Punkt, der Polen-Litauen auszeichnete. Dies bildete auch einen Aspekt, der wesentlich mit zur Blüte des Landes in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts geführt hatte. Zu dieser Zeit erreichte die Adelsrepublik ihre größte Ausdehnung und war eine Großmacht, die bis ans Schwarze Meer und unmittelbar ans Osmanische Reich grenzte. Vom Dreißigjährigen Krieg weitgehend unbehelligt, vermochte es sich gegen das Russische Reich zu behaupten, und auch das expandierende Osmanische Reich konnte in der zweiten Jahrhunderthälfte nachhaltig zurückgeschlagen werden. Die Siege des militärisch versierten Königs Jan III. Sobieski 1683 bei Wien zeugen exemplarisch davon. Hierdurch erreichte die Polen-Litauen ursprünglich nur zugeschriebene, im Laufe der Zeit jedoch selbst angeeignete identitätsstiftende Vorstellung, für Europa ein „antemurale christianitatis“ – eine Vormauer bzw. ein Bollwerk der Christenheit gegen die islamische Welt – zu bilden, ein letztes Mal Befeuerung. Gleichwohl wurden die kostspieligen Truppenaufgebote durch den Adel stets nur unwillig aufgebracht.



Das Staatsgebiet Polen-Litauens in den Jahren 1619–1621, in der Zeit seiner größten Ausdehnung

Probleme und Fehlentwicklungen

Das moderne Züge tragende gesellschaftlich-politische System der Adelsrepublik, oder besser gesagt: seine Praxis, bargen jedoch auch Gefahren, die sich im Zusammenhang mit den außenpolitischen Verschiebungen als verhängnisvoll erweisen sollten.

Ein erstes, inneres Problem war das – freilich nicht nur in Polen-Litauen, sondern auch in anderen Ländern Europas verbreitete – Klientelwesen, d. h. die Abhängigkeit der Szlachta von den sie jeweils protegierenden Magnaten. So bildeten sich Adelsparteien heraus, die sich regelmäßig zu widerstreitenden und gegen den eigenen König agierenden Konföderationen zusammenfanden. Dies führte zeitweilig zu bürgerkriegsartigen Zuständen, bis hin zur Wahl von Gegenkönigen etwa im Falle Stanisław Leszczyński und August III. im Jahre 1733.

Die Erstarrung des fortschrittlichen Systems stellte eine weitere Gefahr dar. Die Idealvorstellung war diejenige einer freiheitlichen Adelsgesellschaft, deren Ursprung die Szlachta auf die antiken Sarmaten, ein nomadisches Reitervolk, zurückführte (Sarmatismus). Das förderte mental und optisch eine selbstbewusste Abgrenzung vom Adel Westeuropas, die mit der Propagierung freiheitlicher, unabhängiger und kämpferischer Werte Hand in Hand ging. Diese Grundhaltung wurde jedoch mit zunehmender Konservierung anfällig für Verknöcherung und Reformunwillen, so dass jegliche Änderung (besonders von außen) als mögliche Bedrohung der errungenen Freiheit beargwöhnt wurde. Angesichts der absolutistischen Nachbarn, die die Staatsform Polen-Litauens abwertend als „Adelsanarchie“ bezeichneten, war das Misstrauen womöglich nicht verwunderlich.



Tatsächlich entpuppte sich das „Liberum Veto“ mit der Zeit als gefährliches, handlungshemmendes Instrument, da durch den Einspruch eines einzelnen Abgeordneten ein Beschluss verhindert, ja, eine ganze Sitzung gesprengt werden konnte. Es ermöglichte derart die Erste Teilung mit, weil Reformen von innen blockiert wurden. Zwischen 1736 und 1763 kam nicht eine einzige erfolgreiche Sejm-Sitzung zustande. Auch die Angst des Adels vor einer Stärkung der Königsmacht gereichte letztlich den Teilungsmächten zum Vorteil, weil sie mögliche selbstbestimmte Änderungen verhinderte. Russland spielte beispielsweise die reformorientierten und die konservativen Adelskonföderationen (z. B. 1715 von Tarnogród, 1768 von Bar, 1792 von Targowica) gegeneinander aus und gewann zunehmend an Einfluss im Land.

Eine weitere Bedrohung waren die Eigeninteressen der Wahlkönige, die selten das Landeswohl im Auge hatten. Schon der erste, 1573 frei gewählte König, Henri de Valois, blieb nur kurz im Lande. Die Wasa-Könige auf dem polnischen Thron – vom Ende des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts – riefen dynastische kriegerische Konflikte mit Schweden, die sogenannte „Sintflut“ („potop“), hervor. Zugleich wurde das Land während der „Smuta“, der „Zeit der Wirren“ (1598–1613) in zahlreiche Kriegshandlungen mit dem Russischen Reich und späterhin auch mit dem Osmanischen Reich involviert. Der Chmel'nyč'kyj-Aufstand (1648–1657) der orthodoxen Saporoger Kosaken im Südosten des Landes, die von den polnischen Latifundienbesitzern ausgebeutet wurden, bot ein zusätzliches Konfliktfeld. All das schwächte das Land wirtschaftlich und personell nachdrücklich und brachte auch Gebietsverluste mit sich. Die religiöse Toleranz nahm im Zuge dieser Entwicklung ebenso ab.

Die Könige aus dem Haus Wettin wiederum brachten andere Probleme mit sich. Nachdem 1697 der sächsische Kurfürst als August II. zum König von Polen gewählt worden war, bildete Polen-Litauen mit Unterbrechungen bis 1763 einen Teil der polnisch-sächsischen Personalunion. August II. zog das Land 1700 in den Großen Nordischen Krieg um die Vorherrschaft im Ostseeraum hinein, weil er mit dem polnischen Territorium eine königliche Dynastie begründen und seine Macht als König von Polen stärken wollte. Damit stieß er aber – wie zu erwarten – auf den Widerstand des polnisch-litauischen Adels. Am Ende des Großen Nordischen Krieges 1721 gehörte Polen nur offiziell zu den Siegern, tatsächlich aber stürzte es nicht nur im Innern in eine Krise, sondern geriet auch noch zunehmend unter die Hegemonialinteressen der Nachbarstaaten und verlor immer mehr an Souveränität. Nach dem Tode Augusts 1733 versuchten sämtliche Nachbarn und divergierenden Interessengruppen jeweils in ihrem Sinne Einfluss auf die Thronfolge zu nehmen.

Dieses Einwirken auf die Adelsparteien fand auch nach dem Tode des sächsischen Kurprinzen August III., der sich erfolgreich gegen Stanisław Leszczyński behauptet hatte, seine Fortsetzung. Nach der Wahl Stanisław August Poniatowskis im Jahr 1764 wurden dessen Reformversuche systematisch vereitelt, wobei beispielsweise die Handlungen der von den Czartoryskis dominierten Partei von Russland gelenkt wurden, während diejenigen der von den Potockis angeführten Gruppe den Interessen Preußens folgten.

Stanisław Antoni Szczuka (1654–1710), ein polnischer Edelmann („szlachcic“), der bis zum Privatsekretär von König Sobieski und zum Vizekanzler von Litauen unter August II. aufgestiegen war, in der Tracht des Adels (Mitte 18. Jh.; Schlossmuseum König Jan III. in Wilanów)



Kazimierz Wojniakowski (1771/72–1812): Die Annahme der Verfassung vom 3. Mai 1791 (1806; Nationalmuseum Warschau)

Der Sieg von Machtinteressen

Neben diesen massiven Einmischungen in die Innenpolitik von außen kam schließlich als politisch besonders verhängnisvoller Faktor der „Hunger“ der absolutistischen Nachbarmächte auf Gebietszuwachs hinzu, die sich ohne Skrupel zu Lasten des geschwächten Staates und der jeweiligen Konkurrenten zu bereichern suchten. Dies führte schließlich zur Ersten Teilung Polens 1772. Die Kräfteverhältnisse verschoben sich aus den genannten außen- und innenpolitischen Gründen in erster Linie zugunsten Brandenburg-Preußens und Russlands, in zweiter Linie zugunsten der Habsburgermonarchie. Infolgedessen – und beeindruckt von den liberalen Entwicklungen in Nordamerika und der Französischen Revolution – erstarkten in Polen-Litauen die liberalen und reformorientierten Kräfte. Der vierjährige Sejm 1788 bis 1792 mit der Verfassung vom 3. Mai 1791, die z. B. die vollständige Vereinigung Polens und Litauens sowie die Ersetzung des „Liberum Veto“ durch ein Mehrheitsprinzip umfasste, zeugt rückblickend von einem letzten Aufflackern eines Bewusstseins für die Notwendigkeit, auf diese Weise noch die Unabhängigkeit Polen-Litauens zu retten.

Dies freilich versetzte die mächtigen Nachbarstaaten in Unruhe, deren absolute Monarchen ähnliche Entwicklungen wie in Frankreich und Polen auch in den eigenen Ländern befürchteten, und beschleunigte deren Anstrengungen, solch einen Prozess frühzeitig zu verhindern. Aus diesen Interessen heraus erfolgte nach dem von Russland provozierten Krieg (1792/1793) die Zweite Teilung. Der Niederschlagung des Kościuszko-Aufstands gegen die preußischen und russischen

Besitzer schließlich führte nach der verlorenen Schlacht bei Maciejowice 1794 zur Dritten Teilung Polens 1795 – und somit zum Ende der polnisch-litauischen Staatlichkeit. Eine Alternative zum Absolutismus war auf diese Weise gewaltsam beendet worden.

st Sabine Jagodzinski

Weiterführende Literatur

- Urszula Augustyniak: *History of the Polish-Lithuanian Commonwealth. State – Society – Culture*, Berlin 2015
- Urszula Augustyniak: *Historia Polski 1572–1795*, Warszawa 2008
- Karin Friedrich: *The Other Prussia. Royal Prussia, Poland and Liberty, 1569–1772*, Cambridge 2000
- Rudolf Jaworski, Christian Lübke, Michael G. Müller: *Eine kleine Geschichte Polens*, Frankfurt/Main 2000
- Michael G. Müller: *Die Teilungen Polens 1772, 1793, 1795*, München 1984
- Andrea Schmidt-Rösler: *Polen. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Regensburg 1996

DER „ERWERB“ WESTPREUSSENS DURCH FRIEDRICH II.

Motive und Handlungsoptionen des preußischen Staates

Von Peter Paziorek

Am 5. August des Jahres 1772 – vor 250 Jahren – schaffte die „Erste Polnische Teilung“ die Voraussetzung dafür, dass der Preußenkönig Friedrich II. einen Teil des polnischen Staatsgebietes in Besitz nehmen und daraus eine eigene Provinz bilden konnte, die er im folgenden Jahr „Westpreußen“ nannte.

In jüngerer Zeit wird diese Annexion vielfach pauschal als völkerrechtswidrig bezeichnet. Dabei wird allerdings der Eindruck vermittelt, als wären die heutigen völkerrechtlichen Regeln zur Anerkennung eroberter Gebiete und das heutige Selbstbestimmungsrecht der Völker identisch mit den zwischenstaatlichen Gepflogenheiten und moralischen Prinzipien früherer Jahrhunderte. Stattdessen galten in dieser Zeit auch andere handlungsleitende Normen als legitim: sei es das Gebot der Staatsräson, sei es die Notwendigkeit, das Kräftegleichgewicht zwischen den europäischen Staaten auszubalancieren. Unter dieser Voraussetzung erscheint es angeraten, die geschichtlichen Vorgänge, die zur Entstehung Westpreußens geführt haben, detaillierter zu erfassen und daraufhin auch differenzierter zu beurteilen.

Die Entwicklung Preußens in einem konfliktreichen Umfeld

Das Gebiet am Unterlauf der Weichsel hatte der deutsche Ritterorden nach dem Zweiten Frieden von Thorn am 19. Oktober 1466 an das Königreich Polen abtreten müssen. Weitere große Teile des späteren Ostpreußens verblieben dagegen beim restlichen Ordensstaat. Die isolierte Lage dieses Reststaates hatte zur Folge, dass die außenpolitische Situation für ihn im Laufe der Jahrzehnte immer schwieriger wurde. Mit großen Hoffnungen wurde daher im Orden begrüßt, dass Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach, mütterlicherseits ein Neffe des polnischen Königs Sigismund, 1510 die Hochmeisterwürde annahm, nachdem er erst zu diesem Zwecke das Ordensgewand angelegt hatte. Mit großem Selbstbewusstsein versuchte Albrecht, sich der Forderung des Polenkönigs auf Leistung eines Huldigungseides zu entziehen.

Diese Frage wurde erst im Frieden von Krakau am 8. April 1525 endgültig geklärt: Unter der Bedingung, dass Albrecht den Lehns- eid für sich und seine Erben leistete, erkannte ihn der Polenkönig als erblichen Herzog von Preußen an. Von einer Herrschaft des Ordens in Preußen war somit keine Rede mehr. Aus dem Vertrag ergab sich zudem, dass erst nach Aussterben aller männlichen Leibeserben des

Herzogs und seiner Nebenlinie das Land wieder an die Krone Polens zurückfallen müsste. Auch hierbei wurde der Orden nicht mehr bedacht.

Im Jahr 1599 regelte ein Hausvertrag zwischen dem Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg und dem Markgrafen Georg Friedrich als dem Vertreter der fränkisch-preußischen Linie die Unteilbarkeit sämtlicher hohenzollerscher Lande einschließlich Preußens zugunsten der brandenburgischen Linie. Als 1603 Fürst Georg Friedrich in seinem Erbland Ansbach verstarb, hinterließ er Preußen als ein durchaus blühendes Land. Dennoch war aufgrund der Kriege zwischen Schweden und Polen und der militärischen Unterlegenheit des preußischen Staates die Situation der Hohenzollern als Herzöge von Preußen äußerst gefährdet. Die Beurteilung der späteren Entwicklungen bis ins Jahr 1772, also bis zur Ersten Polnischen Teilung, kann folglich nur dann zutreffend erfolgen, wenn auch die Probleme der Brandenburger Kurfürsten und Herzöge von Preußen bei der Sicherung ihres Landes berücksichtigt werden.

Für jeden Hohenzollern war es von Bedeutung, die Anerkennung des ehemaligen Ordenslandes Preußen als eines eigenen, souveränen Territoriums durch die Nachbarstaaten zu erreichen. Da dieses Gebiet außerhalb der Grenzen des Römischen Reiches Deutscher Nation lag, erfolgte dies zunächst durch Lehnsunterstellung unter die Polnische Krone. Trotz dieses diplomatischen Erfolges des Brandenburgischen Kurfürsten blieb seine Landesherrschaft als Herzog von Preußen weiterhin zerbrechlich. Nach dem Westfälischen Frieden des Jahres 1648 erstreckte sich das brandenburgische Territorium, die westdeutschen Gebiete außer Acht gelassen, von der Altmark bis zur Ostgrenze Hinterpommerns, wobei der Abstand zum Herzogtum Preußen von dort aus immerhin noch 120 Kilometer betrug, was in einem Konfliktfall durchaus problematisch sein konnte.

„Le Gateau des Rois“ [Der Kuchen der Könige], Zeichnung von Jean-Michel Moreau (1741–1814), die, gestochen von Noël Le Mire (1724–1800), 1773 veröffentlicht wurde. Neben der links sitzenden Zarin Katharina II. steht der verzweifelt um Fassung ringende polnische König Stanislaus II. August Poniatowski. Rechts von ihm folgen Kaiser Joseph II., der Mitregent Kaiserin Theresias, sowie der preußische König Friedrich II. – Diese berühmte Allegorie auf die Erste Teilung Polens ist nach dem gescheiterten „Novembraufstand“ (1830/31) von Louis Perrin (1799–1865) erneut gestochen und in Straßburg lithographiert worden. Diese Version ist mit einem in Französisch und in Deutsch wiedergegebenen Text versehen, dessen erster Absatz lautet: „Mit der Teilung Polens beginnt das neue politische System, welches die drei nordischen Höfe ganz Europa aufgedrungen haben, jener Fürstenbund, der durch die schreiendsten Gewaltthätigkeiten und Ungerechtigkeiten, welche die Geschichte aufzuweisen hat, besiegelt wurde.“



Lullé de Simon fils à Strasbourg.

dessiné à la plume d'après la gravure de Lullé par A. M... ..

Le nouveau système politique que les trois cours du Nord ont imposé à l'Europe presque entière, leur coalition intime cimentée par les plus grandes violences et les injustices les plus odieuses datent du premier partage de la Pologne.

C'est le 26 Sept^{bre} 1772 que les Ambassadeurs de Marie Thérèse, d'Autriche, de Catherine II de Russie et de Frédéric II de Prusse, déclarèrent au Roi Stanislas Auguste, Poniatowski et à la république polonoise, que leurs souverains avaient résolu le partage de la Pologne, en vertu de droits qu'ils prétendaient avoir sur quelques uns de ses provinces.

La Pologne subit son malheur une première fois, elle le fut de nouveau en 1793 et en 1795 et ne conserva plus qu'une nationalité incertaine, jusqu'en 1831, époque à laquelle elle a perdu toute existence politique.

M. Wauo ce tableau l'impératrice Ma Thérèse est remplacée par son fils, l'empereur Joseph II.

Mit der Theilung Polens beginnt das neue politische System, welches die drei nordischen Höfe ganz Europa aufgedrungen haben, jener Fürstenbund der durch die schreiensten Gewaltthätigkeiten und Ungerechtigkeiten, welche die Geschichte aufzuweisen hat, besiegelt wurde.

Am 26 September 1772 erklärten die Gesandten der Kaiserin Maria Theresia von Oesterreich, der Kaiserin Catharina II von Rußland und Könige Friedrich II von Preussen dem Könige von Polen, Stanislaus August Poniatowski, und der polnischen Republik ihre Aemter hätten, Kräfte der Rechte, welche sie auf gewisse Landestheile zu haben behaupteten, die Theilung Polens beschlossen.

Polen unterlag seinem Geschick, wurde in den Jahren 1793 und 1795 nochmals zerrissen und behauptete bis zum Aufstande 1831 nur noch einen Schatten von Nationalität.

N. Auf dem Bildnis ist die Kaiserin Maria Theresia durch ihren Sohn Joseph II. representirt.



„Mappa geographica ex novissimis observationibus repraesentans Regnum Poloniae et Magnum Ducatum Lithuaniae“. Diese Landkarte des Kupferstechers, Kartographen und Verlegers Tobias Conrad Lotter (1717–1777) wurde in Augsburg gedruckt und zeigt gemäß den neuesten Regelungen (ex novissimis observationibus) das auf vier Staaten verteilte Gebiet Polen-Litauens.

Stabilere Verhältnisse ergaben sich erst mit den Verträgen von Wehlau und Oliva in den Jahren 1657 und 1660. Kurfürst Friedrich Wilhelm, der späterhin der Große Kurfürst genannt wurde, vermochte im Zweiten Nordischen Krieg von 1655 bis 1660 sein Heer bedeutend zu verstärken und erreichte es, dass Schweden und Polen ihn nicht aus seinem Herzogtum hinausdrängen konnten. Nach der Niederlage bei Warschau 1656 gab der schwedische König sogar seinen Plan auf, Preußen seinerseits zum Lehen zu nehmen. In einem am 19. September 1657 bei Wehlau unterzeichneten Geheimvertrag erklärte sich auch Polen bereit, dem Kurfürsten Preußen zu überlassen, so dass er dadurch die volle Souveränität über das Herzogtum erwarb. Dieses Verhandlungsergebnis wurde schließlich im Vertrag von Oliva am 3. Mai 1660 international verbindlich anerkannt, da nun auch Österreich, Polen und Schweden Mitunterzeichner waren.

Ganz uneingeschränkt war diese Souveränität jedoch noch nicht;

denn innerhalb des Vertrages von Wehlau wurde die Souveränität auf die unmittelbaren männlichen Nachkommen des Kurfürsten begrenzt. Falls diese ausstarben, sollte Preußen an Polen zurückfallen; und alle preußischen Untertanen hatten sich auf diese Eventualität durch Eid zu verpflichten. Beim jeweiligen Thronwechsel musste deshalb polnische-seits festgestellt werden, ob der neue Herrscher tatsächlich in direkter Linie vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm abstammte. Des- sen Enkel, König Friedrich Wilhelm I., markierte diesen Sachver- halt in seinem politischen Testament von 1722. Er riet dabei seinem zukünftigen Nachfolger, Kronprinz Friedrich, bei seinem Regierungs- antritt die Wahrnehmung der polnischen Rechte zu umgehen. Denn wenn es Polen gelänge, auf die Besitzergreifung des neuen preußi- schen Königs Einfluss zu gewinnen, so könne das langfristige Schä- den für Brandenburg-Preußen hervorrufen. Tatsächlich wurde dieses Recht Polens auf eine Überprüfung des Thronwechsels in Preußen erst im Zusammenhang mit der Ersten Teilung Polens 1772 aufgehoben.

Diese Einzelfallregelung lässt erkennen, wie schwierig für Preu- ßen die Verhältnisse in Mittel-Osteuropa noch 1722 gewesen sind. Das Bewusstsein aller hohenzollerschen Kurfürsten für die historische Bedingtheit ihrer Erfolge war somit verbunden mit dem Wissen, dass

das Erreichte auch wieder rückgängig gemacht werden könnte. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Mächten war das eigene Territorium des Hauses Hohenzollern wegen seiner geografischen Zersplitterung in hohem Maße verletzlich. So nahm Friedrich I. den Titel „König in Preußen“ wohl auch deshalb an, weil er mit der neuen Krone sein Staatsgebiet im Osten vor etwaigen Ansprüchen Polens schützen wollte. Die Krönung des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg am 18. Januar 1701 in Königsberg zum König in Preußen ergab eine Rang-erhöhung, die politisch zur Absicherung des eigenen Besitzes beitragen konnte.

Machtspiele auf dem Weg zur Teilung Polens

Eine neue Konstellation ergab sich im Laufe des Großen Nordischen Krieges (1700–1721), in dem sich Russland unter Zar Peter dem Großen die Stellung einer europäischen Führungsmacht erkämpfte. Dieser überraschende Aufstieg des Zarenreiches bewirkte schnell einen maßgeblichen russischen Einfluss auf die inneren Verhältnisse Polen-Litauens. Zugleich war der Hohenzollernstaat infolge der Zerrissenheit seines Territoriums von allen Nachbarn Polen-Litauens am stärksten von diesem Wandel der Machtverhältnisse in Osteuropa betroffen. Friedrich Wilhelm I. musste notwendigerweise die Hegemonialstellung Russlands in Polen anerkennen, wie es dann im Preußisch-russischen Vertrag von 1720 zum Ausdruck kam.

Trotz der früheren diplomatischen Erfolge blieb die Landesherrschaft der Hohenzollern in Preußen folglich gefährdet. Drastische Unterbrechungen der Landeshoheit erfolgten im Laufe des Siebenjährigen Krieges (1756–1763): 1757 musste das Königreich Preußen der Russischen Kaiserin Elisabeth huldigen, auch wenn zunächst nur ein Teil des Landes von russischen Truppen besetzt worden war. Im Jahre 1758 erfolgte ein erneuter Einmarsch, der nunmehr – und bis ins Jahr 1762 – zur Besetzung des gesamten Gebietes führte. Dieser Besetzung war aber schon am 1. Januar 1758 ein kaiserlich-russisches Manifest vorausgegangen, wonach am 24. Januar in Königsberg sämtliche Behörden, und in den folgenden Tagen und Wochen auch alle Behörden im Land, den Huldigungseid gegenüber der Russischen Kaiserin zu leisten hatten. Die Einnahmen von Behörden und Privatpersonen waren nun an die Kaiserin zu adressieren, und alle Amtshandlungen ergingen in ihrem Namen. Sie übte während dieser Zeit in vollem Umfang alle Hoheitsrechte im Königreich aus, das als russische Provinz angesehen wurde und nun tatsächlich den Namen Neu-Russland führte.

Nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges verstärkten diese traumatisierenden Erfahrungen in der preußischen Außenpolitik die Überlegung, durch die Gewinnung eines Teils des polnischen Staatsgebietes im sogenannten Königlichen Preußen eine territoriale Verbindung zwischen Pommern und dem Königreich Preußen herzustellen. In Berlin beabsichtigte man aber nicht, dieses Ziel durch eine neue kriegerische Auseinandersetzung zu erreichen; denn Preußen war sich über seine eigenen akuten wirtschaftlichen und militärischen Defizite durchaus im Klaren.



Christian Bernhard Rode (1725–1797): „Die Inbesitznahme der polnischen Länder durch Friedrich den Großen“ (1796). Auf diesem Gemälde erläutert der König in herrschaftlicher Haltung einer ihm devot begegnenden und seinen Ausführungen gebannt folgenden weiblichen National-Personifikation Polens den Plan für den Bromberger Kanal. – Der Berliner Historienmaler und Radierer Bernhard Rode hatte bis 1763 bereits einen Zyklus von 14 Gemälden geschaffen, in dem er – orientiert an den von Friedrich II. 1747/48 verfassten „Denkwürdigkeiten des Hauses Brandenburg“ – Ereignisse der brandenburgischen Geschichte dargestellt hatte. Nach dem Tode des von Rode verehrten Königs entstanden sieben weitere Werke, die sogenannten „Fridericiana“, zu denen als letztes auch das gezeigte Gemälde gehört. Die Gestaltung des Sujets gibt unmissverständlich – wenn nicht sogar propagandistisch – das preußische Bemühen zu erkennen, die Annexion Westpreußens als moralisch gerechtfertigt und als dringend notwendige, segensreiche „Entwicklungshilfe“ erscheinen zu lassen.

Überhaupt wusste man bereits aus früheren Konstellationen, dass Preußen in Ost-Mitteleuropa nur eine relativ schwache Position einnahm. So war beispielsweise im Jahre 1717 ein Konflikt, der sich in Polen zwischen König und Adel ergeben hatte, unter russischem Einfluss beigelegt worden, wobei u. a. geregelt wurde, dass das gesamte Polnisch-Litauische Reich nur über reguläre Truppen in Stärke von 24.000 Mann verfügen dürfe. Damit geriet Polen-Litauen gegenüber seinen Nachbarn militärisch hoffnungslos ins Hintertreffen, was nun schrittweise seitens Russlands zur weiteren Stärkung der eigenen Position ausgenutzt wurde. So operierte während des Siebenjährigen Krieges das zaristische Heer gegen Preußen vom Gebiet Polens aus, obwohl die polnische Adelsrepublik selbst offiziell neutral geblieben war.

Die Annexion des unteren Weichsellandes und ihre Nachwirkungen

Obwohl Russland am Ende des Siebenjährigen Krieges auf die ursprünglichen Annexionspläne gegenüber Preußen verzichtete, blieb die Lage an dessen östlicher Flanke überaus kritisch, da russische Truppen weiterhin in Polen operierten. Das führte dazu, dass Friedrich seine Politik der Verständigung gegenüber Russland wieder aufnahm – zumal er das Ziel, eine Landverbindung nach Ostpreußen über polnisches Staatsgebiet herzustellen, keineswegs aufgab: Er war sich dabei bewusst, dass die Abtretung des unteren Weichsellandes durch den polnischen Staat nur mit Zustimmung Russlands erfolgen könne.

Nach mehreren polnischen Reformideen zur Innenpolitik, die allesamt gescheitert waren, kam es am 24. Februar 1768 zu einem neuen polnisch-russischen Vertrag, der gezwungenermaßen vom polnischen Reichstag gebilligt wurde. Dieser sogenannte „Ewige Vertrag“ beinhaltete auch eine russische Garantie für die territoriale Integrität und politische Souveränität Polens. Trotz dieses Vertrages nahmen die Ereignisse aber noch in diesem Jahr eine völlig andere Richtung, und zwar auf eine Teilung Polens hin: Im Königreich Polen verstärkte sich der Unmut des polnischen Adels über die faktisch bestehende russische Protektorats Herrschaft und die offene Missachtung der eigenen Souveränität. In Polen wurde von der Opposition somit verstärkt die Rücknahme des Ewigen Vertrages gefordert. Das wiederum nahm Russland zum Anlass, mit eigenen Truppen wiederum in Polen einzumarschieren. Nur wenige Monate später folgte im Herbst eine Kriegserklärung des Osmanischen Reiches an das Russische Zarenreich, ausgelöst durch die inneren Unruhen in Polen. Das Osmanische Reich hatte die russische Einflussnahme in Polen schon länger missbilligt und nutzte die Unruhen, um sich mit den Aufständischen zu solidarisieren. Russland befand sich somit in einer Zwei-Fronten-Situation, wobei die Gefahr bestand, dass Österreich-Habsburg sich dadurch ebenfalls zu einem Kriegseintritt provoziert fühlen könnte. Preußen seinerseits bemühte sich, die explosive Lage durch den Plan zu entschärfen, dass sich die drei Großmächte darauf einigen sollten, sich jeweils Teile des polnischen Staatsgebietes abtreten zu lassen.

Unter dem wachsenden Druck aufständischer polnischer Truppen willigte die Zarin Katharina II. letztlich ein und ebnete so den Weg zu einer Teilung Polens. Durch diese Strategie wollte Preußen – wie später auch Habsburg – einen alleinigen Machtzugewinn des Zarenreiches verhindern. Bei seinen diplomatischen Bemühungen war Friedrich II. bestrebt, einen Weg zu finden, auf dem Verschiebungen des Machtgleichgewichts und auch weitere kriegerische Verwicklungen in Osteuropa vermieden werden könnten. Diese Politik sollte aus preußischer Sicht aber auch weiterhin zur Abtretung des polnischen Weichsellandes an die Hohenzollern führen – was schließlich gelang.

Nachdem schon am 17. Februar 1772 eine russisch-preußische Verständigung über das weitere Vorgehen erzielt und schriftlich niedergelegt worden war, wurde am 5. August 1772 schließlich der Teilungsvertrag zwischen Preußen, Russland und Österreich unterzeichnet. Dieser Vertrag bedeutete für Polen einen Verlust von über einem Drittel seiner Bevölkerung sowie von über einem Viertel seines bisherigen Staatsgebietes. Preußen erhielt zwar der Bevölkerung und Größe nach den kleinsten Anteil, strategisch gesehen aber war dieses erworbene Territorium für Preußen von höchster wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung. Zudem durfte Friedrich II. sich künftig König von Preußen – und nicht nur König in Preußen – nennen.

Schon am 27. September 1772 fand die feierliche Huldigung der Stände im großen Remter der Marienburg statt. Zuvor, am 13. September 1772 und an den folgenden Tagen, hatte Friedrich II. unter Erlass eines Patentens von Polnisch-Preußen, dem Bistum Ermland sowie den drei Woiwodschaften Kulm, Marienburg und Pommerellen und außerdem vom Netzedistrikt Besitz ergriffen. Für dieses Territorium wurde von Friedrich II. durch Kabinettsorder vom 31. Januar 1773 der Name „Westpreußen“ bestimmt. Die Inbesitznahme des Netze-Gebietes erfolgte allerdings nicht in einem Schritt, sondern durch zweimalige Erweiterungen in den Jahren 1773 und 1774. Dadurch erfolgte die Huldigung des Preußischen Königs im Netzedistrikt erst am 22. Mai 1775.

Für das Königreich Polen bedeutete die Abtrennung größerer Gebiete seines Territoriums eine tiefe Zäsur, da jetzt in keiner Weise mehr von einer Vormachtstellung Polens gesprochen werden konnte. Damit war zugleich ein wichtiges Ziel der russischen Politik erreicht, die schon frühzeitig konsequent darauf gerichtet war, mit Polen an den eigenen Westgrenzen einen verarmten und geschwächten Klientelstaat als Puffer gegenüber den anderen europäischen Mächten zu haben. Genau zu diesem Zweck erkaufte sich die Russische Zarin auch den Gehorsam von höchsten Amtsträgern der Polnischen Republik. Nur Russland besaß die politischen Mittel, um in Polen in massiver Form auf die innenpolitische Entwicklung Einfluss zu nehmen. Russland glaubte sogar anfangs, es könnte sein Protektorat in Polen auf unbegrenzte Zeit aufrechterhalten, was aber nicht gelang; denn es wurde immer deutlicher, dass die Entsendung russischer Truppen zur Niederschlagung der Aufstände in Polen das gesamte Machtgleichgewicht in Europa zu zerstören drohte. Russland musste daher, um freie Hand in Polen zu haben, die Befürchtungen Preußens und Österreichs beschwichtigen, indem es territorialen Kompensationen zugunsten dieser Staaten zustimmte. Machtpolitisch ergab sich somit aus dem Ziel der russischen Zarin, in Polen russlandfeindliche Reformen um jeden Preis zu zerschlagen, die Notwendigkeit, Preußen und Habsburg mit territorialen Zugeständnissen zum Stillhalten zu bringen.

Es erscheint daher als unzulässig verkürzt, Friedrich II. als den wahren Architekten der Ersten Teilung Polens zu bezeichnen. Er zielte angesichts des aggressiven Vorgehens Russlands gegen Polen zunächst darauf ab, aus dieser Politik keine tiefgreifenden Folgen für das Machtgleichgewicht in Mittel-Osteuropa entstehen zu lassen. Überdies muss Friedrich II. vor dem Hintergrund der preußischen Staatsräson durchaus zugestanden werden, dass er keinesfalls die Zerstörung des polnischen Staates angestrebt, sondern sich vielmehr auf die Inbesitznahme eines Gebietes konzentriert hat, das von den Hohenzollern hinsichtlich der Sicherung ihres Staatsgebietes als äußerst wichtig angesehen wurde.

Nach der Unterzeichnung der Teilungsverträge wurden der Polnische König und der Polnische Reichstag – nicht zuletzt durch Bestechung – dazu gebracht, diesen Verträgen 1773 auch völkerrechtlich zuzustimmen. Polen blieb nach der Abtretung der betroffenen Gebiete an die drei Teilungsmächte staatsrechtlich ein handlungsfähiger Staat, denn die Regelung von 1772 hatte eben nicht eine Aufteilung Polens zur Folge. Dies wird heute oft übersehen. Dagegen



„Prussia“, Landkarte von Preußen im Zustand seiner größten Ausdehnung nach der Dritten Polnischen Teilung (London: R. Wilkinson, 1808). Diese Karte verdeutlicht die vom Nachfolger Friedrichs II. betriebene rigorose Annexionspolitik. – Die Provinzen Südpreußen („South Prussia“) und Neustpreußen („New East Prussia“) gingen durch die Bestimmungen des Tilsiter Friedens (1807) wieder verloren. Südpreußen wurde zunächst gänzlich in das neu gegründete Herzogtum Warschau integriert, dem überdies auch der

größte Teile des Netzedistrikts zugeschlagen wurde. Lediglich der nördliche Teil des „Cronschen Creises“ um Deutsch Krone und Flatow blieb bei der Provinz Westpreußen. Beim Wiener Kongress 1815 aber gewann Preußen die zuvor abgegebenen Kreise des Netzedistrikts sowie die westliche Partie des früheren Südpreußens, die Region um Posen, wieder zurück. Aus diesen Gebieten wurde nun das Großherzogtum Posen gebildet.

müssen die Zweite und Dritte Teilung Polens als eindeutiges Unrecht bezeichnet werden. Schon der zweite Teilungsvertrag, durch den das historische Großpolen neben Danzig und Thorn an Preußen fiel, brachte ein heterogen zusammengesetztes polnisches Staatsgebiet hervor, das kaum mehr als tragfähig oder lebensfähig angesehen werden konnte. Durch die Dritte Teilung schließlich verschwand Polen gänzlich von der europäischen Landkarte und sollte nach dem Willen der Teilungsmächte dort auch nie wieder auftauchen. Damit wurde aus der Brandenburgisch-Preußischen Politik der Absicherung des eigenen östlichen Staatsgebietes durch Inkorporation des Gebietes an der Weichsel eine Politik der Zerstörung eines Nachbarstaates. Das preußische Annexionsstreben unter dem Nachfolger Friedrichs hatte nichts mehr mit der Wahrnehmung realer preußischer Interessen zu tun, vielmehr war es nichts anderes als hemmungslose Territorialpolitik.

Die Teilung von Polen zeigte das traurige Bild einer durch fremde Gewalt unterjochten Nation, die in der selbständigen Ausbildung ihrer Individualität gestört wurde, der man die Wohltat einer sich selbst gegebenen freien Verfassung entriss und an ihrer Stelle eine ausländische Bürokratie aufdrang.

Angesichts der rigorosen Annexionspolitik hatte Freiherr vom Stein schon im Juni 1807 die polnischen Teilungen in seiner Nassauer Denkschrift, die zur Grundlage der preußischen Staatsreform werden sollte, folgendermaßen verurteilt:

Gleichwohl wurde auf dem Wiener Kongress 1814/15 das fatale Bemühen, Polen möglichst niederzuhalten, auf Druck Russlands von den Teilungsmächten fortgesetzt. Für Russland kam nur ein polnischer Staat in Betracht, der durch Personalunion dem russischen Zaren unterstellt war. Der Wiener Kongress, dessen Ziel es eigentlich sein sollte, die durch Napoleon mit Gewalt herbeigeführte Neuordnung Europas durch eine Wiederherstellung legitimer Verhältnisse rückgängig zu machen, bestätigte vielmehr ausdrücklich die vorangegangene finale Teilung Polens. st

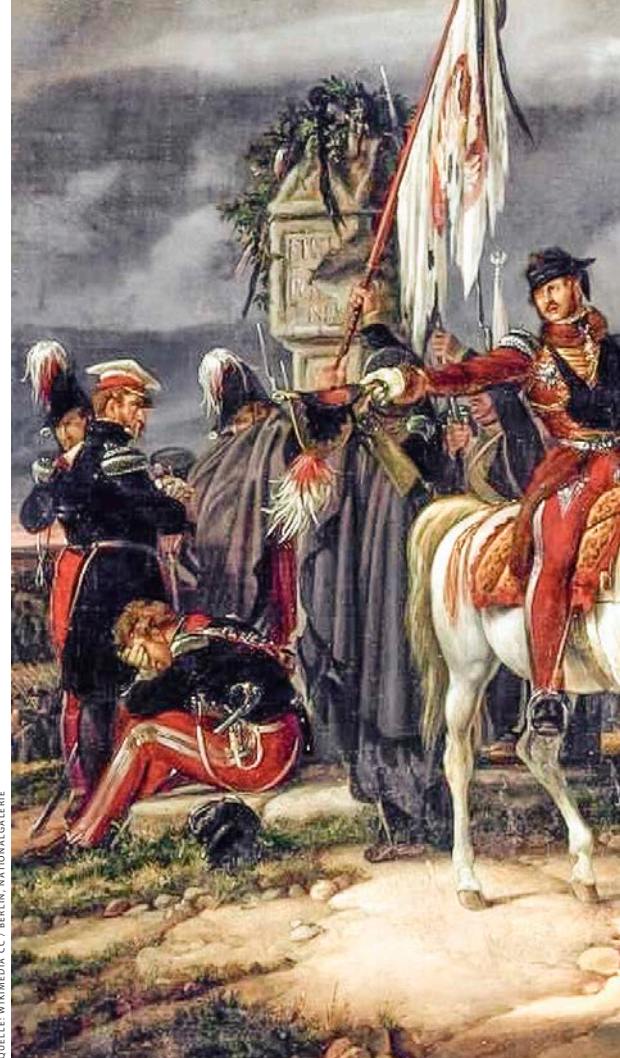
Das Jahr 1772 im aktuellen historischen Selbstbild Polens

IN DEN LETZTEN JAHREN HAT DIE POLNISCHE REGIERUNG, die von der Partei *Prawo i Sprawiedliwość* [Recht und Gerechtigkeit] (PiS) geführt wird, eine Reihe von Initiativen eingeleitet, die auf die Durchsetzung eines allgemeinverbindlichen geschichtspolitischen Konzepts zielen. Diese Festlegung einer „authentischen“ polnischen Erinnerungskultur verschärft eine Tendenz, die dem Entwurf des historischen Selbstbildes auch zuvor keineswegs fremd war: eine monolithische „nationale“ Sicht auf die Vergangenheit zu schaffen und in die Breite zu vermitteln, was einem allzu ausgeprägten Meinungspluralismus entgegensteht.

Unterhalb dieser politischen Lenkungsversuche zeichnen aber historische Schilderungen in Enzyklopädien, der wissenschaftlichen Literatur und in Schulbüchern ein durchaus differenziertes Bild von den Prozessen, die zur Ersten Polnischen Teilung geführt haben. Als Hauptfaktoren der politischen Entwicklungen im späten 18. Jahrhundert werden übereinstimmend die russische Machtausdehnung nach Ost- und Mitteleuropa und insbesondere die wachsende Einflussnahme auf Polen-Litauen angesehen. Aus der komplizierten Beziehung zwischen König Stanisław August Poniatowski und der russischen Zarin Katharina II., die ihm 1764 auf den Thron verholpen hatte, und insbesondere aus dem Streit um die vom König angestrebten Reformen, hätten sich dann die Krise des Staatensystems und letztlich die Infragestellung der polnischen Staatlichkeit an sich ergeben. Hierbei seien nicht nur die unmittelbaren Nachbarn Russland, Preußen und Österreich, sondern indirekt auch Frankreich und das Osmanische Reich beteiligt gewesen.

Die erste Teilung erfolgte 1772 nach allgemein akzeptierter Interpretation als eine Form des Machtausgleichs zwischen den Großmächten, die sich – vor allem nach dem Sieg im Russisch-Osmanischen Krieg – durch die russische Machtausdehnung beeinträchtigt sahen. Dabei wird die Idee zu diesem Schritt im polnischen Schrifttum allermeist Friedrich II. von Preußen zugewiesen. Dieser sei – in einer noch vergleichsweise milden Formulierung – „am meisten an der Aneignung eines Teils des polnischen Territoriums interessiert“ gewesen, um so „sein kleines Land zu vergrößern“ und „seine Armee noch weiter auszubauen“¹.

Präziser, aber auch schärfer wird die Politik des Preußenkönigs in etlichen anderen Darstellungen eingeschätzt, für die exemplarisch die zwar schon etwas ältere, aber weiterhin wichtige Arbeit von Stanisław Salmonowicz stehen kann. Er nimmt Elemente einer „negativen Polenpolitik“ in Berlin schon seit den 1750er Jahren wahr. Dies zeige sich etwa in der Zoll- und Wirtschaftspolitik, in der Ablehnung der polnischen Reformpläne sowie in klaren Bestrebungen des Königs, sich Pommerellen anzueignen. Die Zuspitzung der Lage in Polen nach 1764



QUELLE: WIKIMEDIA, CC / BERLIN, NATIONALGALERIE

sei seinen Interessen daher entgegengekommen, und er habe schon seit 1769 einen Machtausgleich auf Kosten Polens konzipiert. Allerdings erhebt der renommierte Autor auch eher nebulöse Vorwürfe wie z. B. die „Gewalttätigkeiten gegen Polen während der Schlesischen Kriege“² – obwohl der polnische Aspekt im Vergleich zu dem, was seinerzeit Sachsen von der preußischen Seite zu erdulden hatte, wohl als weniger gravierend bezeichnet werden muss.

Explizit zum Ankläger wird der Autor schließlich, wenn er behauptet, Friedrich der Große habe durch seine Politik „den Vorrang der Macht vor dem Recht in der preußischen Staatsidee“ begründet³. Hier wird – wie in vielen polnischen Darstellungen – die Tendenz sichtbar, Preußen im Sinne einer „schwarzen Legende“ darzustellen, in der machtpolitische Handlungen, wie sie in der Geschichte gang und gäbe sind, moralisch verurteilt werden. Das Gegenstück dazu bildet dann der Mythos von Polen als einem spirituell und moralisch auserwählten Land, dessen Verluste und Niederlagen als moralisches Unrecht gewertet werden, dessen eigene Machtpolitik in Zeiten eigener relativer Stärke hingegen nicht selbstkritisch reflektiert wird.

Eine stärker differenzierende Herangehensweise findet sich etwa im „Historischen Kalendarium“ zur Ersten Teilung auf der Website des Museums der Geschichte Polens. Hier werden relativ nüchtern die Ziele der Teilungsmächte genannt: im russischen Fall vor allem die Kontrolle über Restpolen, im preußischen und österreichischen

1 Übersetzung von der Website des polnischen Bildungs- und Wissenschaftsministeriums *Zintegrowana Platforma Edukacyjna*: <https://zpe.gov.pl/a/upadek-rzeczypospolitej-objoga-narodow/DbVINcjoX>.

2 Stanisław Salmonowicz: *Preußen. Geschichte von Staat und Gesellschaft*, Herne 1995, S. 203ff. (Polnische Originalausgabe: *Prusy. Dzieje państwa i społeczeństwa*, Poznań 1985); vgl. von demselben Autor auch *Fryderyk Wielki* [Friedrich der Große], Wrocław 2006.

3 Ebd., S. 208.



Finis Poloniae. Abschied der Polen von ihrem Vaterlande 1831 – diesen Titel gab Dietrich Monten (1799–1847) seinem 1832 in München entstandenen Ölgemälde, in dem er Offiziere der geschlagenen national-polnischen Einheiten mit ihrer zerrissenen Fahne an einem preußischen Grenzstein arrangiert. Dessen Inschrift „Finis Poloniae“ markiert einesteils die Landesgrenze, verweist andernteils aber zugleich symbolisch auf das Ende eines eigenständigen polnischen Staates, das durch das Eingreifen russischer Truppen 1831 erzwungen worden war. Dieses Gemälde belegt zudem die internationale Aufmerksamkeit und Sympathie, mit denen diese Vorgänge zu jener Zeit in Europa insgesamt verfolgt worden sind.

Bei allen genannten Texten fällt auf, dass im Unterschied zu der Preußen zugeschriebenen Rolle die Bewertung der russischen Politik zwar unzweideutig ablehnend, aber erheblich weniger moralisierend ist. Dieser Macht gegenüber wird offenbar eine gewisse – gleichsam naturgegebene – „Unzivilisiertheit“ konstatiert, der mit moralischen Maßstäben ohnehin nicht beizukommen sei. (Diese Grundhaltung bei den historischen Urteilen ist beim Blick auf den östlichen Nachbarn bis in den aktuellen politischen Kontext hinein erkennbar – und kann sich durch den kürzlichen militärischen Überfall auf die Ukraine zumindest im Grundsatz bestätigt finden.) Österreich hingegen erfährt durchweg die geringste Aufmerksamkeit, wohl deshalb, weil es nur an zwei der drei Teilungen beteiligt war und keineswegs als deren Initiator gilt. Möglicherweise schlägt sich hier aber auch die später, im 19. Jahrhundert, gewachsene Sichtweise auf das „gute“ Habsburgerreich nieder, das den Polen nach 1867 in Galizien eine faktische Selbstregierung eingeräumt hatte.

Die Bedeutung, die dem Thema der Ersten Polnischen Teilung im Rahmen der neuzeitlichen Geschichte des Landes insgesamt zukommt, spiegelt sich nicht zuletzt darin wider, dass es in den Lehrplänen für gewöhnlich schon in der 5. oder 6. Klasse durchgenommen wird. – Als aktuelles Beispiel vermag der Online-Lehrplan einer Danziger Grundschule vom Frühling 2021 zu taugen, dem für den Geschichtsunterricht in der 6. Klasse das 2017 in Warschau erschienene Schulbuch „Wczoraj i dziś“ [Gestern und heute] zugrunde liegt.

Es behandelt die erste Teilung auf bemerkenswerte Weise: Zum einen stehen hier die inneren Entwicklungen in Polen-Litauen im Vordergrund, vor allem die Reformen und die Entstehung der Konföderation von Bar (1768–1772), während die Rolle der Nachbarstaaten als Gegenbewegung nur mittelbar aufscheint. Zum anderen werden diese politischen Vorgänge gemeinsam mit dem erheblichen polnischen Beitrag zur geistigen Entwicklung in der Epoche der Aufklärung besprochen. Dadurch erscheinen die geschichtlichen Zusammenhänge als nicht nur negativ besetzt – vielmehr werden die Polen als fortschrittliche Akteure sichtbar gemacht und wird zugleich das Thema in einen umfassenderen kulturellen europäischen Kontext gestellt⁶.

Auch wenn hier nur wenige exemplarische Positionen herangezogen werden konnten, erscheinen sie doch als durchaus repräsentativ und erlauben es, ein kritisches Resümee zu ziehen. Dabei sei einschränkend vorausgeschickt, dass einzelne Textsorten in legitimer Weise auf Vereinfachungen zielen und dass die heutige „Geschichtskultur“ aller Orten dazu tendiert, die Eigenart früherer Zeiten zu igno-

Fall schlicht der Wunsch, „sich am meisten und auf die günstigste Weise einzuverleiben“⁴.

Den interessantesten Teil dieser offiziösen Darstellung bildet ein Interview mit der Historikerin Zofia Zielińska von der Universität Warschau. Sie verweist auf allgemeine Tendenzen der Kabinettpolitik der frühen Neuzeit, bezeichnet aber dennoch die Teilungen Polens als „Unikat“, und zwar zum einen wegen der internationalen Bedeutung dieser damaligen Großmacht sowie zum anderen deswegen, weil es keinen direkten Konflikt dieses Staates mit seinen Nachbarn gegeben habe. Außerdem habe es sich um eine beispiellose Missachtung des internationalen Rechts gehandelt. Im Folgenden beschreibt sie durchaus sachlich die komplexen Interessenlagen der drei Mächte und die zahlreichen Wendungen der Entwicklung hin zu den Teilungen. Betont wird unter anderem die reaktive, wechselhafte Haltung Österreichs. Auch hier wird die preußische Initiative für die erste Teilung zwar genannt, bleibt aber ohne sonderliche Kommentierung. Insgesamt herrscht ein professioneller Blick vor, der deutlich macht, dass auch das 18. Jahrhundert – wie alle früheren und nachfolgenden Epochen – seine unschönen Seiten hatte.

Die offiziöse Enzyklopädie des Polnischen Wissenschaftsverlags (PWN) gibt die wesentlichen Abläufe in vergleichbarer Art wieder, akzentuiert unter den für die Teilungen ursächlichen Faktoren aber vor allem die „krasse Erscheinung der Expansionspolitik der Großmächte auf dem europäischen Kontinent im 18. Jahrhundert“⁵.

4 Vgl. <https://muzhp.pl/pl/e/16/pierwszy-rozbir-polski-wywiad>.

5 Vgl. <https://encyklopedia.pwn.pl/haslo/rozbior-Polski;3969196.html>.

6 Online-Lehrplan für die Klasse 6 d der Szkoła Podstawowa nr 58 im. Kazimierza Sołtysika w Gdańsku, 22.3.-16.4.2021, https://sp58.edu.gdansk.pl/pl/getfile/14237/46686/HISTORIA_6d_pakiet_7.pdf. Didaktisch wertvoll ist die Ergänzung des schriftlichen Materials durch kurze Video-clips.



FOTO: JOERG SAM VIA WIKIMEDIA CC

Am 17. September 1995, dem Tag, an dem sich der Überfall der Sowjetunion auf den östlichen Teil Polens zum 56. Mal jährte, wurde in Warschau das Denkmal für die „Gefallenen und Opfer im Osten“ eingeweiht. Es erinnert an ein weiteres traumatisierendes Ereignis der polnischen Geschichte: an das Gewaltregime der Okkupanten, insbesondere an die Deportationen von polnischen Männern und Frauen in sibirische Arbeitslager sowie an die Opfer des Massakers von Katyn, und zeigt katholische bzw. orthodoxe Kreuze und analoge jüdische und muslimische Symbole. Das aus Bronze gefertigte Denkmal stammt von dem 1958 geborenen polnischen, auch in Deutschland arbeitenden Bildhauer Maksymilian Biskupski.

rieren und sie nach heutigen Wertungskriterien zu beurteilen. – Auch im Blick auf die Erste Polnische Teilung finden so epochenspezifische Unterschiede im staatspolitischen und moralischen Bewusstsein, im Wahrnehmen von Identitäten oder in den Legitimationsformen politischen Handelns keine allzu tiefgreifende Berücksichtigung. So ist es als ahistorisch einzustufen, wenn einem dynastischen Machtpolitiker wie Friedrich dem Großen ein „nationaler Beruf“ unterstellt wird – davon konnte in Preußen frühestens seit den Befreiungskriegen die Rede sein. Desgleichen ist es nicht adäquat, den Polen für die Teilungszeit ein modernes Nationalbewusstsein zu attestieren, zumal jenen 90 % der Landesbewohner, die nichtadlig waren und somit nach dem damaligen Verständnis gar nicht zur „Nation“ zählten. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Bevölkerung im ethnisch-kulturellen Sinne keine „Polen“ waren und nur durch die bestehenden Grenzen zum polnisch-litauischen Staat gehörten. In der seit 1918 von einem „modernen“ Nationsbegriff bestimmten polnischen Literatur fehlen oftmals sozial- und kulturgeschichtliche Aspekte als Ergänzung der klassischen Politik- und Institutionengeschichte.

Einen regelrechten „weißen Fleck“ scheint schließlich der Umstand zu bilden, dass im Zuge der Lubliner Union von 1569 der Autonomiestatus, den die Städte des Königlichen Preußen bei ihrem Anschluss an Polen 1454 erhalten hatten, zugunsten einer zentralisierenden Politik aufgehoben worden war. Der überwiegend deutsche Charakter dieser Städte und ihre kulturelle Zugehörigkeit zum norddeutschen und seit der Reformation protestantischen Raum wird den polnischen Lesern – und insbesondere auch den Schülern – generell nicht vermittelt, so dass sich die ansonsten gern herausgestrichene Toleranz und Multikulturalität der Adelsrepublik in dieser Beziehung kaum im konkreten Geschichtsbild niederschlägt. Gerade das Einberechnen dieses Aspekts könnte aber dabei helfen, die Vorgeschichte der Polnischen Teilungen unverstellter zu diskutieren. Die

gegensätzlich geführte Kontroverse, ob die Politik Friedrichs II. aus polnischer Perspektive als dreister Akt der Expansion oder aus deutscher Perspektive nicht auch als Restitution eines früheren rechtmäßigen Zustandes zu interpretieren sei, könnte auf diesem Wege gemildert werden und feinere Zwischenstufen der Beurteilungsmöglichkeiten hervortreten lassen.

Umgekehrt sollten die Vorgänge des Jahres 1772 aus deutscher Perspektive durchaus kritisch betrachtet werden, besonders wegen ihres destabilisierenden Charakters für die europäische Ordnung. Weniger tragfähig ist hingegen die deterministische Sicht, die Teilungen seien der Beginn eines Prozesses gewesen, der von der endgültigen Tilgung Polens von der Landkarte im Jahre 1795 über den Kampf gegen die territorialen Ver-

luste durch den Versailler Vertrag bis zum Überfall auf Polen am 1. September 1939 und während des Zweiten Weltkrieges zur Entfaltung eines maßlosen Terrorregimes geführt habe. Umgekehrt müssen auch die durch Polen besonders in der Zweiten Republik nach 1918 gegen nationale Minderheiten verübten Unrechtsakte Teil der Erinnerung sein.

Für das polnische Geschichtsbewusstsein mindestens ebenso wichtig sind in jedem Fall die wiederholten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die polnische Unabhängigkeit durch Russland. Zu nennen sind hier neben den Teilungen selbst die Niederschlagung des Novemberaufstands von 1830 bis 1832, in deren Folge die polnische Verfassung durch das „Organische Statut“ ersetzt wurde, sowie das Scheitern des Januaraufstands von 1863, der zum faktischen Ende jeglicher Autonomie führte. Den Tiefpunkt im 20. Jahrhundert bildete der 17. September 1939, an dem die Sowjetunion die östlichen Territorien des durch den Angriff der Wehrmacht geschwächten polnischen Staates besetzte und auch dort eine brutale Gewaltherrschaft etablierte, für die wiederum exemplarisch die Ermordung polnischer Offiziere bei Katyn 1940 steht.

Zweifellos sollte man sich deutscherseits – ohne bestimmte Übertreibungen und Einseitigkeiten unkritisch hinzunehmen – der fundamentalen Gefährdungen, denen der polnische Staat über mehr als eineinhalb Jahrhunderte von deutscher und russischer Seite ausgesetzt war, bewusst sein. Hierdurch vermag in Deutschland das Verständnis dafür wachsen, warum sich im historischen Selbstbild Polens ein Mythos hat entwickeln können, in dem sich die Nation eine Märtyrer-Rolle zuschreibt und ihren Weg letztlich als eine Form der Heilsgeschichte interpretiert.

st Jens Boysen

DAS NEUE JERUSALEM AUF DREI HÜGELN DER KASCHUBEI

Der Kalvarienberg von Neustadt

Von Magdalena Pasewicz-Rybacka

FOTO: DARIUSZ RYBACKI

Auf dem Gebiet der früheren Provinz Westpreußen gibt es eine Reihe mittelgroßer Städte, die sich durch eine jahrhundertealte Geschichte und bedeutende Bauwerke auszeichnen. Einer dieser Orte ist Neustadt, eine Stadt, die gut 50 Kilometer nordwestlich von Danzig liegt.

Die spirituelle Hauptstadt der Kaschubei

Neustadt ist ein dynamisches Wirtschaftszentrum, beherbergt die Kreisverwaltung und bildet im Einzugsgebiet der Dreistadt eine attraktive Trabantenstadt. Zugleich ist Neustadt auch bei Touristen beliebt. Reisende können hier beispielsweise das im 18. Jahrhundert errichtete und späterhin umgestaltete Schloss der Familien Przebendowski bzw. Keyserlingk besichtigen, das heute das Museum für Kaschubisch-Pommersche Literatur und Musik beherbergt, sowie den malerischen Aleksander-Majkowski-Park oder den repräsentativen Marktplatz besuchen. Diese Sehenswürdigkeiten werden in ihrer Strahlkraft aber noch deutlich von dem Kalvarienberg übertroffen, der sich mit seinen 25 Kapellen auf den bewaldeten Hügeln rund um das historische Zentrum befindet.

Kalvarienberge, auf denen Kapellen oder Kirchen die Passionsstationen repräsentieren, wurden ab dem 15. Jahrhundert in ganz Europa errichtet. Dabei wurde darauf geachtet, dass ihre Lage so weit wie möglich Örtlichkeiten in Jerusalem ähnelten, die aus der Bibel vertraut waren; denn die Pilger-

fahrt zu einem Kalvarienberg war im spirituellen Sinne ein Ersatz für eine Pilgerfahrt nach Jerusalem – vor allem in einer Zeit, in der der Zugang zur „heiligen Stadt“ aus verschiedenen Gründen unmöglich war.

In Europa sind knapp 2.000 solcher Anlagen gebaut worden. Die meisten in Deutschland, Österreich, Ungarn und Polen. Der älteste polnische Kalvarienberg wurde 1602 von dem Krakauer Woiwoden Mikołaj Zebrzydowski gegründet und bildete die Keimzelle der südpolnischen Kleinstadt Kalwaria Zebrzydowska. Die Anlage in Neustadt folgte nur ein halbes Jahrhundert später; ihre ersten Kapellen entstanden Mitte des 17. Jahrhunderts. Der Initiator war einer der bedeutendsten Vertreter des hinterpommerschen Adels: Jakob von Weier (Jakub Wejher).

Die Erfüllung eines Schwurs

Jakob Weiher wurde 1609 als Sohn des Kulmer Woiwoden Jan Weiher und Anna Szczawińskas, der Tochter eines Starosten, geboren. Der Stammsitz der Familie befand sich ursprünglich in der Nähe von Würzburg, aber schon in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts sie-

delten sich die Vorfahren in Pommern an. Der Großvater, Ernest Weiher (1517–1598), war 1560 in den Dienst des polnischen Königs getreten. Unter Sigismund August, aber auch nach dem Tod des letzten Jagiellonen hatte er sich zahlreiche militärische Verdienste erworben. So nahm er z. B. an Stephan Báthorys 1579 beginnenden Feldzügen gegen Russland teil. Diese Erfolge brachten ihm auch irdische Güter ein, so dass er in nur wenigen Jahrzehnten zu einem der reichsten Magnaten im Königlichen Preußen aufstieg. Gegen Ende seines Lebens entsagte er schließlich dem Protestantismus und konvertierte zum katholischen Glauben.

Mit seiner unverbrüchlichen Loyalität gegenüber den polnischen Königen sowie mit seinem Katholizismus hatte Ernest Weiher den nachfolgenden Generationen unmissverständliche Orientierungspunkte vorgegeben, die auch für seinen Enkel gültig blieben. Jakob ging in seinen jungen Jahren nach Mitteleuropa und sammelte hier in Diensten der Katholischen Liga – beispielsweise in der Streitmacht Albrechts von Wallenstein – vielfältige militärische Erfahrungen. Dabei gelangte er auch nach Malta, wo er zum Ritter des Johanniterordens geschlagen wurde. Aus diesem Grund nahm er das Malteserkreuz in

Die Station des Tors von Jerusalem (auch Östliches Tor oder Wassertor genannt) – Stiftung von Jakob Weiher, erbaut 1654



Die nach 1657 erbaute Abendmahlskapelle

FOTOS: DARIUSZ RYBACI

Kreuzaufnahme-Kapelle, Stiftung von Cecylia Eleonora Weiher, der Tochter von Jakob Weiher, errichtet vor 1654, modernisiert 1866

sein Wappen – sowie späterhin auch in dasjenige von Neustadt – auf.

Als junger, aber politisch und militärisch bereits sehr erfahrener Mann kehrte Jakob Weiher 1633 nach Polen zurück und zog sogleich – ganz wie Jahrzehnte zuvor sein Großvater – in einen Krieg gegen Moskau, diesmal aber im Rahmen des Russisch-Polnischen Krieges (1632–1634), und der Feldherr hieß nunmehr Władysław IV. Wasa. Während der Belagerung einer kleinen Festung namens Biała (im heutigen Belarus) wurde er im März 1634 bei der Explosion einer Petarde unter Trümmern und

Erdreich verschüttet. In dieser verzweiferten Situation gelobte er, dass er, falls er überleben würde, zu Ehren des heiligen Franziskus und der heiligen Dreifaltigkeit eine Kirche zu bauen. Offensichtlich traf dieses Versprechen des jungen Adligen auf Wohlgefallen, denn er wurde aus der tödlichen Gefahr errettet.

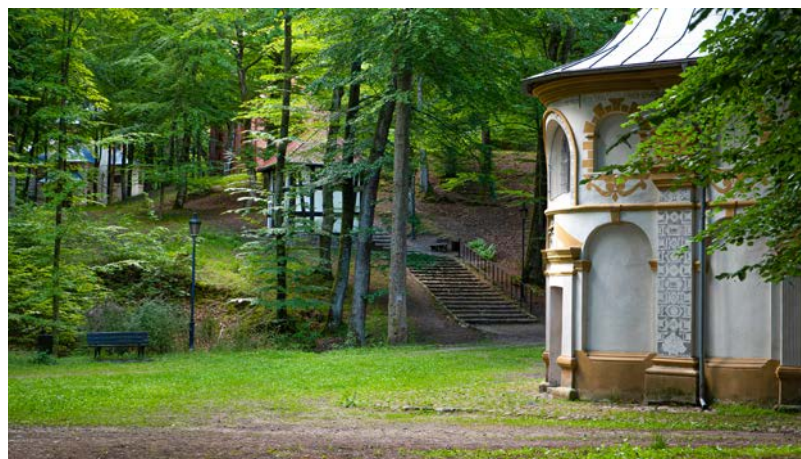
Seinen Eid vergaß er nicht – 1643, in dem Jahr, in dem er auch das Amt des Woiwoden von Marienburg übernahm, gründete er, auf seinen hinterpommerschen Besitzungen eine Stadt, die ursprünglich *Nowa Wola Wejherowska* hieß, und errichtete dort die Pfarr-

kirche zur Hl. Dreifaltigkeit. Nahebei erbaute er zudem ein Kloster für den Franziskaner-Orden. Von der Passion Christi ergriffen, beschloss er schließlich, in seiner Stadt einen Kalvarienberg anzulegen und ihn mit aufwändig gestalteten Stationskapellen auszustatten. Die ersten dieser barocken Bauwerke, von denen einige im 18. Jahrhundert im Stile des Rokoko umgestaltet wurden, entstanden 1649 – und damit begann die Geschichte eines kaschubischen Wallfahrtsortes, die bis heute fortgeschrieben wird.



Übersichtsplan: Der Weg beginnt auf der rechten Seite, bei den Stationen des Ölbergs, überquert den Bach Cedron und erreicht nach dem Passieren des Tors von Jerusalem die Kapellen, die dem Berg Zion zugeordnet sind. Von dort mündet er in den Kreuzweg ein, der an dem Parkplatz in der Bildmitte beginnt und dann auf der linken Seite bis zur Spitze des Kalvarienberges hinaufführt. – In der rechten oberen Ecke verzeichnet der Plan mit der Nr. 26 das „Olivaer Tor“, das Anfang des 18. Jahrhunderts zur Begrüßung der Pilger aus Danzig errichtet wurde. Dieses Gebäude wird bei der Angabe der Gesamtzahl zwar den Neustädter Kapellen hinzugerechnet, gehört im engeren Sinne aber nicht zu diesem Ensemble.

ABBILDUNG: ZBIORY URZĘDU MEJSKIEGO W WEJHEROWIE



Im Bildvordergrund rechts: Kapelle der Begegnung Christi mit der Gottesmutter, Stiftung von Anna Elisabeth Schaffgotsch, gebaut vor 1654; dahinter, in der Bildmitte: Fachwerkbau der Kapelle zu Christi erstem Fall unter dem Kreuz; dahinter wiederum erhebt sich die Kapelle der Kreuzaufnahme; und auf der linken Seite ist der Palast des Pilatus zu erahnen.



Im Vordergrund links die Kapelle der schmerzvoll trauernden Gottesmutter, der Pietà, dahinter die imposante Kirche der Drei Kreuze, Stiftung von Anna Wejherówna, erbaut 1652–1654

Das Neue Jerusalem

Die meisten der insgesamt 25 Kapellen wurden zu Jakob Weiher's Lebzeiten oder kurz nach seinem frühen Tod im Jahre 1657 errichtet. Die Stifter waren neben dem Initiator auch Familienangehörige und einige seiner Freunde. Manche Kapellen sind in ihrer Form einfach gehalten, andere dürfen architektonische Schmuckstücke genannt werden.

Gemeinsam liegen sie an einem ausgedehnten Passionsweg, der sich nicht auf den „Kalvarienberg“ im engeren Sinne beschränkt: Der *Calvariae locus* [Ort des Schädels] bildet die lateinische Übersetzung der aramäischen Ortsbezeichnung „Golgota“, so dass ein „Kalvarienberg“ in der Regel die bis zu 15 Stationen des Kreuzwegs, von der Verurteilung Christi bis zu seinem Tode am Kreuz bzw. bis zur Grablegung, umfasst. Jakob Weiher entwirft aber einen Weg, der über drei Hügel verläuft, und zwar – im Sinne der Topographie Jerusalems – über den Öl- und den Zionsberg und erst dann zum Kalvarienberg. Selbst das Flüsschen, das aus dem Wispauer See (*Jezioro Wyspowo*) gespeist wird, die Stadt in nördlicher Richtung durchquert und dann in die Rheda einmündet, trägt den Namen „Cedron“: Es verläuft zwischen dem ersten und dem zweiten Hügel und vermag dadurch schlüssig an das Tal des Baches Kidron (oder Kedron) zu erinnern, das die Jerusalemer Altstadt im Westen vom östlich gelegenen Ölberg trennt. Folgerichtig heißt die sechste Wegstation, die die Pilger nach der Überquerung des Flüsschens Cedron erreichen, auch „Osttor Jerusalems“.

Die Weitläufigkeit der Neustädter Anlage lädt jenseits der Wallfahrten auch Wande-

rer oder Spaziergänger dazu ein, neben den Kapellen die Schönheit der Natur zu genießen. Die Route führt durch Wälder voller Buchen, Eichen, Eschen, Kiefern, Linden, Erlen und Hainbuchen, die im Verbund mit den in die Landschaft integrierten historischen Gebäuden sehr eindrucksvolle, je nach Jahreszeit wechselnde pittoreske Bilder entstehen lassen.

Zu den architektonisch besonders bemerkenswerten Kapellen gehört diejenige, die den „Begegnungen mit der Mutter“ (*Spotkania z Matką*) gewidmet ist. Ihre Stifterin war Jakob Weiher's Ehefrau Anna Elisabeth, die aus dem Uradelsgeschlecht der von Schaffgotsch stammte. Allerdings erlebte sie die Fertigstellung der Kapelle nicht, weil sie schon am 8. April 1650 bei einer Entbindung starb. Auch ihr Kind überlebte die Geburt nur für wenige Monate. Eingeweiht wurde die Kapelle erst am 20. Juni 1654. Die Messe wurde von Pater Atanazy Kartoszyn gehalten, während Jakob Weiher selbst das Amt des Liturgen übernahm. Bei der Betrachtung des Gebäudes fällt sogleich die aufwändig ausgestaltete Fassade ins Auge, dabei insbesondere die mit Rosen-Motiven reich verzierten Pilastern. Damit wird auf die Lauretanischen Litanei (den hl. Rosenkranz) Bezug genommen, in der Maria als „geheimnisvolle Rose“ verklärt wird. So verwundert es nicht, dass sich die abstrakte Kontur dieser symbolisch hoch aufgeladenen Blume auch im Grundriss des Gebäudes wiederfindet.

Ein geradezu monumentales, zweigeschossiges Gebäude, die Kirche zu den Drei Kreuzen, erhebt sich auf dem Gipfel des Kalvarienbergs. Seine Stifterin war die mit Jakob Weiher verwandte Anna Wejherówna, die Witwe des Woiwoden Andrzej

Grudziński. Neben dem beeindruckenden Portal weist die Kirche an der Fassade ein zunächst wohl überraschendes bauliches Merkmal auf: Durch eine der Seitenwände läuft ein bedrohlich scheinender Riss. Er gibt aber keinen Bauschaden zu erkennen; vielmehr soll den Gläubigen hier gleichsam handgreiflich das Geschehen versinnbildlicht werden, das sich nach dem Zeugnis des Evangelisten Matthäus beim Tode Jesu ereignet hat: „Da riss der Vorhang im Tempel von oben bis unten entzwei. Die Erde bebte und die Felsen spalteten sich“ (Mt 27,51).

Bald fällt der Blick auf eine weitere Kapelle, die besondere Aufmerksamkeit verdient: das „Grab Christi“. Sie wurde von der – ebenfalls mit Jakob Weiher verwandten – Anna Konstancja Wejherówna, der Ehefrau des Posener Kastellans Franciszek Czarnkowski, gestiftet. Als Baumaterial diente behauener Sandstein, der in Krakau hergestellt wurde und dann auf der Weichsel nach Danzig und von dort auf dem Landweg nach Neustadt transportiert werden musste. Deshalb ist dies Bauwerk in der gesamten Region das Einzige in dieser Art. Zudem wirkt es mit seinen regelmäßig und in gleicher Höhe aufgeschichteten Sandsteinblöcken streng und feierlich. Das Dach wird von einer prächtigen Laterne gekrönt, in der sich eine Skulptur des auferstandenen Christus befindet. – Warum sich dieses auffällige und mit großem Aufwand errichtete Gebäude in Neustadt findet, wird jedem Besucher des eingangs schon genannten Kalvarienberges von Kalwaria Zebrzydowska schlagartig klar, denn an diesem Ort, der freilich günstiger Weise im Umland von Krakau liegt, steht ein ebenfalls aus behauenen



Frauen mit einem geschmückten Feretron



Prozession in der Karwoche



„Verneigung“ des Feretrons

Sandstein erbautes „Grab Christi“: Dieses Gebäude gab Jakob Weiher offenbar den Anstoß, es als Modell zu nehmen und es im Rahmen seines eigenen Vorhabens so getreu wie möglich kopieren zu lassen.

Der „Tanz“ der heiligen Bilder

Der Kalvarienberg von Neustadt ist naturgemäß nicht nur eine touristische Attraktion, sondern auch eine religiöse Stätte. Jedes Jahr reisen Hunderte von Pilgergruppen zu den Kapellen auf den drei Hügeln. Die meisten Gläubigen besuchen das „Kaschubische Jerusalem“ während der Kirchweih-Feste, die fünfmal im Jahr veranstaltet werden: jeweils am Sonntag nach Christi Himmelfahrt, der Heiligen Dreifaltigkeit, der Heilung der Kranken, der Himmelfahrt der Jungfrau Maria und der Erhöhung des Heiligen Kreuzes.

Zu den Höhepunkten dieser Prozessionen gehören die sogenannten Verneigungen der „feretrony“. Es wird angenommen, dass diese außergewöhnliche Tradition, die heute in der ganzen Kaschubei sehr beliebt ist, ihren Ausgangspunkt in Neustadt genommen hat, und zwar höchstwahrscheinlich am Ende des 17. Jahrhunderts.

„Feretron“ bezeichnet ein Gestell, das von vier Personen getragen wird und auf dem von zwei Seiten gemalte Bilder in einem Schmuckrahmen oder geschnitzte Skulpturen angebracht sind. Für gewöhnlich zeigt der Feretron Jesus Christus oder die Jungfrau Maria, er kann aber auch den Schutzpatronen oder -patroninnen von einzelnen Pfarreien oder bestimmten Berufen gewidmet sein.

Die „Verneigungen“ nun bilden eine Form der Anbetung vor einem Altar, einem Kreuz oder einem anderen sakralen Objekt. Die klassische Version umfasst die folgen-

den Elemente: Die vier Personen, die das Gestell halten, nehmen vor dem Heiligtum aufstellung, neigen den Feretron dreimal nach vorne hinab, versinnbildlichen daraufhin durch Bewegungen vorwärts, zur Seite und rückwärts das Kreuzzeichen, halten das Gestell sodann waagrecht und lassen es, die Vollkommenheit Gottes symbolisierend, die Form eines Kreises beschreiben, bis letztlich eine nochmalige Verbeugung die gesamte Sequenz beschließt.

Diese traditionellen Elemente können Pilgergruppen aber durchaus modifizieren: Sie wählen eine andere Abfolge der choreographischen Figuren oder entwickeln zusätzliche Motive und stellen derart ihren Einfallsreichtum unter Beweis. Die „Verneigungen“ insgesamt werden – zuweilen auch von einem Musikensemble begleitet – in einem erstaunlich hohen Tempo ausgeführt, das eine große körperliche Leistungsfähigkeit voraussetzt, zumal der Feretron über einiges Gewicht verfügen kann: Manche wiegen sogar mehr als 100 kg. Deshalb nimmt es nicht wunder, dass diese Darbietungen von den Umstehenden oftmals mit heftigem Applaus bedacht werden.

Ein besonderes Ereignis, zu dem sich die Gläubigen in großen Scharen versammeln, ist die Prozession, bei der in der Karwoche das Mysterium der Leiden Christi gefeiert wird. Hier verbinden sich die Elemente des Gebets und der Kontemplation mit denjenigen eines Passionsspiels. An dieser theatralischen, zweistündigen Vergegenwärtigung des Kreuzweges sind mehrere Dutzend Schauspieler und Statisten beteiligt. Das leidvolle Geschehen und die



FOTO: WIKIMEDIA CC

Bauensemble am Marktplatz von Neustadt mit dem Rathaus der Stadt, das nach Vorgängerbauten aus den Jahren 1650 und 1729 Anfang des 20. Jahrhunderts im Stil des Klassizismus umgebaut wurde.



FOTO: WIKIMEDIA CC

Das von Sławoj Ostrowski (1943–2018) geschaffene und 1999 errichtete Denkmal für den Stadtgründer Jakob Weiher

Unmittelbarkeit seiner Präsentation beeindrucken die Prozessionsteilnehmer stets in hohem Maße, und die Intensität dieses spirituellen Erlebnisses wird zudem durch die begleitende Musik, die speziell für die Inszenierung komponiert wurde, und nicht zuletzt durch die raue Schönheit der Natur im Vorfrühling nochmals verstärkt.

Seit dem 18. Jahrhundert werden für die Pilger spezielle Gebetbücher herausgegeben, die sie auf ihrem Weg begleiten und ihnen an den Wegstationen das Beten erleichtern sollen. Insbesondere die älteren dieser „kalwaryjki“ sind, da sie einzigartige Dokumente der kaschubischen Volksreligiosität bilden, schon längst zum Gegenstand der historischen und sprachwissenschaftlichen Forschung geworden.

Der Besuch des Kalvarienberges von Neustadt

Der gesamte Passionsweg erstreckt sich über eine Länge von 4,6 km und kann in etwa zweieinhalb Stunden bewältigt werden. Daneben gibt es allerdings auch die von Touristen in der Regel bevorzugte Möglichkeit, eine deutlich kürzere Route zu wählen, die nur den eigentlichen „Kreuzweg“ auf dem Kalvarienberg umfasst und die Besucher folglich an den 15 Kapellen* vom Palast des Pilatus bis zum Grab Christi entlangführt.

Die Anlage ist frei zugänglich und lässt sich mithin auf eigene Faust begehen. Dann ist es zwar nicht möglich, das Innere der Kapellen, die Altäre mit ihren Gemälden

und Skulpturen, zu besichtigen, aber gleichwohl lohnt es sich natürlich, auf dem Waldweg über die Neustädter Hügel zu spazieren und dabei die Gebäude und deren symbolträchtige Architektur zu betrachten.

Touristen, die einen tieferen Einblick in die künstlerischen Details der Innenausstattung gewinnen möchten, sollten sich für die Teilnahme an einem betreuten Rundgang entscheiden. Patres des Franziskaner-Ordens, der traditionell – und so auch in Neustadt – die Einrichtung von Kalvarienbergen fördert und die bestehenden Anlagen betreut, bieten ebenso wie fachkundige, vom Fremdenverkehrsamt akkreditierte Führer Rundgänge an – die allerdings nur von Gruppen, nicht aber von Einzelpersonen gebucht werden können.

Nach dem Gang entlang dem Kreuzweg gehört es zum touristischen Standardprogramm, auch der von Jakob Weiher gestifteten, der Hl. Anna geweihten Kirche des Franziskanerklosters einen Besuch abzustatten. Die Ausstattung des Gotteshauses stammt hauptsächlich aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts; ein wahrer historischer Schatz aber ist hinter dem Hochaltar verborgen und sollte unbedingt in Augenschein genommen werden. Es handelt sich um ein 1658 entstandenes Doppelporträt Jakob Weiher und seiner (ersten) Frau Anna Elisabeth Schaffgotsch, in dessen Hintergrund ein zeitgenössisches Bild der damals neu entstandenen Stadt und der sie umgebenden Landschaft erscheint. Schließlich bietet die zugängliche Krypta der St.

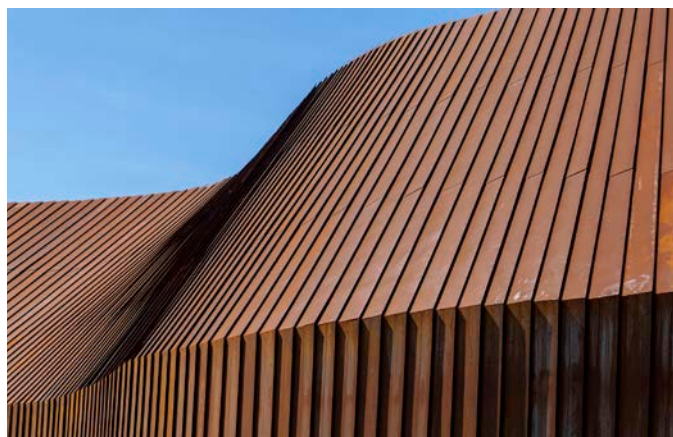
Anna-Kirche auch noch eine Gelegenheit, dem Gründer und Wohltäter Neustadts die Reverenz zu erweisen – und angesichts der Sarkophage von Jakob Weiher und einiger seiner Familienmitglieder die Endlichkeit des menschlichen Lebens zu bedenken.

Im Anschluss an alle Besichtigungen sollten die Besucher noch einige Zeit in der Stadt verweilen und nicht zuletzt auch in einem der einladenden Restaurants am Marktplatz die vielgestaltigen Eindrücke nachwirken lassen. Bei Speisen aus der regionalen kaschubischen Küche oder einem Bier aus der heimischen Brauerei kann zudem das Bauensemble des historischen Zentrums in besonders angenehmer Weise betrachtet werden. Dabei wird es unweigerlich zu einer weiteren Begegnung mit Jakob Weiher kommen, denn die Bürger Neustadts haben ihm dort im Jahre 1999 ein imposantes Denkmal gesetzt. Die auf einem hohen Sockel stehende Statue zeigt den Gründer der Stadt und des Kalvarienberges als selbstbewusste und machtvolle aristokratische Persönlichkeit, die anscheinend mit Stolz auf sein Lebenswerk blickt. Die Reisenden, die diese Stadt schon genauer kennengelernt haben, dürften solch einen Ausdruck des Stolzes schwerlich für unbegründet halten. **st**

* Nach der polnischen Tradition umfasst der „eigentliche“, auf den Kalvarienberg beschränkte Kreuzweg vom Palast des Pilatus bis zum Grab Christi nur 14 Stationen. Aus diesem Grunde wird der Palast des Herodes (die Kapelle Nr. 12) auf dem Plan zwar mitgezählt, aber faktisch nicht berücksichtigt: Während der Kreuzweg-Prozession machen die Gläubigen hier keinen Halt.

»FLUGT« – ein neues Museum in Oksbøl

Am 29. Juni wurde im dänischen Oksbøl ein nationales „Flucht-Museum“, das REFUGEE MUSEUM OF DENMARK, eingeweiht, das dieses Thema, ausgehend von der Zeit am Ende des Zweiten Weltkrieges, als zehntausende Ostdeutsche dorthin kamen, bis in die Gegenwart hinein verfolgt.



Die dynamisch bewegte Dachkonstruktion des Eingangsbäudes



Geneigt Aufnahme des Museumskomplexes



Die architektonische Verbindung zwischen den beiden historischen Lagergebäuden in einer Innenansicht

ZUR REALISIERUNG DIESES EHRGEIZIGEN PROJEKTS haben sich gewichtige Förderer zusammengefunden. Zu ihnen gehören das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Kommune Varde und das Bundesland Schleswig-Holstein sowie eine Reihe von Organisationen und Stiftungen, darunter der Jyllands-Postens Fond, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge oder die Hermann-Niermann-Stiftung. Welche große Bedeutung dieser neuen Einrichtung zugemessen wird, zeigte sich nichts zuletzt darin, dass die Eröffnung in Anwesenheit des deutschen Vizekanzlers Robert Habeck und einer Vielzahl geladener Gäste durch Königin Margarethe II. vorgenommen wurde und auch bei der internationalen Presse auf breite Aufmerksamkeit stieß.

Oksbøl liegt an der dänischen Westküste in der Nähe von Esbjerg, und das Museum befindet sich auf einem früheren Militärgelände, auf dem die Wehrmacht nach dem Überfall auf Dänemark im April 1940 ein großes Lager errichtet hatte. 1945 waren es dann vor allem Deutsche, die mit Schiffen über die Ostsee nach Dänemark gerettet wurden. Allein nach Oksbøl kamen 36.000 von ihnen, zumeist Frauen und Kinder.

Das Museum besteht aus zwei langgestreckten, im rechten Winkel zueinander stehenden Backsteingebäuden des ehemaligen Lagerkrankenhauses, die durch einen ausschwingenden lichtdurchfluteten Kuppelbau aus hellem Holz und Glas verbunden werden. Dieses Haus

ist eines der inzwischen zehn Varde-Museen (*Wardemuseerne*) und ist – ebenso wie das 2017 innerhalb dieses Verbundes neu eröffnete und höchst erfolgreiche Tirpitz-Museum – von dem namhaften Kopenhagener Architekturbüro BJARKE INGELS GROUP (BIG) entworfen worden.

Die insgesamt 14 Rednerinnen und Redner, die bei der Eröffnungsfeier das Wort ergriffen, vermittelten vielfältige Eindrücke von den historischen und politischen Dimensionen eines Museums, das sich dezidiert dem Thema „Flucht“ zuwendet. Aus der Perspektive des Zeitzeugen sprach beispielsweise Jörg Baden, einer der ehemaligen deutschen Flüchtlinge in Oksbøl; er bedankte sich für die humane Behandlung, „die die deutschen Flüchtlinge durch Dänemark und das dänische Volk erfahren haben“ und die vor dem „Hintergrund des brutalen Regimes von Nazideutschland“ in einem „krassen Gegensatz“ gestanden habe.

Rahima Abdullah, die 2015 selbst aus dem Krieg in Syrien nach Dänemark kam und sich als stellvertretende Leiterin des Jugend-Netzwerks im dänischen Flüchtlingsrat (*Danish Refugee Council Youth*) prominent an der öffentlichen Debatte über Flüchtlinge und soziale Ungleichheit beteiligt, nahm demgegenüber das heute universell erscheinende Schicksal von flüchtenden Menschen in den Blick und plädierte dafür, dass die europäischen Gesellschaften dieser Entwicklung mit einer noch größeren Offenheit begegnen sollten:

Draußen in der Welt, aber auch hier in Dänemark erleben wir manchmal, dass Flucht und Schutzbedürftigkeit unterschiedlich bewertet werden. Aber in den großen Krisen des Lebens sind wir doch alle gleich. Dieses Museum hilft zu zeigen, dass sich Menschen auf der Flucht im Prinzip in nichts unterscheiden. Alle haben die gleichen Gefühle und die gleiche Angst. Wir alle haben gemeinsam, dass wir bei Einbruch der Dunkelheit Sicherheit und Frieden suchen.

Katja Keul MdB schließlich, die im Dezember 2021 zur Staatsministerin für internationale Kulturpolitik bei der deutschen Bundesministerin des Auswärtigen ernannt worden ist, soll hier als dritte exemplarische Stimme ebenfalls noch zitiert werden. Sie wandte sich in ihrer Ansprache der Spätphase des Zweiten Weltkrieges zu und schilderte, dass schon bevor die Wehrmacht das Land verließ, der Zuzug von letztlich 250.000 Flüchtlingen nach Dänemark einsetzte, dass viele Tausende zuvor bei der Überfahrt umkamen und dass die Unterbringung und Versorgung dieser großen Zahl von Menschen eine erhebliche Herausforderung für die aufnehmende Gesellschaft gewesen seien. Da sich derartige Probleme zunehmend auch in der Gegenwart stellten und innerhalb der EU noch einer Lösung harrten, kündigte sie an, dass es bald neue „Impulse für eine europäische Flüchtlingspolitik“ geben solle, die „unseren Werten und unserer Verantwortung gerecht“ werden.

Nach der offiziellen Eröffnung bestand für die geladenen Gäste und die Pressevertreter eine Gelegenheit, die Ausstellung in Augenschein zu nehmen. Dem Grundkonzept des Museums folgend, will sie am historischen Ort des Lagers Oksbøl Einblicke in eines der schwersten und meistdiskutierten Themen unserer Zeit vermitteln. Dabei sollen vor allem Geschichten einzelner Menschen erzählt werden, die jeweils in ihrem konkreten Lebensumfeld erscheinen und von ihrem individuellen Schicksal, aber auch von ihren Träumen und Hoffnungen für die Zukunft berichten. So begegnen den Besuchern Menschen, die im Lauf der Zeit aus Ländern wie Russland, Deutschland, Ungarn, Vietnam, Chile, dem Libanon, Iran, Bosnien, Syrien und Afghanistan nach Dänemark geflohen sind.



Gäste der Eröffnungsfeier. Neben Königin Margarethe II. sitzt der deutsche Vizekanzler Robert Habeck, der seine Rede auf Dänisch hielt.



Bei ihren Ansprachen Jörg Baden (links) und Rahima Abdullah (rechts) während der Eröffnungsfeier

In einem der beiden Museumsgebäude sind Fotos und Gegenstände aus dem Alltag der Flüchtlinge dargestellt. Hingezogen wird man zu einem gleichzeitig auf drei Wände projizierten Film mit Originalaufnahmen aus dem Lager: vom Eintreffen der Flüchtlinge und Impfaktionen an Kindern über die Werkstätten und die Essensversorgung

bis zu Aufführungen im eigenen Lager-Theater. Wer diese Bild-dokumente anschaut, bekommt eine deutliche Ahnung davon, dass Oksbøl mit diesem Lager in der Nachkriegszeit immerhin die fünfgrößte Stadt Dänemarks gewesen ist.

Im anderen Gebäude wird die Perspektive auf die vielfältigen Fluchtbewegungen der folgenden Jahrzehnte geweitet. So erscheinen z. B. an den Wänden Projektionen von verschiedenen Routen, auf denen Menschen in dieser Zeit versucht haben, Bedrohungen zu entgehen und ihr Leben zu



Ein Plan des Flüchtlingslagers: Alle Pfade und Wege sind in dem heutigen Waldgebiet noch erhalten. Die Baracken sind längst entfernt, aber einige wenige Gebäude aus der Zeit des Flüchtlingslagers haben eine neue Verwendung gefunden.

FOTO: © FLUCHT - REFUGEE MUSEUM OF DENMARK

FOTO: © FLUCHT - REFUGEE MUSEUM OF DENMARK

FOTO: HANS-PETER GÖRGENS



FOTO: WIKIMEDIA CC

Flüchtlingslager Oksbøl (1945)



FOTO: © FLUGT - REFUGEE MUSEUM OF DENMARK

Blick in die Ausstellung zur Geschichte des Lagers Oksbøl



FOTO: HANS-PETER GOERGENS

Modell eines Raumes in den Flüchtlingsbaracken



FOTO: HANS-PETER GOERGENS

Ensemble von Exponaten zum Themenschwerpunkt „Arbeit“

retten; Abbildungen veranschaulichen die Wohnsituationen in Notunterkünften, oder Fotografien zeigen die oftmals erschreckenden Zustände in Flüchtlingslagern. Vor allem aber soll den Besuchern die Möglichkeit eröffnet werden, mit Hilfe interaktiver Medien selbst tiefer in das Thema einzutauchen und sich über individuelle Schicksale und Lebenswelten zu informieren. Der systematische Blick auf die neuere Geschichte folgt dabei leitenden Fragestellungen, die jeweils auf zentrale Momente einer Flucht verweisen: Fliehen? – Sicherheit? – Alltag? – Zuhause?

Grundsätzliche Aspekte eines Flüchtlingsschicksals suchen auch acht kunstvoll gestaltete lebensgroße Kupferdrahtfiguren zu versinnbildlichen, die Menschen in existenziellen Situationen zeigen. Eine dieser Figuren stellt übrigens ein Kind dar, das nach einem damaligen Bildnis des heute 82-jährigen Zeitzeugen Jörg Bade modelliert worden ist.

Die dargestellten historischen Zusammenhänge münden letztlich in die unmittelbare Gegenwart: Die betrifft zum einen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der bisher rund fünf Millionen Menschen in die Flucht getrieben hat, von denen wiederum etwa 30.000 nach Dänemark gekommen sind. Zum anderen wird auch die gerade in Dänemark kontrovers geführte Diskussion über eine angemessene Flüchtlingspolitik, bei der die Regierung eine rigide ablehnende bzw. abwehrende Haltung vertritt, keineswegs ausgespart. Diese Debatten werden in die Ausstellung integriert, indem auf einem großen Tisch Zeitungsartikel ausgelegt sind, die die unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen Positionen repräsentieren.

Nach ihrem Rundgang werden die Besucher gerne noch einmal den hellen Kuppelbau auf sich wirken lassen und sicherlich auch die Angebote des dort großzügig eingerichteten und gut sortierten Museumsshops wahrnehmen – in jedem Falle aber werden sie, wenn sie beispielsweise hören, dass gegenwärtig weltweit etwa 100 Millionen Menschen auf der Flucht sind, darin in Zukunft nicht mehr nur einen zwar beunruhigenden, aber doch abstrakt wirkenden statistischen Wert sehen, sondern zugleich eine Vorstellung davon entwickeln können, was solch ein Schicksal für einzelne der davon betroffenen Menschen bedeutet.

st Hans-Peter Goergens



FOTO: © FLUGT - REFUGEE MUSEUM OF DENMARK

Raum mit den Kupferdraht-Skulpturen



Das MUSEUM STUTTHOF W SZTUTOWIE liegt in einer touristischen Region, die von ihrer Nähe zur Ostsee profitiert. Unten rechts steht die ehemalige Kommandantur aus roten Ziegelsteinen. Der gleich daneben befindliche Nachbau des „Todestores“ markiert die Grenze, an der einst der Häftlingsbereich begann. Auf dem durch das Tor verlaufenden Weg gelangt man zu Gaskammer und Krematorium. Links daneben stehen das symbolträchtige Mahnmahl für Kampf und Märtyrertum und (aus den Bäumen hervorragend) zwei Bauten des SS-Unternehmens DEUTSCHE AUSRÜSTUNGSWERKE. Unten links zeigt die dreireihige Denkmalanlage die Standorte der nicht mehr existierenden Häftlingsbaracken.

FOTO: DARIUSZ PACIOREK / MUSEUM STUTTHOF

DIE KZ-GEDENKSTÄTTE STUTTHOF

Erinnerungen an die Opfer des NS-Unrechts

Von Piotr Chruścielski

Die Einrichtung der Gedenkstätte in Stutthof jährt sich 2022 zum 60. Male, und aus diesem Anlass wollen wir diesen für die Erinnerungskultur Danzigs und Westpreußens zentralen Erinnerungsort hier ausführlich vorstellen und würdigen. Wir sind sehr froh, dass wir für diese Aufgabe Piotr Chruścielski haben gewinnen können, der seit Jahren in Stutthof arbeitet und forscht und diesen Beitrag somit aus der Perspektive eines teilnehmenden Beobachters zu verfassen vermag. Unseren Leserinnen und Lesern ist er längst vertraut, denn er ist ihnen seit 2016 schon fünf Mal als Autor von speziellen Studien zu Häftlingsbiografien und -schicksalen begegnet.

Die DW-Redaktion

„Lieber Gerhard Scheuß, deine Familie denkt an dich. Ruhe in Frieden und lausche dem leisen Rauschen der Wellen, die an den Ostseestrand schlagen. Träume vom Meer und dem Albatros, wie er über den Horizont hinwegfliegt. Sei du der Albatros, flieg ...“ Diese Worte schrieb Gilbert Scheuß, Gerhards Neffe, und entzündete online – auf der Webseite des Museums Stutthof – eine Kerze für den Onkel, der als Angehöriger der deutschen Kriegsmarine im KZ Stutthof bei Danzig ermordet worden war (DW 2/2019).

Der „SPD- und KPD-Bonze“ Emil Straphel überlebte die Inhaftierung. Dennoch prägte die Zeit, die er im Konzentrationslager verbracht hatte, sein Leben (DW 4/2020). Mit diesem Teil seiner Biographie mussten sich auch Emils Töchter, Barbara Glück und Sonja Knischke, auseinandersetzen. „Das ist so greifbar für einen in dem Moment, wenn man weiß, dass er hier war und man auch hier war. Das finde ich für das eigene Aufarbeiten sehr wichtig“ – sagte Sonja, während sie und ihre Schwester das frühere KZ-Areal besichtigten.

Gisela Keitz, Nichte eines anderen Überlebenden, des homosexuellen Häftlings Fritz Pehwe, die auch das ehemalige Lager besucht hatte (DW 4/2017), schloss ihre Video-Botschaft bei der Eröffnung einer den Rosa-Winkel-Häftlingen gewidmeten Ausstellung mit den Worten: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot. Tot ist nur, wer vergessen wird.“ Fritz wird nicht vergessen; denn die Ausstellung thematisiert auch sein Leben.

Die Holzbaracken, in denen Fritz, Emil und Gerhard einmal hausten, existieren nicht mehr. Die Angehörigen der drei Häftlinge konnten lediglich die Standorte der Unterkünfte sehen, an die jetzt weiß gestrichene Denkmäler erinnern. Sie stehen nummeriert auf einer großen Wiese, von der Sonja spontan ein paar Milchdisteln pflückte, um sie dann auf das Denkmal zu legen, das den Block 5, den Block ihres Vaters, kenntlich macht. Gilbert hatte bei seinem Besuch eine weiße Rose auf das den Block 8 markierende Denkmal gelegt. Er zündete auch ein Grablicht an; denn sein Onkel ruht in dieser Erde. Seine sterblichen Überreste waren im einstigen Kiefern-

wald verscharrt worden. Die Stille des heutigen Waldes – in den die Wiese übergeht – gleicht der Stille eines Friedhofs. Hier und da überlagern sich wechselseitig Vogelgezwitscher und Meeresrauschen. Vereinzelt huschen Wildtiere vorbei.

Ich begleitete die Angehörigen, während sie das Museum Stutthof besuchten, um ihrer Vorfahren, Opfer des nationalsozialistischen Terrors, zu gedenken. Ich spürte fast ihre Ehrfurcht, die sie mitbrachten, und war Zeuge von Gefühlsregungen, die der Ort bei ihnen auslöste. So wie beim Betreten einer Häftlingsstube, in der Gisela ein reproduziertes Polizeifoto von ihrem Onkel sah, oder bei der Lektüre der Archivakten, die den Weg der Häftlinge ins KZ nachzeichnen. Bei Gerhard waren es disziplinarische Verfehlungen, die ihn aus der Wehrmacht ausschlossen und hinter Stacheldraht führten; Emils Verhaftung hatte einen politischen Hintergrund; und Fritz wurde ins Konzentrationslager geschickt, weil er seine Homosexualität ausgelebt hatte. Die drei Schicksale sind Teil des Gedenkortes im polnischen Sztutowo, das östlich von Danzig gelegen ist, bis 1945 zum Deutschen Reich gehörte und damals Stutthof hieß. Indem heute die Nachkommen den Gedenkort am früheren KZ aufsuchen, lesen sie die Fragmente der Biographien, die sie dort finden, in die eigene Familiengeschichte ein.

Dabei hat die KZ-Gedenkstätte Stutthof – eigentlich: MUZEUM STUTTHOF W SZTUTOWIE – universelle Bedeutung. Sie gehört zu jenen Museen in Polen, die (wie Auschwitz-Birkenau und Majdanek) seit mehreren Jahrzehnten den „Nachlass“ der Nationalsozialisten verwalten, wissenschaftlich aufarbeiten und die Erinnerung an die vom NS-Staat verfolgten Menschen wachhalten.

Von einem deutschen KZ zu einem polnischen Museum

Einige historische Fakten zum KZ Stutthof selbst dürfen hier nicht fehlen. Das Lager existierte vom September 1939 bis zu seiner Befreiung durch die Rote Armee im Mai 1945. Bereits einen Tag nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen richteten es die deutschen Machthaber innerhalb der Grenzen der Freien Stadt Danzig ein, die nun bald im neu geschaffenen Reichsgau Danzig-Westpreußen aufging. Als Terrormaßnahme vor allem gegen die polnische Bevölkerung aus der Region konzipiert, dehnte das Lager seinen territorialen Einflussbereich aus und setzte sein Instrumentarium auch gegen andere „Verbrecher-Gruppen“ ein, darunter politische Oppositionelle, den Wehrdienst „sabotierende“ Soldaten und Männer, die „widernatürliche Unzucht“ trieben. Die Häftlingsgesellschaft setzte sich aus Angehörigen von 28 Staaten und mehr als 40 Nationen zusammen. Die größte Häftlingsgruppe bildeten dabei die polnischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, deren Zahl auf etwa 50.000 bis 60.000 geschätzt wird. Stellt man die Nationalität in den Vordergrund, so bildeten die jüdischen Gefangenen die größte Gruppe. Ihre Zahl wird auf ungefähr

Die KZ-Gedenkstätte Stutthof im Herbst: Im Vordergrund stehen die Bauten des alten Lagerteils, aus dem Hintergrund blicken die symbolischen Blöcke auf dem Gelände des neuen Lagerteils hervor.



FOTO: WIESLAW LESZCZYŃSKI / MUZEUM STUTTHOF

50.000 geschätzt. Die Zahl der deutschen Häftlinge lag bei 5.000. Insgesamt kamen rund 110.000 Menschen ins KZ Stutthof. Sie wurden misshandelt, zum Arbeitseinsatz gezwungen und ermordet. Nach Schätzungen forderte das Lager, dessen Fläche in der Endphase ungefähr 120 Hektar betrug, 65.000 Todesopfer. Zu einem Symbol der künftigen Gedenkstätte wurde das „Todestor“ – ein Eingangstor – das im Original nicht mehr erhalten ist. Dafür steht eine Nachbildung bereit, durch die Fritz' Nichte, Emils Töchter und Gerhards Neffe in den früheren Häftlingsbereich gelangten. Gisela trat an einem Augusttag 2016 durch das Tor, Sonja, Barbara und Gerhard im Mai 2018.

Die Gedenkstätte in Sztutowo umfasst heute etwa 17 % des ehemaligen Lagergeländes. Nur wenige Gebäude lassen das Ausmaß des gesamten KZ-Komplexes erahnen. Neben dem „Todestor“ sind es z. B. das Wachhaus, die Kommandantur, vier Baracken, die Gaskammer und das Krematorium. Hier und da läuft man über die alten – von Lagerinsassen verlegten – Pflastersteine; man sieht die dunklen Schatten der rekonstruierten Wachtürme auf den kurzgeschorenen Rasen fallen. Die zwei angrenzenden Industriehallen, die einst dem Häftlingseinsatz dienten, gehören zwar nicht zum Museumsbereich, aber auch sie sollen in Zukunft in die inhaltliche Konzeption einbezogen werden. Auch die außer Betrieb gesetzte Ziegelei, ein Außenkommando des KZ Stutthof, in dem Gerhard Zwangsarbeit verrichtete, liegt außerhalb der Gedenkstätte. Stimmt auch er eines der Seemannslieder an, das die Ex-Matrosen singen mussten, während sie dorthin eskortiert wurden: „Auf einem Seemannsgrab, da blühen keine Rosen, / auf einem Seemannsgrab, da blüht kein Blümelein. / Der einzige Schmuck, das sind die weißen Möwen / und heiße Tränen, die ein kleines Mädel



Blick über den SS-Bereich und den alten Häftlingsbereich des KZ Stutthof: In der ehemaligen Kommandantur befindet sich heute die Museumsverwaltung. Die vier erhaltenen Baracken beherbergen Teile der Dauerausstellung.



Einblick in die Dauerausstellung: Die originalen Waschbecken im Frauenblock zeigen, dass die Waschgelegenheiten im KZ primitiv und erniedrigend waren.



weint“? Traurig muten diese Worte an, wenn man weiß, dass Gerhard nicht überlebte. Das Häftlingskrankenrevier, wo er starb, markieren nachgebaute Mauern. Auch die Totenkammer gibt es nicht mehr. Gerhards Leiche wurde in einem der drei – bis heute erhaltenen – Verbrennungsöfen im Vorgängerbau des nach dem Krieg wiederaufgebauten Krematoriums eingäschert. Die Überreste des Häftlings wurden im benachbarten Wald verstreut.

Die existierenden Lagergebäude beherbergen eine Dauerausstellung, die den historischen Hintergrund und die Entwicklung des Lagers erklärt sowie Einblicke in die Lebenswelten der Häftlinge ermöglicht. Ausgewählte Ausstattungsstücke des Krankenreviers etwa lassen eine Vorstellung davon entwickeln, was „ärztliche Behandlung“ im KZ bedeutete. (Was genau bedeutete sie für Gerhard? Eine Antwort auf diese Frage lässt sich nicht mehr finden.) Andere Exponate machen auf die Ernährung, die Kleidung und die Schlaf- und Waschgelegenheiten aufmerksam. Einen besonderen Blickfang bildet ein großmaßstäbliches Modell, das den Zustand des Lagers um die Jahreswende 1944/1945 zeigt. In das Gesamtbild fügen sich mehrere Monumente ein: die Gedenksteine an der Stelle der früheren Baracken, Wiktor Tolkins *Pomnik Walki i Męczeństwa* [Mahnmal für Kampf und Märtyrertum] und das Denkmal für die jüdischen Opfer. Nicht weit vom letztgenannten Monument entfernt – dort, wo der Wald beginnt –, stand zur Lagerzeit eine Effektenkammer (Magazin für persönliche Kleidungsstücke und Gegenstände der Gefangenen), in der Giselas Onkel Fritz beschäftigt war.

Schlicht und authentisch in seiner räumlichen Konzeption, spricht das Museum die Emotionen an. Welche Emotionen löste es bei Gilbert aus? Er sagte mir, er sei nach

Stutthof als Angehöriger eines Opfers gekommen, gleichzeitig aber als Angehöriger eines Volkes, welches das Lager errichtete. Ein sehr gespanntes Verhältnis. Emils Töchter sagten, durch die Tatsache, dass ihr eigener Vater im KZ inhaftiert war, sei ihr Besuch in der Gedenkstätte Stutthof viel emotionaler gewesen: „Es ist einfach ergreifend, wenn man weiß, durch dieses oder dieses Tor ist er gegangen, dies musste er über sich ergehen lassen ...“ Früher hätten Sonja und Barbara nur die Gedenkstätte Sachsenhausen gesehen, aber da fehlte der direkte persönliche Bezug. In Erinnerung blieben Sonja die dreistöckigen Pritschen: „So etwas kann man ja gar nicht fassen, in der heutigen Zeit, wo man sich auf sein breites Bett legt.“

Die Idee, das Areal des ehemaligen KZ Stutthof in ein Museum umzuwandeln, wurde sehr früh aufgegriffen. Die politische Stimmung der Nachkriegsjahre machte es allerdings schwer, die Idee der polnischen Überlebenden in die Tat umzusetzen. Da viele Ex-Häftlinge das kommunistische Regime ablehnten, wurden sie auch von den neuen Machthabern verfolgt. In der Zwischenzeit wurden einige Bauten auf dem alten Lagergelände sichergestellt bzw. neu benutzt, andere wiederum wurden abgetragen. Erst 1962 kam das ursprüngliche Konzept zur Verwirklichung. Zu den Aufgaben des damals gegründeten und bis heute dem polnischen Kultusministerium unterstellten Museums gehört es, die Relikte des Lagers zu erhalten, Dokumente und Effekten zu sammeln, Recherchen vorzunehmen und die Resultate der Forschung zur Verfügung zu stellen. 1968 wurde das *Mahnmal für Kampf und Märtyrertum* enthüllt. Der horizontale Teil des Denkmals versinnbildlicht das Leiden der KZ-Insassen, der vertikale Teil symbolisiert den moralischen Sieg über den NS-Terror.

Den Zugang zum einzelnen Menschen über Archivalien und Artefakte finden

Das umfassende Archivgut des Museums Stutthof beinhaltet zirka 300.000 Dokumente. Ich besuchte das Archiv, das in mehreren Räumen der ehemaligen Kommandantur untergebracht ist, mit den Angehörigen, um ihnen die erhaltenen Unterlagen zu zeigen. Im Falle von Gerhard Scheuß sind es nur sehr wenige Schriftstücke. Erst der Austausch mit seinem Neffen ermöglichte es mir, die Anonymität von Gerhards Häftlingsnummer – die etwa auf einer Karte aus der Effektenkammer und in einem Kranken-Sterbebuch zu finden ist – aufzuheben. Auch dank den von Gilbert mitgebrachten Familienfotos konnte ich dem bis dahin anonymen Häftling erstmals ins Angesicht schauen. Gemeinsam füllten wir viele Lücken in Gerhards Biographie. Viele Lücken klaffen aber immer noch.

Welche Gefühle mögen den Neffen bewegt haben, als er Gerhards Effektenkarte mit dem Stempelaufdruck „verstorben“ in der Hand hielt? Aus dem Fenster des Arbeitsraumes, in dem Gilbert die Dokumente studierte, konnte er das Lagerkrematorium sehen. Der Schornstein ragt hoch auf.

Die gleiche Frage stellte ich mir, während Gisela Keitz Einblick in die Unterlagen nahm. Sowohl die Polizeifotos als auch die Häftlingspersonalakte von ihrem Onkel sind vor dem Verlust bewahrt geblieben. Die Akte enthält u. a. einen Fragebogen, eine Durchschrift der Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft, einen „kriminellen Lebenslauf“, eine Abschrift des Gerichtsurteils, das Fritz letztlich ins KZ brachte, diverse Führungsberichte und eine Anfrage an die Lagerkommandantur bezüglich eines Entmannungsverfahrens. Außerdem taucht sein Name in weiteren Quellen auf, so dass es heute möglich ist, Fritz' Leben im KZ teilweise zu rekonstruieren.

„Erst durch diesen Besuch lernte ich meinen Onkel so richtig kennen“ – reflektierte Gisela in dem Video, das im Vorfeld der Sonderausstellung über die Rosa-Winkel-Häftlinge aufgezeichnet worden war. Bestimmt war die Auseinandersetzung mit den Dokumenten, die Fritz' homosexuelle Natur offenbaren, nicht einfach für sie. Gisela war in Zeiten aufgewachsen, in denen gleichgeschlechtliche Beziehungen noch als verpönt galten. Und: Wie verarbeitete sie die Information über Fritz' Mitgliedschaft in der NSDAP? Diese Frage habe ich ihr nie gestellt.

Auch Emil Straphels Haftunterlagen sind in den Kriegswirren verlorengegangen. Sonja und Barbara konnten während ihres Besuches im Archiv nur einen einzigen erhaltenen Häftlingsfragebogen und einen Eintrag in einem Einlieferungsbuch einsehen. Andere Dokumente kamen allerdings auch noch ans Tageslicht: Das Landesarchiv Greifswald verfügt über Emils Personalakte aus der Zeit, in der er Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war, sowie eine Aktenmappe aus dem Referat „Verfolgte des Naziregimes“. Ferner zeigte sich, dass die Presse der Zwischen-



FOTO: WIESLAW LESZCZYŃSKI / MUZEUM STUTTHOF

Blick in die Häftlingsschlafstube im ehemaligen Frauenblock. Außer den dreistöckigen Holzbetten zeigt die Dauerausstellung einfache Heizöfen, an denen sich die Häftlinge ab und zu wärmen konnten. Die Lebensbedingungen in den Baracken waren insgesamt aber äußerst primitiv und gesundheitsschädlich.

kriegszeit über ihn berichtet hatte. So konnten die wenigen Dokumente aus dem Archiv des Museums Stutthof in einen größeren Kontext eingeordnet werden.

Beim Versuch, die Schicksale von Fritz Pehwe und Gerhard Scheuß näher zu beleuchten, waren auch Recherchen in anderen Archiven nötig. Hier wurde ich in zwei Abteilungen des Bundesarchivs in Berlin fündig. Erhalten ist z. B. eine Karte aus der Häftlingskartei des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes, die für Giselas Onkel Fritz in der sogenannten Hollerith-Abteilung des KZ Stutthof angelegt wurde. Diese Abteilung diente dem Ziel, die Effektivität der Ausbeutung von Häftlingsarbeit zu erhöhen und diese zentral zu erfassen. Dieses Dokument gehört zu jenem Material, das außerhalb des Stutthofer Museumsarchivs liegt. Dies sind aber Ausnahmen, denn etwa 95 % aller erhaltenen Dokumente werden im Archiv der Gedenkstätte bewahrt. Es konnten teilweise Kommandantenbefehle, Transportlisten, Einlieferungsbücher, Häftlingspersonalakten, Arbeitseinsatz-Mitteilungen, Verzeichnisse aus dem Häftlingskrankenbau und vieles mehr gerettet werden. Die Möglichkeit, Einblick in diese Unterlagen zu nehmen, ist gerade für die Angehörigen eine ganz besondere Erfahrung.

Ergänzt wird das Archivgut durch mehr als 2.000 Artefakte, die zum Teil in der Dauerausstellung zu sehen sind. Neben Relikten aus der Gaskammer und dem Krematorium gehören dazu Einrichtungsgegenstände von Schlaf- und Aufenthaltsräumen oder dem Krankenbau; oder es handelt sich um Küchengeschirr, Häftlingskleidung, Schuhe oder verschiedene Gegenstände des persönlichen Gebrauchs, die den „Neuzugängen“ abgenommen wurden. Dazu kommen Objekte, die von Häftlingen während der Lagerhaft hergestellt wurden, wie z. B. Messer, Aschenbecher und Zigarettenetuis, Ringe, religiöse Embleme, Glückwunsch-



Exponat aus dem Sammlungsbestand: Eine blau-grau gestreifte Häftlingsmütze bildete einen Teil der männlichen „Zebra-Kleidung“.

FOTO: MARCIN WOLSKI / MUZEUM STUTTHOF

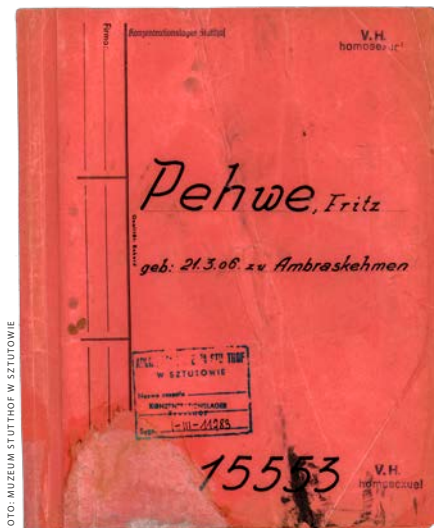


FOTO: MUSEUM STUTTHOF W SZTUTOWIE

Einblick ins Archivgut: Die Häftlingspersonalakten zu Fritz Pehwe sind von den Kriegswirren verschont geblieben. Sie zeichnen seinen Weg vom Gerichtssaal bis zum Aufenthalt im KZ Stutthof nach.

karten, Zeichnungen und Häftlingsporträts. Die Sammlungen runden Zeitzeugenberichte sowie auf die SS bezogene Dokumente und Relikte ab.

Die Erforschung und Vermittlung der Lagergeschichte

Auf der Fülle dieser Zeitzeugnisse beruht die umfangreiche Forschungstätigkeit des Museums, die die Lagergeschichte und die Schicksale der KZ-Insassen ergründen will. – In diesen Kontext fügt sich auch das wissenschaftliche Projekt ein, das hier exemplarisch den Hintergrund für die Vorstellung der Gedenkstätte Stutthof gebildet hat. Das Projekt setzt sich mit deutschen und österreichischen Stutthof-Häftlingen auseinander. Dabei geht es zum einen um die Frage, welche Kriterien die Zugehörigkeit zur „reichsdeutschen“ Häftlingsgesellschaft definierten. Zum anderen werden die „Reichsdeutschen“ in einen breiteren Kontext gerückt, um genauer erschließen zu können, wie sich z. B. die Beziehungen zwischen ihnen, den polnischen Mitgefangenen und der Lager-SS gestalteten. Ergänzt werden diese Untersuchungen durch die Betrachtung der Bedingungen, unter denen die „reichsdeutschen“ Überlebenden nach dem Kriege ihr Leben fortsetzten. – Ein Ergebnis dieser Forschungen bildete bereits eine Sonderausstellung mit dem Titel: *Przemilczana kategoria. Więźniowie z różowym trójkątem w KL Stutthof* [Eine verschwiegene Kategorie. Häftlinge mit dem Rosa Winkel im KZ Stutthof] (2018–2019, 2022).

Bei allen Forschungsvorhaben, die im Museum verfolgt werden, nimmt man relevante Begriffe und wichtige Ereignisse aus der Lagerchronik unter die Lupe und recherchiert zu verschiedenen Nationalitäten, Häftlingsgruppen und -kategorien. Hierbei rücken auch die Täterbiographien und die Nachkriegsprozesse in den Fokus. Das KZ Stutthof wird somit als Teil der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik im Raum Danzig-Westpreußen und damit als wesentlicher Faktor der regionalen Geschichte im Umkreis des Zweiten Weltkrieges betrachtet.

Zu diesen Themenfeldern erscheint eine Reihe von Forschungsbeiträgen, die auch in englischer Sprache veröffentlicht werden, und von denen zumindest zwei Beispiele genannt seien: Agnieszka Klys lässt Ex-Häftlinge zu Wort kommen, die als Minderjährige nach Stutthof kamen: *“Adults perceive events differently”*. *Memories of juvenile prisoners of Stutthof* (2021); und Marcin Owsński schildert den Besuch des Reichsführers SS im Lager: *Two hours in November – Heinrich Himmler’s visit to Stutthof camp on 23 November 1941: the background, the course and the consequences* (2020). Forschungsergebnisse werden darüber hinaus auch im Jahrbuch *Zeszyty Muzeum Stutthof* [Jahreshefte des Museums Stutthof] veröffentlicht. In Vorbereitung befindet sich ferner eine neue Monografie, die das Konzentrationslager unter veränderten Blickwinkeln betrachtet und im Zusammenhang mit der Neukonzeption der Dauerausstellung entsteht.

Die Resultate der Recherchen werden selbstverständlicher Weise auch auf Tagungen diskutiert und bieten zudem die Grundlage für Ausstellungsprojekte und pädagogische Angebote, die allesamt die Vernetzung von Menschen und Ideen fördern, die Erinnerungsarbeit im Museum intensivieren und Wegweiser für die Zukunft setzen sollen. Die Gedenkstätte Stutthof bildet derart einen wichtigen Teil der deutsch-polnischen Geschichte, und zwar nicht nur als ein Baustein der historischen Erfahrung, sondern – wie auch die Begegnungen mit den Familienangehörigen der früheren Häftlinge gezeigt haben – als Ort, an dem gemeinsam für die Gegenwart und Zukunft gelernt werden kann.

st



QUELLE: WIKIMEDIA CC

Symbolik und Erinnerung: Das von Wiktor Tolkin (1922–2013) entworfene Mahnmal für Kampf und Märtyrertum wurde 1968 enthüllt und ist seitdem ein Wahrzeichen der KZ-Gedenkstätte Stutthof.

GEOGRAPHIE BEIM WORT GENOMMEN

Peter Jordan zeigt, dass Ortsnamen nicht nur beliebige Etiketten sind

Das Forschungsgebiet der Kritischen Toponomastik beleuchtet die politischen und gesellschaftlichen Dimensionen geographischer Benennungen. Dabei spielt gerade auch das deutsch-polnische Verhältnis eine besondere Rolle.

Im Programm von BBC RADIO 4 ist *Desert Island Discs* seit langem eine Institution. Die prominenten Gäste der Sendung im britischen Hörfunk – Künstler und Wissenschaftler, aber zum Beispiel auch alle britischen Premierminister der vergangenen Jahrzehnte, einschließlich des gerade zurückgetretenen Boris Johnson – wählen acht Musiktitel aus, die sie auf die sprichwörtliche einsame Insel mitnehmen würden. Zwischen der Musik dreht sich das Gespräch um die Biografie und das Lebenswerk der Gäste.

Im Jahr 2015 war Jimmy Whales bei *Desert Island Discs* eingeladen, der Gründer der Online-Enzyklopädie WIKIPEDIA. Weil an der WIKIPEDIA jeder teilnehmen kann, gibt es gelegentlich Grabenkämpfe um die Inhalte einzelner Artikel, sogenannte „edit wars“, bei denen Teilnehmer immer wieder gegenseitig Beiträge überschreiben und löschen. Darauf anspielend wurde Whales von der Moderatorin Kirsty Young gefragt, welche Artikel in der WIKIPEDIA denn die umstrittensten seien: „Bei welchem Thema denken Sie: Nicht das schon wieder!“ Whales lachte und sagte: „Das ist schon eine lustige Sache. Die Leute nehmen an, dass unsere großen internen Kontroversen mit George W. Bush oder dem Israel-Palästina-Konflikt zu tun hätten, mit solchen Themen. Natürlich gibt es immer ein paar Auseinandersetzungen über solche Dinge.“ Es sei möglicherweise verblüffend, wo die Findung eines Konsenses am schwersten falle: „Die Namen von Flüssen in Polen, ‚Gdańsk‘ versus ‚Danzig‘, in welchen historischen Zeiträumen nennt man die Stadt Gdańsk, in welchen Danzig – und warum.“ Nun lachte auch Kirsty Young und erwiderte mit ironischem Unterton: „Na, damit rennen sie bei den Hörern von RADIO 4 natürlich offene Türen ein.“

Von dem Radiointerview führt gewissermaßen ein direkter Weg zu einer aktuellen Buchveröffentlichung des österreichischen Geographen Peter Jordan. Er zeigt darin, dass man tatsächlich sehr schnell auf solche Fragen stößt, wenn man sich mit den Hintergründen inner-europäischer Konfliktlinien beschäftigt. „Breslau oder Wroclaw?“ lautet die Frage im Titel des Buches, das im Untertitel Aufklärung darüber verspricht, „wie politische Haltungen den Gebrauch geografischer Namen bestimmen“. Jordan forscht schon seit Längerem in diesem Bereich und war Leiter einer Arbeitsgruppe bei den Vereinten Nationen im Rahmen des Expertenrates zu geographischen Bezeichnungen (UNGEGN).

„Das Begriffspaar Endonym/Exonym“ steht im Mittelpunkt des 2022 erschienenen Buches; der Autor sieht darin ein „Kernthema der Kritischen Toponomastik“. Die Toponomastik – das ist die geographische Namenskunde, ihr Gegenstand sind Bezeichnungen geographischer Merkmale, sogenannte Toponyme, die in vielerlei Unterkategorien eingeordnet werden. Endonym und Exonym sind zwei dieser Kategorien. Namen von geographischen Merkmalen, die dort, wo sich eine Stadt, ein Gebirgszug, ein Fluss oder dergleichen befindet, verwendet werden, sind Endonyme. Ein Exonym dagegen ist eine Benennung eines solchen Merkmals in einer anderen Sprache, „von anderswo her“, die erkennbar abweicht von der vor Ort üblichen. „Suomi“ ist ein Endonym, die Selbstbezeichnung eines Landes in Skandinavien, das deutsche Exonym lautet „Finnland“. Auch beispielsweise zu deutschen Städtenamen gibt es Exonyme: München oder Köln heißen auf Englisch „Munich“ beziehungsweise „Cologne“.

Wenn die Toponomastik solche Namen nicht nur beschreibt und katalogisiert, sondern ihren Gebrauch hinterfragt und auf Politik und Gesellschaft bezieht, dann darf sie als „kritische“ Wissenschaft gelten. Jordan zufolge ist dabei wichtig, dass Toponyme nicht nur „die Verfasstheit

jener Gesellschaft widerspiegeln, die diese Namen vergeben hat“, sondern dass sie auch „ihrerseits in einer bestimmten Weise auf die Gesellschaft einwirken“. Weil Toponyme nicht nur Etiketten sind, gebe es in vielen Ländern genaue Regelwerke, wie Namen festzulegen seien. Auf im Ausland verwendete Bezeichnungen haben Staaten jedoch keinerlei rechtlichen Einfluss.

Jordan begreift geographische Namen als „Mittler zwischen Mensch und Raum“. Angesichts der Namen, die sie benutzten, werde das Verhalten von Menschen deutlich, ihre Motivationen zur Benennung (wegen der jeweiligen Lebensweise bei Bauern z. B. andere als bei Hirten) und ihre Identitäten. Daher die mehrsprachigen Ortstafeln, wie es sie in Deutschland kaum, aber in vielen anderen Ländern gibt: Sie zeigen an, dass ein Ort mehreren Gruppen „gehört“ – für Minderheiten sei das von großer Bedeutung. Umgekehrt ist es interessant zu sehen, dass Einwanderer lokale Benennungen übernehmen: So habe eine Untersuchung gezeigt, dass rumänische Immigranten in Wien auch unter sich zum Beispiel vom „Hauptbahnhof“ sprächen, wobei dieser Name doch leicht in ihre Muttersprache übersetzbar wäre. Den Bewohnern der Alpen sei übrigens erst „von außen (von Geographen) gesagt worden, dass sie in einem übergreifenden geographischen Objekt leben“: Dass die Alpen demnach im Osten erst mit dem Wienerwald endeten, „wird einem Engadiner nicht so wichtig sein“. Jordans Buch steckt voller solcher origineller Einsichten, was das Lesen zumindest stellenweise richtig unterhaltsam macht.

Die Exonyme, wenn also etwas „von außen“ anders benannt wird, seien zunächst nicht als Besitzanspruch zu verstehen, wie Peter Jordan hervorhebt, sondern zeugten lediglich von einer in irgendeiner Form besonderen



Peter Jordan
**Breslau oder Wroclaw?
Das Begriffspaar
Endonym/ Exonym als
Kernthema der
Kritischen Toponomastik**
Stuttgart: Franz Steiner,
2022
179 S., Softcover, € 46,00
ISBN 978-3-515-13210-7

Beziehung zu einem Ort. Dennoch bestünde immer die Gefahr, dass Exonyme als eine Art Übergriff verstanden werden könnten. Konflikte darum, „welcher und wessen Name der richtige ist“, sind nicht ausgeschlossen. Zudem erschweren Exonyme gelegentlich die Verständigung. Daher werden zum Beispiel auf Wegweisern an Autobahnen mit starkem grenzübergreifendem Verkehr bevorzugt Endonyme verwendet: So sei zum Beispiel auf Straßenschildern in Tschechien die österreichische Hauptstadt überwiegend als „Wien“ ausgeschrieben, obwohl es ein tschechisches Exonym (Viedeň) gibt. Von Durchreisenden kann man sicherlich nicht erwarten, dass sie alle lokal gebräuchlichen Städtenamen kennen.

Aus Gründen wie diesen war bei den Vereinten Nationen und in ihrer Expertengruppe UNGEGN lange eine kritische Haltung gegenüber Exonymen vorherrschend. In den 1970er und 1980er Jahren wurden mehrere Resolutionen verabschiedet, die eine eingeschränkte Verwendung von Exonymen empfahlen. Das Fernziel war eine Standardisierung nach dem Prinzip „ein Name für ein Objekt“, die für internationale Beziehungen als förderlich betrachtet wurde. Doch inzwischen hat sich der Wind

teilweise gedreht. Vielfalt, Diversität und individuelle Ausdrucksformen stehen inzwischen höher im Kurs, daher sollen nun alle Namen eines geographischen Objektes „zumindest dokumentiert und möglichst auch in aktivem Gebrauch gehalten werden“. Deshalb stehen sich heute unterschiedliche UN-Resolutionen gegenüber, von denen einige eine Reduktion von Exonymen fordern, andere zumindest indirekt aber auch deren Erhalt. Die Debatten sind also offensichtlich noch nicht abgeschlossen. Insgesamt betrachtet, geht der Gebrauch von Exonymen durch die Globalisierung wahrscheinlich ohnehin zurück. Im deutschsprachigen Raum sei das am deutlichsten bei Orten in Großbritannien und den USA erkennbar: Das „Felsengebirge“ in den USA kennen auch Schulkinder heute unter dem Endonym „Rocky Mountains“. Auch werde zum Beispiel kaum noch „Pressburg“ anstelle von „Bratislava“ gesagt.

Am Ende des Buches wartet man natürlich gespannt auf eine hilfreiche Antwort auf Fragen wie „Breslau oder Wrocław?“, „Danzig oder Gdańsk?“ – und tatsächlich enttäuscht Jordan die Leserinnen und Leser hier nicht. Die deutschen Exonyme seien in der „innersprachlich

deutschen Kommunikation die bessere Wahl“, denn sie erleichterten den Erwerb geographischen Wissens und den Zugang zu Geschichte. Ein deutsches Exonym wie „Breslau“ sei „ein Teil des kulturellen Erbes und sollte nicht der Standardisierung zum Opfer fallen“. In der internationalen Kommunikation seien jedoch bevorzugt Endonyme am Platz, gerade auch im „besonders sensiblen Fall“ des deutsch-polnischen Verhältnisses.

Man müsse diese Zusammenhänge jedoch keineswegs nur als problembelastet sehen. In gewisser Weise sei die Existenz von Exonymen auch eine „Wohltat“, denn sie ermögliche es, durch den bewussten Gebrauch von Endonymen aus der Sprache der Gesprächspartner besonderes Fingerspitzengefühl zu zeigen: Wenn beispielsweise Deutsche „Cluj-Napoca“ sagen und Rumänen „Klausenburg“, dann werde das fast immer als Ausdruck besonderer Höflichkeit verstanden. Wie man sieht, ist die Kritische Toponomastik keine Schwarz-Weiß-Malerei. Sie fördert Zwischentöne zutage, weshalb Peter Jordan sein Buch als „Ergebnis eines langen Lernprozesses“ betrachtet. Daran teilhaben zu dürfen, ist ebenfalls eine Wohltat.

st Alexander Kleinschrodt

Die Kritische Toponomastik erweist sich gerade im Falle von Westpreußen als hilfreich, denn in dieser früheren Provinz existieren zwei (in Bezug auf die Kaschubei sogar drei) wechselseitig miteinander verflochtene autochthone Systeme von Endonymen, die – je nach den politischen Rahmenbedingungen – konfliktfrei nebeneinander bestanden oder sich aber auch gegenseitig zu verdrängen trachteten. Erst dann wurden Sprachgrenzen gezogen, indem die eine Seite die Endonyme der anderen quasi zu Exonymen erklärte. Eine feste Zuordnung der Endonyme nur einer Sprache zur Topografie Westpreußens ist somit von Beginn an aussichtslos und regelmäßig politisch bzw. ideologisch begründet. Derartige Ansätze sind heute aber auch kaum noch virulent.

Stattdessen geben die von Peter Jordan vorgestellten neueren Problemsichten für den Umgang mit westpreußischen Ortsnamen entscheidende Impulse: Es kommt zum einen auf die Funktionstüchtigkeit der jeweiligen Kommunikation an, so dass es angeraten erscheint, in jedem einzelnen Fall den konkreten lokalen Kontext einer Äußerung sowie den Kenntnisstand und den Erwartungshorizont der Gesprächspartner zu beachten.

Zum anderen regen ausdrückliche Hinweise auf „Fingerspitzengefühl“ und „Höflichkeit“ dazu an, gerade hier noch besondere Achtsamkeit walten zu lassen. Zum dritten schließlich kommt vor allem in der Übergangsphase zwischen 1920 und 1945 die Kategorie der historischen Redlichkeit ins Spiel: In dieser Zeit wird die Wahl des jeweiligen Benennungssystems sehr stark eingeeengt,

weil nur die Verwendung der jeweils staatsrechtlich gültigen Endonyme historisch korrekte Aussagen ermöglicht. Diese Pflicht zur klaren Unterscheidung wird schlagend am folgenden Beispiel deutlich: In einer geschichtlichen Darstellung muss zwingend formuliert werden, dass die deutschen Truppen 1939 „Toruń“ – und nicht etwa „Thorn“ – erobert und besetzt haben.



IN DEN BLICK GENOMMEN

Ralf Rothmann

Die Nacht unterm Schnee

Berlin: Suhrkamp, 2022

Es ist eine späte Annäherung, der sich der vielfach ausgezeichnete Schriftsteller Ralf Rothmann stellt, nachdem er auf der Basis der Biografie seines Vaters mit seinen Romanen *Im Frühling sterben* (2015) und *Der Gott jenes Sommers* (2018) Erfahrungen aus Kriegs- und Nachkriegsjahren thematisiert hat: Das Portrait der Mutter in *Die Nacht unterm Schnee*. Bei der Lektüre wird einerseits deutlich, welche Traumata die seinerzeit sechzehnjährig aus Westpreußen Geflohene lebenslang prägten; zugleich steht die Protagonistin stellvertretend für alle Frauen und Mütter, die nach Krieg, Vergewaltigung, Flucht und Vertreibung ihren Weg im Spannungsfeld zwischen Verarbeitung und Verdrängung finden mussten.

Die Geschichte, die so nur er, der Sohn, schreiben kann, ist ihm gleichwohl zu nah, so dass er sich der Perspektive einer fiktiven Freundin als Ich-Erzählerin bedient, um Distanz wahren zu können. Verschränkt und kontrastiert werden die über mehrere Jahrzehnte angelegten Berichte der jüngeren Freundin Luisa mit schmerzhaft genau geschilderten Rückblenden auf die unmittelbaren Fluchterlebnisse der Mutter. (Lesern von *Der Gott jenes Sommers* ist Luisa vertraut; die Kenntnis dieses Bandes ist jedoch keine Voraussetzung für das aktuelle Buch.)

Wenn es ein Leitthema zu bestimmen gäbe für das Leben von Elisabeth (Liesel) Isbahner, dann müsste es „Kontrast“ heißen. In der westpreußischen Provinz als Tochter einer kinderreichen Landarbeiterfamilie geboren, zieht es das junge Mädchen früh in die Gegenwelt des eleganten Danzig – eine Welt ohne stupide körperliche Arbeit, Dreck oder Gestank. Als unerwartet die Großeltern ihr

EINE ZEIT IM KRIEG, WIE VERGANGEN AUCH IMMER, IST STETS EINE SCHWEBENDE GEGENWART.

den Besuch der Mittelschule ermöglichen, scheint sich ihre Sehnsucht nach Komfort und Klasse (oder was sie dafür hält) zu erfüllen, aber mit dem näher rückenden Ende des Krieges und der überhasteten Flucht, bei der sie von den übrigen Treckmitgliedern getrennt wird, gerät sie in äußerste Lebensgefahr. Die verheerenden Erfahrungen, die sie in diesen Wintertagen machen muss, werden ihr ganzes zukünftiges Leben verdunkeln, doch erlebt Liesel erneut eine überraschende Wende. Während ihr ein Neuanfang in der Fördestadt Kiel – wenig glamourös – als Kellnerin gelingt, entwickelt die junge Frau eine fast unstillbare Lebenslust auf der Suche nach Liebe und dem bisschen Luxus der Nachkriegszeit. Sich auf Flirts mit Soldaten der Besatzungsarmee einlassend, Unmengen an Kaffee und Zigaretten konsumierend, mit Lippenstift und Nagellack, auch mit kostbarem Schmuck (der später noch eine besondere Rolle spielen wird), versucht sie, ihre Sehnsüchte zu stillen.

Als Liesel nach der Heirat mit dem seinerseits kriegstraumatisierten Melker Walter Urban in der Idylle eines schleswig-holsteinischen Gutes landet, das, unzerstört, seit mehr als 200 Jahren eine sichere „Burg“ für seine Bewohner darstellt (und in der Beschreibung an Herrenhäuser in Pommern oder Schlesien, an die verlorene Heimat im Osten erinnert), setzen sich die Widersprüchlichkeiten ihres Lebens fort. Zwischen Kuhweide und Hühnerstall bestimmt nun erneut dörflicher Alltag mit harter Arbeit, Verdruss und mangelnder Perspektive das Dasein. Von Beginn an ein ungleiches Paar, belastet durch die jeweils individuellen Traumata und die mehr als bescheidenen Verhältnisse, können sich die gegenseitigen Erwartungen von Walter und Elisabeth nicht erfüllen. Die unausgesprochenen Spannungen in dieser lieblosen Ehe nehmen beständig zu, werden lauter, eindringlicher, zumal in rascher Folge zwei Kinder geboren werden, die die Mutter zusätzlich fordern.

Die 50er Jahre bringen eine weitere Wende, als die Automatisierung der Landwirtschaft den Beruf des Melkers überflüssig macht. Mit dem Wechsel ins Ruhrgebiet, wo im Bergbau gutes Geld zu verdienen ist, erhoffen sich die Urbans ihren Anteil am Wirtschaftswunder. Ihre innere Trostlosigkeit, die Sprach- und Lieblosigkeit und die unerfüllten



Ralf Rothmann

Die Nacht unterm Schnee

Roman. Berlin: Suhrkamp, 2022
304 S., geb., € 24,-

ISBN 978-3-518-43085-9

Sehnsüchte nehmen sie allerdings mit. Bei einem Besuch der jüngeren Freundin (der Ich-Erzählerin des Romans), die ein „perfektes“ Leben mit einem erfüllenden Beruf, einer glücklichen Beziehung und finanzieller Unabhängigkeit führt (und im Verhältnis zur Protagonistin Elisabeth mithin im strikten Gegensatz steht), zeigen sich die Enttäuschungen und Leerstellen deutlicher denn je.

Ungeachtet der geschilderten Paradoxien und Kontraste wirkt die Geschichte zu Beginn eher behäbig; mit zunehmender Erzähldauer verdichtet sich die innere Spannung des Textes, wird der Ton flüssiger – offenbar ein Indiz für die Schwierigkeiten des Autors, sich der eigentlichen Geschichte zu nähern. Die als Rückblende eingeschobenen Fluchterfahrungen, unsentimental und präzise geschildert, erweisen sich als die intensivsten, berührendsten Szenen – sicherlich auch, weil sie in einer auktorialen Perspektive verfasst sind. Die so „perfekte“ Ich-Erzählerin erscheint dagegen, vor allem in ihren jungen Jahren, in Ausdrucksweise und Haltung allzu „erwachsen“, dann aber auch wieder naiv und unecht, überdies viel zu sehr gegenwartsgeprägt (beinahe möchte man sie als „woke“ bezeichnen), als dass sie überzeugen könnte, auch wenn die konstruktive Bedeutung dieser Figur für den Autor nachvollziehbar ist.

Dass es Rothmann, dessen problematisches Verhältnis zur Mutter immer wieder durchscheint, gelingt, jeden Anklang einer „Abrechnung“ zu vermeiden, und dass er seine Intention, der Elterngeneration – mit seinen Worten – ein „Denkmal“ zu setzen, um „den hart arbeitenden Menschen und ihrem entbehrungsreichen Leben“ die Würdigung zukommen zu lassen, die zu ihren Lebzeiten nicht vorstellbar war, sensibel realisiert, macht den Roman trotz der beschriebenen Schwächen in der Gestaltung der Ich-Erzählerin sehr lesenswert: „Schließlich gibt es nur wenige Bücher“, sagt Ralf Rothmann, „die nicht aus Liebe ge-

WAHRSCHEINLICH SIND MENSCHEN, DIE EINMAL FLIEHEN MUSSTEN, FÜR IMMER WURZELLOS.

schrieben wurden, aus irgendeiner Form von Liebe“. Nicht zuletzt mit der Entscheidung, seinen Protagonisten die Vornamen der realen Personen Walter und Elisabeth, seiner Eltern, zu geben, werden Verbundenheit und späte Anerkennung verdeutlicht – eine Anerkennung, die stellvertretend alle meint, die belastende Kriegs- und Nachkriegserlebnisse zu verarbeiten hatten und haben. **st** *Annegret Schröder*

Gert Loschütz

Ballade vom Tag, der nicht vorüber ist

Frankfurt am Main: Schöffling & Co., 2022

Gert Loschütz, 1946 in Genthin am Elbe-Havel-Kanal geboren, gilt seinem Verleger als der große „Vergangenheitsergründer“ der deutschen Gegenwartsliteratur; bei SCHÖFFLING & CO erschienen der viel beachtete autobiografische Roman über seine Eltern, *Ein schönes Paar* (2018), sowie 2021 die prämierte Spurensuche *Besichtigung eines Unglücks*, bei der der Autor das tragische Zugunglück im Dezember 1939 im Bahnhof von Genthin zum Gegenstand erhebt. Die vorliegende *Ballade vom Tag, der nicht vorüber ist*, die um das Schicksalhafte der eigenen illegalen Ausreise aus der DDR kreist, hat der erfolgreiche Hörspielautor 1988 zunächst für den Rundfunk verfasst, sodann unmittelbar nach der Wende als Roman unter dem Titel *Flucht* veröffentlicht – einen Titel, den Loschütz für die Neuauflage nach nun mehr als 30 Jahren mit Blick auf die Brisanz der aktuellen Migrationsproblematik als unangemessen verwirft.

Im Gegensatz zur Kennzeichnung „Roman“ vermag der Begriff „Ballade“ den Leser unmittelbar auf das inhaltlich wie formal Wesentliche dieses hoch poetischen literarischen Kabinettsstücks einzustimmen; denn er verweist auf das eine, tragende Motiv bzw. das eine dramatische Ereignis von ungeheurer verstörender Wucht, das durch seine refrainartige Wiederholung den Rhythmus dieses – keinerlei Kapiteleinteilungen unterworfenen – Textes vorgibt.

Es geht um jenen einzigartigen Moment in einem Leben, der unvergesslich und omnipräsent bleibt und den inneren Monolog bestimmt, den der Ich-Erzähler, charakterisiert durch den Namen Leiser, an das Du seiner ehemaligen Geliebten richtet. Wie absolut sein Denken, Fühlen und Handeln auf dies eine Ereignis fokussiert ist, „auf all die Tage, die auf ein Datum fielen, das gleiche Datum, oder mit ihm verbunden waren“, erfährt der Leser unvermittelt und überraschend zu Beginn der Lektüre, wenn – gleich den Fanfarenstößen einer Ouvertüre – assoziativ daran erinnert wird, was zu verschiedenen Zeiten an einem dieser Tage geschah. Noch bleibt im Dunklen, was diesen Tag brandmarkte, erst allmählich wird die Spur gelegt zu jenem Ereignis in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts, das das Leben Karsten Leisers offenbar über drei Jahrzehnte zutiefst beherrscht hat.

„Sieh hin, sieh dir alles genau an, weil du es nicht wieder siehst.“ Dieser Satz hat sich des Ich-Erzählers wie eine ansteckende unheilvolle Krankheit bemächtigt; Karsten Leiser mag ihn verfluchen, doch bannen kann er ihn nicht, denn viel zu fest hat er sich in sein Bewusstsein eingefressen – seit jener Nacht vor dem verhängnisvollen Tag, in der die Mutter diese mahnenden Worte zu ihrem achtjährigen Sohn sprach, während sie mit ihm noch einmal durch die vertrauten dunklen Straßen des imaginären Städtchens Plohow lief: „Sieh dir alles genau an.“ Dann folgte in den Morgenstunden das für den Jungen Unfassbare, das völlig Unerwartete, ein Geschehen, auf das er in keiner Weise vorbereitet war, da er die akribischen Vorbereitungen seiner Eltern nicht wahrgenommen hatte: für die Flucht aus der DDR. Im Zug fuhren Mutter und Sohn gen Westen, mit wenigen Gepäckstücken, die eine Reise an die Ostsee vorgeben sollten. Darunter war auch jener kleine Koffer, den der Junge trug und dessen Leder auf dem Weg hin zum Bahnhof durch einen Nagel aufgeritzt wurde. So

DA WAR ES GAR KEINE KÜCHE MEHR, SONDERN EINE GRABKAMMER

gezeichnet, sollte der Koffer ihn fortan als beständiges Memento durchs Leben begleiten. Mehrmals, so erläutert Karsten Leiser, habe er versucht, sich dieses Koffers zu entledigen, habe ihn bewusst im Bus vergessen oder auf einem belebten Platz stehengelassen, er habe ihn sogar von einer langen Mole in Anzio bei Rom weit ins Meer hinausgeschleudert. Doch gleich einem Bumerang kehrte dieses Requisite auf kuriose Weise stets zu ihm zurück.

Letztlich bleibt ihm die vage Vision, diesen Koffer endlich, nach 28 Jahren, nehmen und die verbliebenen Erinnerungsstücke, „alles, was in den Schränken nicht zur Ruhe kommt, hineinpacken und noch einmal diese Strecke fahren“ zu können, um ihn dann bei Plothow aus dem Zugfenster zu werfen. Der Leser darf mit Recht bezweifeln, dass Karsten Leiser jemals ein derartiger Befreiungsschlag gelingen würde. Zu mächtig ist die Symbolkraft dieses Koffers, er steht für den Verrat, als den das Kind den Tag der Flucht erlebt hat, für eine sichtbare, nicht heilende Verletzung und letztlich für die Unfähigkeit, loslassen zu können - für dieses „Rückwärtsgucken, dieses Nichtdrüberwegkommenwollen“, wie es seine ehemalige Geliebte resignierend benennt und damit sein „Erinnerungsgefängnis“ beklagt.

Die Gedanken an jenen „verdammten Tag“ im Mai sind allgegenwärtig, minutiös und von hoher Intensität:

Als wir aufstanden, berührten wir uns an den Armen, so eng war es plötzlich. Und so leise, daß man hören konnte, wie die Ärmel aneinanderrieten. Da war es gar keine Küche mehr, sondern eine Grabkammer. Die Stühle blieben darin, der Tisch, der Schrank, die weggeschlossene Tasse, das weggelegte Messer, die abgeschnittene Brotrinde, die Luft, auch die Luft blieb zurück.

Diesen Tag, den seine Eltern als Aufbruch in die Freiheit planten, erlebte das Kind als die Vertreibung aus seinem Paradies, aus seiner märkischen Heimat mit ihren Wiesen, Sandwegen, Kiefernwäldern und dem Kanal, mit ihrem unverwechselbaren Duft von Kastanien und Flieder, von Bratäpfeln und Kartoffelfeuern, mit dem vertrauten Ticken der Standuhr. Es war die Vertreibung aus seiner unbeschwerter Kindheit, aus Geborgenheit und dörflicher Gemeinschaft, von denen er späterhin in seinen von stiller Wehmut erfüllten Stimmungsbildern – gefärbt von anheimelndem Dialekt und in schlichten Dialogen – berührend erzählen wird. Zu diesem Schatz gehört auch die Erinnerung an jenen einzigartigen

Moment in Plothow, als er abends auf dem Weg nach Hause stehen bleiben musste, „überwältigt vom Glück zu leben, plötzlich war es da, es fiel über mich her, alles roch, schmeckte, war an-

fühlbar, die Erde trug, als sei sie nichts anderes als ein flaches, ewig gleiches, fest verankertes Stück Ebene, und darüber war ein dunkler, weitgespannter Himmel, in dem die Sterne funkelten“. Dies war der Moment, in dem der Junge glaubte, dass nie etwas wirklich Schlimmes geschehen könne. Doch die kindliche Zuversicht wurde machtvoll erschüttert, denn zu diesem Zeitpunkt waren die Fluchtkoffer schon gepackt und Pakete in den Westen versandt.

Auf diesen Tag der Flucht hin richtet sich in geradezu beklemmender obsessiver Weise das weitere Leben Karsten Leisers aus. Jahr für Jahr, zu Hause, an der Seite seiner Geliebten oder als gefragter Reise-schriftsteller unterwegs fühlt er ihn wie ein nahendes Gewitter, wie einen Fluch – ein Unheil verheißend, so wie das Verhängnisvolle, das genau an „diesem verdammten Tag“ im hessischen Wildenburg geschah, wo die Familie eine bescheidene Wohnung bezogen hatte. Als der Junge aus der Schule gerufen wird, weiß er sofort: Mutter ist tot. Er hat die Gewissheit, dass die schwere Krankheit an jenem Abend vor der Flucht in ihren zitternden Körper gefahren sein musste, aber auch dass es ihr nun „gelingen“ sei, genau an diesem Tag zu sterben, erlöst von einem unglücklichen Leben dort, wo sie nicht heimisch werden konnte. Der Junge blickt in den Himmel über Wildenburg, der strahlend blau ist wie ein Jahr zuvor, als sie sich der Grenze näherten, aber hier ist der falsche Himmel, „das Blau nur Tünche“.

ES FIEL ÜBER MICH HER, ALLES ROCH, SCHMECKTE, WAR ANFÜHLBAR

Ebenso wenig ist hier der richtige Ort für jene Vase, die einst in Plothow in der Vitrine hinter Glas ausgestellt war. Der Junge wird sie an diesem Tag nehmen und „aus Mitleid“ auf den Boden schmettern. Nichts in diesem bedrohlich engen, steingrauen Wildungen, in dem selbst das Blühen der Kastanien kein tröstliches Erinnern, sondern nur „blanken Hohn“ auslöste, konnte ihm, dem Flüchtlingskind, das Ankommen leicht machen; fremd und verloren blieb er, entwurzelt, irrlichternd, als sei er des inneren Kompasses und einer fest gegründeten Selbstgewissheit beraubt, die ihn in seinen ersten Lebensjahre bis zu jenem Schicksalstag leiteten. Zunehmend vergiften Wut und Hass sein „leises“ Wesen, und verdichten sich zu allgegenwärtigen Phantasmagorien – auch sie sind Teil der Last, die dem Protagonisten aus jenem „Tag, der nicht vorüber ist“ erwachsen ist und von der er sich nicht zu befreien vermag. Wegen der Sprachschönheit dieser einzigartigen Lebensbesichtigung aber, die sich durch ein Fülle gleichermaßen feinsinniger Beschreibungen wie wortgewaltiger Bilder auszeichnet, wird der Leser – gewiss nicht ohne Betroffenheit – dem Erzählfluss mit seinen kunstvollen Brechungen und dem virtuellen Wechsel der Zeitebenen folgen – und sich schließlich gebannt von ihm tragen lassen.

st Ursula Enke



Gert Loschütz

**Ballade vom Tag,
der nicht vorüber ist**

Roman. Frankfurt am Main:
Schöffling & Co., 2022

208 S., geb., Lesebändchen
€ 22,-

ISBN: 978-3-89561-158-2



Auf dem Podium sitzen v.l.n.r. Drecoll, Utz, Loew und Franke

Mehr Polen und Europa für die deutsche Erinnerungskultur

Der „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“ ist im Entstehen begriffen. Eine Diskussionsveranstaltung des Deutschen Polen-Instituts ordnete ihn in den Kontext deutsch-polnischer Erinnerungspolitik ein.

Vor einem Dreivierteljahr hatte der damalige Bundesaußenminister Heiko Maas in Berlin das Konzept für den 2020 vom Bundestag beschlossenen „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“ vorgestellt. Die Umsetzung ebendieses Beschlusses dürfte Parlament und Regierung in der noch verhältnismäßig jungen Legislaturperiode beschäftigen. Die Entscheidung für den Polen-Ort geht auf eine in den Jahren zuvor etablierte und am Deutschen Polen-Institut (DPI) angesiedelte zivilgesellschaftliche Initiative zurück, die die Errichtung eines Denkmals für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges gefordert hatte. Geht es nach einem Konzeptpapier aus dem Vorjahr, sollen es gerade auch zivilgesellschaftliche Akteure sein, die den Polen-Ort mit Leben füllen. Vor diesem Hintergrund versprach die am 7. Juni vom DPI in der Europäischen Akademie Berlin durchgeführte Tagung „Rund um den Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“ Einblicke in die Entwicklungsperspektiven dieses Projektes zu geben. In besonderer Weise galt dies für die öffentliche Podiumsdiskussion, welche unter dem Titel *Erinnern für die Zukunft: Wie viel Polen, wie viel Europa*

braucht die deutsche Erinnerungskultur? das Vorhaben in seinen größeren geschichtspolitischen Kontext einordnete.

Eingeladen hatte das DPI hierzu Dr. Axel Drecoll, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen, Dr. Annemarie Franke, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sowie wissenschaftliche Projektmitarbeiterin beim Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität, und Dr. Raphael Utz, Leiter der beim Deutschen Historischen Museum angesiedelten Stabsstelle Dokumentationszentrum *Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa* (ZWBE). Moderiert wurde die Debatte von DPI-Direktor Prof. Dr. Peter Oliver Loew. Dabei konnte dieser zugleich seine Expertise als Vertreter seines Instituts in der Expertenkommission zur Einrichtung des Polen-Ortes ins Spiel bringen, so dass sich die Diskussion als – nicht zuletzt für das Auditorium fruchtbares wie anregendes – kollegiales Fachgespräch vollzog, in das sich im zweiten Teil auch Publikumsgäste einbringen konnten.

Einleitend hob Loew hervor, dass das Anliegen des Polen-Orts deutlich größere Zustimmung in Gesellschaft und Politik gefunden habe, seit sich herauskristallisiert habe, dass es nicht „nur“ – wie im Falle der ursprünglichen Initiative – um ein Denkmal, sondern einen Ort der Erinnerung und Begegnung gehe. Entwickelt werden soll dieser im engen grenzüberschreitenden Austausch: Das „Gespräch muss entscheidender Bestandteil des Polen-Ortes sein“, steht für Loew fest. Dabei könne man an die Erfahrungen bei der Erarbeitung des deutsch-polnischen Schulbuchs anknüpfen, das inhaltlich sehr gelungen sei.

Wie jedoch soll Polen an den Gremien der im Entstehen begriffenen Institution konkret beteiligt werden? Diese – bekanntermaßen politisch wie diplomatisch sensible – Frage wurde aus dem Publikum an das Podium herangetragen, auch mit Blick auf das ZWBE. Hinsichtlich des Polen-Ortes gab Loew zu verstehen, dass gegenwärtig noch keine Klarheit über die Gremienbesetzung – und mithin über die Rechtsform der Institution – bestünde. In jedem Fall bedürfe es jedoch unterschiedlicher Gesprächskreise, die sich mit „symbolischem Erinnern“, „Ausstellung“ und „Wanderausstellungen“ befassen. Es sei wünschenswert, wenn der Ort im Prozess-Charakter bleibe und sich dynamisch weiterentwickle.

Für die konzeptionelle Ausrichtung des Polen-Ortes war von besonderer Bedeutung, dass Raphael Utz das künftige ZWBE vertrat, dessen Errichtung der Bundestag in zeitlicher Nähe zu seiner Entscheidung zugunsten des Polen-Ortes beschlossen hatte und mit ihm eine nicht geringe inhaltliche Schnittmenge aufweist. Befürchtungen einer Konkurrenz zwischen den beiden und ggf. weiteren Institutionen konnte Utz jedoch zerstreuen. Vielmehr könnten sich die Orte ergänzen, wenn nur in vernünftiger Weise aufeinander verwiesen würde. Zudem habe das ZWBE ganz Europa – bzw. 27 von der deutschen Besatzungsherrschaft betroffene Staaten – im Blick. Hinsichtlich der Beteiligung internationaler Partner an den Gremien der Gedenkstätte gab Utz zu verstehen, man wolle keinen mit Botschaftern besetzten „internationalen Aufsichtsrat“, der zum Gegenstand der Interessen nationaler Erinnerungspolitik werde. Er selbst habe bereits „Besuch von Vertretern der russischen Botschaft“ erhalten, die „klare Vorstellungen“ von der Gedenkstätte gehabt hätten. Anstelle

von Vertretern der einzelstaatlichen Regierungen setze man vielmehr auf Vertreter aus der europäischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft, die durch ein angegliedertes „Forum der Erinnerung“ bzw. im Haus angesiedelte Forschungsprojekte einbezogen werden sollten.

Axel Dreccoll weitete den Blick nochmals, indem er auf die Wechselbeziehung zwischen Informationszentren wie dem Polen-Ort oder dem ZWBE und Gedenkstätten, die an konkreten historischen Orten an das dortige Geschehen erinnerten, nachzeichnete. Letztere seien auf erstere angewiesen, da diese der breiten Bevölkerung historisches Wissen vermitteln, das notwendig sei, um sich auf Gedenkstätten einlassen zu können. Es brauche solche Information, „damit Gedenkort nicht erstarren“. Auch hier komme es letztlich auf eine funktionierende Verweisstruktur an. Aus dem Publikum vorgetragene Befürchtungen eines abnehmenden Interesses an Informations- und Gedenkort in Folge des zunehmenden zeitlichen Abstandes zum Zweiten Weltkrieg bewertete Dreccoll als unbegründet, insbesondere da er beobachte, dass heute auch noch die inzwi-

schon vierte Generation die Verfolgung ihrer Vorfahren als Teil der eigenen Familiengeschichte verstehe.

Ausgehend von den Erfahrungen der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen, fragte Dreccoll hingegen nach der „Grenze bei separaten Orten des Erinnerns“ für einzelne Opfergruppen: So seien in Sachsenhausen zwar zu einer großen Zahl Polen inhaftiert gewesen – insgesamt seien jedoch Angehörige vieler Nationen unter den Opfern. In diesem Bewusstsein stelle sich die Frage, wie damit umgegangen werden solle, wenn – in Entsprechung zum Polen-Ort – auch andere Völker wie etwa die Ukrainer ihren eigenen „Ort“ forderten. Auf den „Knackpunkt“ der vielbesprochenen Opferkonkurrenz in geschichtspolitischen Debatten wies mit Blick auf den Polen-Ort auch Annemarie Franke hin. Zuerst nämlich – 2012 – war eine Gedenkstätte für die polnischen Weltkriegsopfer just in Reaktion auf die Einweihung des Mahnmals für die ermordeten Sinti und Roma gefordert worden. Damals habe Władysław Bartoszewski als polnischer Staatssekretär und außenpolitischer Berater Donald Tusks die staatliche Posi-

tion Polens vertreten. Dass der Polen-Ort demgegenüber nun aus einer zivilgesellschaftlichen Initiative heraus entstanden sei, hält Franke für einen wichtigen Unterschied.

Wie jede gegenwärtige Veranstaltung zu ostmitteleuropäischen Themen stand auch die Diskussion zum Polen-Ort im Schatten des russischen Überfalls auf die Ukraine – so dass merklich die Gegenwarts- und Zukunftsdimension von Erinnerungskultur(en) hervortrat. Dass „heute Angriffskriege mit dem Zweiten Weltkrieg begründet werden“, zeige, so Dreccoll, die Bedeutung von Gedenkstätten und historischer Bildung. Und wie Franke betonte, sei eine „gemeinsame Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges“ gerade auch im Dialog zwischen Deutschland und Polen wichtig. Bei Begegnungen, wie sie der Polen-Ort ermöglichen solle, dürfe es nicht um beliebige Begegnungen gehen, sondern darum, „Impulse zu geben, mehr voneinander zu lernen“. Was es brauche, sei ein „Ort kritischer Begegnung auf Augenhöhe“.

st *Tilman Asmus Fischer*

Kaum Aussicht auf Versöhnung



Erzbischof Stanisław Gądecki bei einer Prozession zu Ehren des Heiligen Stanislaus von Wawel (Mai 2019)

Der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, der Posener Erzbischof Stanisław Gądecki, sieht keine Chance auf eine rasche Versöhnung zwischen Russland und der Ukraine. „Zu viel Blut ist geflossen“, sagte er (wie die in Österreich beheimatete Katholische Presseagentur *Kath-*

press berichtet) im Gespräch mit der italienischen katholischen Nachrichtenagentur SIR. Vielleicht könne man in 50 Jahren über eine mögliche Vergebung sprechen.

Der Erzbischof, der Ende Mai in der Ukraine war, sieht die fortgeschrittene Demokratisierung in der Ukraine als Hauptgrund für den

Krieg. Russland habe Angst gehabt, dass diese Entwicklung überschwappen könne. Infolge des Krieges habe das ukrainische Volk aber noch stärker zusammengefunden. Besonders paradox empfinde er das Verhalten des russischen Präsidenten Vladimir Putin gegenüber den russischsprachigen Ukrainern, sagte Gądecki. Einerseits bestätige der russische Präsident, dass die Ukrainer Brüder der Russen seien, auf der anderen Seite würden vor allem die russischsprachigen Ukrainer Opfer der Angriffe. Als ob sie die „schlechteren Feinde“ seien.

Sein Versuch, mit dem Moskauer Patriarchen Kyrill Kontakt aufzunehmen, sei wenig erfolgreich gewesen, berichtete Gądecki. Auf einen Brief habe ihm Metropolit Ilarion, der Außenbeauftragte des Moskauer Patriarchats, geantwortet. Darin habe dieser unter anderem vorgeschlagen, dass Gądecki auf die polnische Bevölkerung im Sinne Russlands Einfluss nehmen solle.

st *Kathpress/DW*

Viel „Fehlerlesen“

Thomas Urban über die deutsche Ostpolitik

Ein Buch, das aufzeigen soll, „welchen Anteil die Politik Berlins an den ungunstigen Entwicklungen im Osten Europas hatte, in Warschau, in Kiew und in Moskau“, hat der Journalist und Autor Thomas Urban verfasst. Mit seiner Publikation *Verstellter Blick – Die deutsche Ostpolitik* will Urban dazu beitragen, dass die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn sich besser verstehen lernen.

Die „Politik Berlins“ – das ist in Urbans Buch aber zunächst einmal die Politik Bonns, wo *Verstellter Blick* auch beginnt, denn dort wurden Urbans Auffassung nach die frühesten politischen Fehler gemacht. Sie sind Gegenstand des ersten von neun Kapiteln, aus denen seine Analyse besteht und in denen er vor allem historische Betrachtungen anstellt: Mal als rasche Aneinanderreihung von Ereignissen, mal als umfassendere Einzelanalyse – wobei die Aneinanderreihungen jedoch überwiegen. Leider, denn sie drängen den Leser zur Hast. Durchzuatmen und sich ausführlich mit nur einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, erlauben ihm erst die Einzelanalysen.

Und von ihnen sind zwei ganz besonders hervorzuheben – eine, die vom Aufstieg der Brüder Lech und Jarosław Kaczyński handelt, sowie eine weitere, die überschrieben ist mit „Krieg um die Geschichte“. Mit ihnen gelingt Urban das, was er mit *Verstellter Blick* beabsichtigt: dem Leser den europäischen Nachbarn zu verstehen helfen! Denn sie verdeutlichen, wie ausgeprägt, wie lebendig das geschichtliche Bewusstsein Polens ist.

So zeigt Urban, wie sehr Lech und Jarosław Kaczyński politisch von der mit so großer Leidenschaft geführten Kontroverse um das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN profitierten, nachdem diese in Deutschland und Polen zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Vertreibung der Deutschen nach 1945 geworden war. Und er zeigt, wie sehr sie von der Kontroverse um die polnische Verantwortlichkeit für das Massaker an jüdischen Mitbürgern in Jedwabne im Juli 1941 profitierten, die Urban sogar als „Wendepunkt in den historischen Debatten“ in Polen bezeichnet. Diese werden seitdem „vom nationalpatriotischen Lager dominiert“, das Jedwabne als Beweis

dafür ansieht, „dass die Deutschen generell die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu Lasten Polens verfälschen“.

Lebendig ist auch sie: die Erinnerung Polens daran, dass der Krieg im September 1939 gleich von zwei Seiten eröffnet wurde – von den Deutschen am 1. September sowie von den Sowjets am 17. September. Den heutigen Deutschen ist das letztgenannte Datum hingegen schlicht unbekannt – eine „Leerstelle im kollektiven Gedächtnis“. Nicht anders das Datum, an dem auf Initiative osteuropäischer EU-Parlamentarier hin jährlich europaweit der Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus gedacht wird: Es ist der 23. August – Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts im Jahre 1939. Urban macht dem Leser so nachvollziehbar klar, dass „es in Polen wie auch in anderen ehemaligen Ostblockländern heute keinerlei Bedenken [gibt], das Regime Stalins und seiner Satrapen mit der Herrschaft der deutschen Nationalsozialisten auf eine Stufe zu stellen“ – für das deutsche Geschichtsverständnis eine ungewohnte Auffassung!

Dennoch: Es überwiegen in *Verstellter Blick* nun einmal leider die raschen Aneinanderreihungen! Nicht nur in den einzelnen Kapiteln selbst, wenn Urban aufzählt, was zum Beispiel zwischen 1970 und 1990 passierte, wie die bundesdeutsche Ostpolitik in dieser Zeit sich entwickelte oder was seitdem bis Januar 2022 in Russland, in Polen, in der Ukraine sowie der Europäischen Union geschehen ist – sondern auch über die einzelnen Kapitel hinweg. Dann nämlich, wenn er die vielen, vielen Fehler behandelt, um die es ihm in dieser Publikation ja eigentlich geht:

Fehler von Egon Bahr und Helmut Schmidt, von Gerhard Schröder, Frank-Walter Steinmeier und Angela Merkel. Fehler, die den „Anteil der Politik Berlins an den ungunstigen Entwicklungen im Osten Europas“ – wie der „Abkehr Putins von der westlichen Staatengemeinschaft“ oder den „deutsch-polnischen Verwerfungen der Gegenwart“ – ausmachen. Das sind nach Urbans rückblickender Einschätzung mal „schwere“ und „strategische“ Fehler, mal „fundamentale“ und „schwerwiegende“ Fehleinschätzungen, aber auch „kardi-

nale“ Irrtümer, „fatale“ Irrtümer sowie „kuriöse Fehlrteile“.

Urbans Aufzählungen sind mitunter so flott, dass ihm selbst Fehler unterlaufen. Zum Beispiel wenn er im Kapitel „Putins Traum vom Imperium“ der Auffassung ist, die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 zähle zu den „Spätfolgen“ des Irak-Krieges von 2003: Post hoc, ergo propter hoc – danach, also deswegen. Zwar lässt sich das Entstehen der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) durchaus auf den Irak-Krieg zurückführen. In Syrien jedoch konnte der IS erst Fuß fassen, nachdem das Assad-Regime durch den Bürgerkrieg erschüttert worden war. Die Flüchtlingskrise ist somit in erster Linie als Folge des komplexen syrischen Bürgerkrieges seit 2011 anzusehen – nicht aber als eine des Irak-Krieges von 2003. Und um schließlich noch ein weiteres Beispiel anzuführen: Im Kapitel „Gefährdetes Projekt Europa“ geht Urban auf das im Mai 2020 verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Staatsanleihekaufprogramm PSPP der Europäischen Zentralbank ein, weist diesen Vorgang aber versehentlich dem Bundesgerichtshof zu.

Was nach so vielen Aufzählungen allerdings doch sehr verwundert, ist, dass eine ganz entscheidende Aufzählung in *Verstellter Blick* am Ende unterbleibt: die der herangezogenen Quellen. Weder nennt Urban konkrete Gesprächspartner – er sagt im Vorwort nur ganz allgemein, dass es Politiker, Diplomaten und Familienmitglieder gewesen seien –, noch listet er schriftliche Quellen auf.

So genügen auch die sehr interessanten Einzelanalysen schließlich nicht, um *Verstellter Blick* empfehlen zu können. Urban hat es darin einfach zu eilig – er macht zu wenig Federlesen! Dem Leser seiner Studie über den *Verstellten Blick* verlangt das insgesamt vor allem eines ab: viel „Fehlerlesen“! **st Hauke Hansen**



Thomas Urban
Verstellter Blick. Die deutsche Ostpolitik
 Edition. fotoTAPETA,
 Berlin 2022, 192 Seiten
 ISBN 978-3-949262-16-6
 € 15,-



Michael Wildt

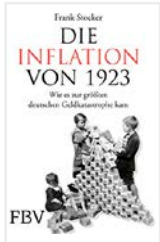
Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918 bis 1945

München: Beck, 2022; 638 S. mit 12 Abb., Hardcover, € 32,00 – ISBN 978-3-406-77660-1

Deutschland zwischen 1918 und 1945 – ein Zeitraum von knapp dreißig Jahren, in dem gleich zweimal für Millionen Menschen eine „neue Zeit“ anbricht: 1918 nach dem Ende des verlorenen

Ersten Weltkrieges und 1933 mit der Machtübernahme durch Adolf Hitler. Diese geschichtliche Periode, diese „zerborstene Zeit“, schildert der

Autor, indem er die Ereignisstränge der „großen“ Geschichte mit den Erfahrungen und Lebenswelten der Zeitgenossen verbindet. Kaum zuvor wurde in einer historischen Darstellung das „oben“ und das „unten“ der Geschichte so intensiv in eine kollektive Erzählung überführt wie in dieser Monographie, die mit dem Preis des Historischen Kollegs ausgezeichnet worden ist.



Franz Stocker

Die Inflation von 1923: Wie es zur größten deutschen Geldkatastrophe kam

München: FinanzBuch Verlag, 2022; 368 S., Hardcover, € 27,00 – ISBN 978-3-95972-564-4

Timmer noch werden in vielen Familien Geschichten aus der Zeit der Hyperinflation erzählt, als das Kilo Rindfleisch 2,6 Billionen Mark kostete und die Großmutter den Ofen mit Millionscheinen beheizte.

Damals, vor 100 Jahren, fand in Deutschland eine Geldvernichtung unvorstellbaren Ausmaßes statt, und die damit verbundenen Ängste und Nöte

haben sich tief ins kollektive Gedächtnis der Deutschen eingebrannt. Vor diesem Hintergrund unternimmt es der Autor, die damaligen politischen Kräfteverhältnisse zu skizzieren, die finanzpolitischen Entscheidungen zu erklären, die volkswirtschaftlichen Folgen zu beleuchten und zugleich das gesellschaftliche Klima zu erfassen.



Astrid M. Eckert

Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eisernen Vorhang

Aus dem Englischen von Thomas Wollermann, Bernhard Jendricke und Barbara Steckhan

Berlin: Ch. Links, 2022; 560 S. mit 23 s/w Abb. und 3 Karten, Hardcover, € 30,00 – ISBN 978-3-96289-151-0

Das Zonenrandgebiet, ein 40 Kilometer breiter Gebietsstreifen entlang der innerdeutschen Grenze, war die sensibelste Region der

alten Bundesrepublik. Es hinkte dem Wirtschaftswunder hinterher, sollte zugleich aber als Schaufenster gegenüber der DDR die Vorzüge des bundesdeutschen Systems veranschaulichen. Die Autorin berichtet, wie

das Gebiet zur Subventionsfläche wurde, wie westdeutsche Touristen die Grenze zur Sehenswürdigkeit machten und wie Umweltprobleme und Natur die Grenze ignorierten. Sie bietet somit eine Geschichte der Bundesrepublik aus Sicht der Peripherie sowie eine erste Umweltgeschichte der innerdeutschen Grenze.



Tillmann Bendikowski

Hitlerwetter – Das ganz normale Leben in der Diktatur: Die Deutschen und das Dritte Reich 1938/39

München: C. Bertelsmann, 2022; 560 S. mit 113 s/w Abb., Hardcover, € 26,00 – ISBN 978-3-570-10442-2

Feldzüge für eine gesunde Lebensweise, der Kult um den Körper, der Ruf nach der Gemeinschaft – so manches, was den Alltag im „Dritten Reich“

prägte, erscheint heute durchaus vertraut. Aber konnte es damals überhaupt so etwas wie ein „normales“ Leben inmitten der Diktatur geben? Der Autor eröffnet mit diesem Buch einen neuen, ungewöhnlichen Blick

auf das Leben in der Diktatur, indem er sich auf eine erzählerische Zeitreise in die (auch zeitliche) Mitte der NS-Herrschaft begibt: Dort erkundet er das Alltagsleben der Deutschen während einer Spanne von zwölf Monaten: vom Dezember 1938 bis zum November 1939, in dem der Zweite Weltkrieg schon in vollem Gange war.



Ilse Molzahn

Der schwarze Storch

Roman. Hrsg. und mit einem Nachwort von Thomas Ehrsam

Göttingen: Wallstein, 2022; 376 S., 9 Abb., geb., € 28,00 – ISBN 978-3-8353-5135-6

Mit ihrem ersten, 1936 erschienenen Roman hatte Ilse Molzahn (1895–1981) breitere Aufmerksamkeit erregt. Dort entfaltet sie die Geschichte,

die um 1900 auf einem Gut in der damaligen preußischen Provinz Posen spielt, strikt aus der Perspektive des etwa sechsjährigen Mädchens Katharina, der Tochter des Gutsbesitzers. Ihr verleiht sie eine bezaubernd-

poetische und einfache Sprache, in der vieles offenbleiben muss, weil das Kind einer Erwachsenenwelt begegnet, die es nicht verstehen und nicht immer benennen kann, in der aber zugleich die Welt des Kindes und sein magisch-inniges Erleben der Natur offenbar werden kann. – Diese Neuausgabe wird von einem umfangreichen Nachwort zur Entstehungs- und Publikationsgeschichte sowie zum biografischen Kontext begleitet.

Impressum

Herausgeber und Verlag: Westpreußische Gesellschaft – Landsmannschaft Westpreußen e. V.

Der stellvertr. Vorstandsvorsitzende
Ulrich Bonk (v. i. S. d. P.)

Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Telefon 025 06 / 30 57-50, Fax 025 06 / 30 57-61

Sparkasse Münsterland Ost, Münster:

IBAN: DE59 4005 0150 0034 0248 51
BIC: WELADED1MST

**Redaktionssekretariat, Abonnement-Verwaltung
und Anzeigenannahme:** Esther Lüchtfeld
(sekretariat@der-westpreusse.de)

Redaktion:

Prof. Dr. Erik Fischer (e.fischer@der-westpreusse.de) /
Redaktionsleiter;

Dr. Joanna Szkolnicka (j.szkolnicka@der-westpreusse.eu) /
Ressort PANORAMA;

Tilman Asmus Fischer (t.fischer@der-westpreusse.de) /
Ressorts VORSPANN SOWIE POLITIK UND GESELLSCHAFT;

Ursula Enke (u.enke@der-westpreusse.de) /
Text- und Bildredaktion

Korrespondentinnen und Korrespondenten:

Peter Neumann (Troisdorf) für Danzig, Piotr Olecki (Toruń) für
Thorn und Kujawien-Pommern, Marek Dziedzic (Malbork)
für Marienburg, Bartosz Skop (Elbląg) für Elbing

Verlags- und Redaktionsadresse:

Der Westpreuße
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Telefon 025 06 / 30 57-50, Fax 025 06 / 30 57-61
sekretariat@der-westpreusse.de
www.der-westpreusse.de

E-Mail Adresse der Redaktion für Leserschriften:

leserpost@der-westpreusse.de

Layout, Bildbearbeitung und Druckvorlagenerstellung:
MEDIENGESTALTUNG KOHLHAAS, Bonn-Bad Godesberg

Herstellung: WIRmachenDRUCK GmbH

Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang

ISSN: 0043-4418

Auflage: 1.000 Exemplare

**Der Westpreuße / Begegnungen mit einer europäischen
Kulturregion** erscheint alle drei Monate (im März, Juni,
September und Dezember). Der Bezugspreis beträgt halbjährlich
oder jährlich € 18,- bzw. € 36,- sowie im Ausland jährlich € 40,-.
Für Privatpersonen in Polen gilt bei Direktbezug ein Vorzugspreis
von jährlich 60 Złoty.

Parallel dazu erscheint als Beilage *Der Westpreuße / Landsmann-
schaftliche Nachrichten*. Der Bezugspreis eines entsprechenden
Gesamtabonnements beträgt halbjährlich oder jährlich € 36,-
bzw. € 72,-, im Ausland jährlich € 80,-. Für Privatpersonen in
Polen gilt bei Direktbezug hier ebenfalls ein Vorzugspreis, und
zwar von jährlich 120,- Złoty.

Die MwSt. ist mit 7% enthalten. Bestellungen beim Verlag. Der
Bezug kann nur mit einer Frist von mindestens drei Monaten zur
Mitte oder zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Bei
Nichtbelieferung bestehen im Fall höherer Gewalt keine
Ansprüche gegen den Verlag. Mit Namen oder Kürzeln gezeich-
nete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Verlages
oder der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung des
Verlages. – Zurzeit gilt die Anzeigenpreislise Nr. 2.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Jens Boysen studierte Geschichte, slawische Philologie und Politologie an
der Goethe-Universität Frankfurt/Main, dem Trinity College Dublin, dem College
of Europe Warschau-Natolin und der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, an der
er 2008 in Neuerer Geschichte promoviert wurde. Nach Tätigkeiten an den Uni-
versitäten in Leipzig und Chemnitz sowie am DHI Warschau lehrt er gegenwärtig
Internationale Beziehungen am Collegium Civitas Warschau. Seine Themenschwer-
punkte bilden die deutsch-polnischen Beziehungen sowie Militärgeschichte und
politische Ideengeschichte.

Piotr Chruścielski M. A. – polnischer Germanist, Historiker und wissenschaftlicher
Mitarbeiter des Museums Stutthof in Sztutowo, lebt in Danzig und promoviert an
der dortigen Universität über deutsche und österreichische Häftlinge des KZ Stutt-
hof. Seine Dissertation erscheint planmäßig Ende 2023.

Hans-Peter Goergens stammt aus Altweichel, Freistaat Danzig, ging mit der Fami-
lie mütterlicherseits im April 1945 auf die Flucht und lebte von Mai 1945 bis März
1947 im dänischen Lager Oksbøl. Er war als Betriebsrat in der Metallindustrie tätig,
engagiert sich ehrenamtlich seit Jahren sowohl in der Jugendbildungsarbeit mit dem
Themenschwerpunkt Widerstand gegen das NS-Regime als auch – im Umfeld des
elsässischen KZ Natzweiler-Struthof – in Projekten zur deutsch-französischen Ver-
ständigung und forscht zur NS-Vergangenheit in Frankreich und Polen.

Hauke Hansen studierte Volkswirtschaftslehre in Hamburg und General Manage-
ment in Bad Honnef. In Berlin war er zuletzt tätig als Referent in einem großen
Verband. Er ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Dr. Sabine Jagodzinski studierte Kunstgeschichte mit Schwerpunkt Ostmittel-
europa an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten
zählen adlige Erinnerungs- und Repräsentationskulturen der Frühen Neuzeit. Von
2015 bis 2021 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen
Institut Warschau mit einem Forschungsprojekt zum Königlichen Preußen. Der-
zeit ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Handschriften und
Sondersammlungen der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel tätig.

Magdalena Pasewicz-Rybacka ist Doktorandin an der Fakultät für Geschichte der
Universität Danzig; ihre kulturwissenschaftlichen Forschungsinteressen richten sich
bevorzugt auf Themen, die historisch im 19. und 20. Jahrhundert und regional im
Gebiet der ehemaligen Provinzen West- und Ostpreußen angesiedelt sind.

Dr. Peter Paziorek übernahm nach dem Abschluss des Jura-Studiums eine Reihe
von kommunalpolitischen Leitungsaufgaben. Von 1990 bis 2007 gehörte er für die
CDU dem Deutschen Bundestag und von 2005 bis 2007 zudem als Parlamentari-
scher Staatssekretär der Bundesregierung an. Von 1993 bis 2008 war er Vorsitzender
der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU NRW und bekleidete
von 2007 bis 2011 das Amt des Regierungspräsidenten von Münster. Der west-
preußischen Wurzeln seiner Großeltern ist er sich stets bewusst geblieben, setzt
sich intensiv mit der Geschichte der preußischen Provinz am Unterlauf der Weichsel
auseinander und widmet sich als Mitglied seit vielen Jahren der Arbeit im Stiftungs-
rat der Kulturstiftung Westpreußen.

Dr. Alexander Kleinschrodt studierte Musikwissenschaft, Kunstgeschichte und
Germanistik, er arbeitet als freier Kulturwissenschaftler und Autor; zudem über-
nimmt er regelmäßig Lehraufträge an der Universität Bonn. Seit 2018 ist er Vor-
standsmitglied der Westpreußischen Gesellschaft.

Annegret Schröder studierte Germanistik, evangelische Theologie und Pädagogik,
zudem Ausbildung zur Verlagskauffrau; tätig als Gymnasiallehrerin an einer priva-
ten Wirtschaftsschule. Seit 2016 ist sie Mitglied im Stiftungsrat der Kulturstiftung
Westpreußen.



FOTO: WIKIMEDIA CC 3.0

Wenn bald mit den ersten Herbststürmen vom nahegelegenen Neumarkt die Blätter herüberwehen, wird sich über jenen stillen Ort, an dem die vielleicht bemerkenswerteste Bank Danzigs steht, eine melancholische Stimmung legen. Von der Kontur einer Laube umrahmt, sitzen dort auf Abstand, aber einander zugewandt, der kleinwüchsige Romanheld Oskar aus der *Blechtrommel* und sein Meister, der Nobelpreisträger Günter Grass, beide aufgewachsen unmittelbar in dieser Gegend. Nur wenige Gehminuten entfernt, liegt im Labesweg das Haus, in dem der Vater des Schriftstellers einen kleinen Kolonialwarenladen führte und die vierköpfige Familie äußerst beengt lebte. Noch Jahrzehnte später bemerkte Grass, dieses Arbeiterviertel sei vom „kleinbürgerlichen Mief“ erfüllt.

Kommen Touristen heutzutage hierhin, lassen sie sich höchstwahrscheinlich von einem der empfohlenen literarischen Spaziergänge auf den Spuren dieses Ehrenbürgers von Danzig leiten. Sie sollten sich eingeladen fühlen, zwi-

schen den beiden Bronzeskulpturen Platz zu nehmen und in Ruhe jene Kunstwerke zu betrachten, die der Bildhauer Stawoj Ostrowski einfühlsam und durchaus mit Witz gestaltet hat. Der Leser dieses Heftes könnte sich an eine andere Statue dieses Künstlers erinnern: an das Standbild Jakob Weiher in Neustadt.

Seit genau zwanzig Jahren erinnert nun die Figur Oskars an ihren literarischen Schöpfer; Grass wollte nicht, dass eine Skulptur seiner Person schon vor seinem Ableben aufgestellt würde. Und so geschah es erst im Oktober des Todesjahres 2015, dass der damalige Stadtpräsident Pawel Adamowicz während einer kleinen Feier sagen konnte: „An seinem Geburtstag haben wir ihn geholt. Günter, willkommen zurück in Danzig“.

Am 16. Oktober jährt sich der Geburtstag von Günter Grass zum 95. Male – es bleibt zu hoffen, dass der kleine Oskar zum guten Schluss sein wohl mutwillig entwendetes charakteristisches Attribut, die Trommelstöcke, wiedererhalten könnte.

st Ursula Enke